



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Der Klimawandel als Erklärungsansatz  
für die Entstehung oder Verschärfung  
von Konflikten,  
eine Analyse anhand der Region Darfur

Verfasserin

Eva Hasiner

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im April 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:  
Studienrichtung lt. Studienblatt:  
Betreuer:

A 300  
Politikwissenschaft  
Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>2</b>	<b>Der Klimawandel</b>	<b>12</b>
2.1	Zur Tätigkeit des IPCC	12
2.2	Der Begriff des Klimawandels	13
2.3	Die Fakten	15
2.3.1	<i>Es wird heißer</i>	15
2.3.2	<i>Ein verstärkter Treibhauseffekt und seine Ursache</i>	15
2.4	Der Klimawandel als Gefahr für den Menschen	18
2.4.1	<i>Die bereits eingetretenen Konsequenzen</i>	18
2.4.2	<i>Die Entwicklungsprognosen</i>	19
2.4.3	<i>Zwischen Konflikteskalation und Armutsbekämpfung</i>	21
2.5	Zur Stabilisierung der Treibhausgasemissionen	22
<b>3</b>	<b>Die Theorien zum Zusammenhang zwischen Umweltveränderungen/Klimawandel und Konflikten</b>	<b>24</b>
3.1	Die Toronto-Gruppe um Homer-Dixon	24
3.2	Die Zürich-Gruppe um Bächler/Spillmann	28
3.3	Die Oslo-Gruppe um Gleditsch	32
<b>4</b>	<b>Das Fallbeispiel Darfur</b>	<b>40</b>
4.1	Der theoretische Rahmen für die Konfliktanalyse	41
4.1.1	<i>Die Begriffsdefinitionen</i>	41
4.1.2	<i>Die Theorien</i>	44
4.2	Zum Nachweis des Klimawandels in der Region Darfur	44
4.2.1	<i>Die geographische und klimatologische Lage Darfurs</i>	45
4.2.2	<i>Die Sahelzone und deren klimatologische Veränderungen</i>	45
4.2.3	<i>Die Ursachen der Dürreperioden und Desertifikation in der Sahelzone</i>	48
4.2.4	<i>Die Ursachen der Dürreperioden und Desertifikation im Sudan</i>	52
4.3	Klima, Geographie und Bevölkerungszusammensetzung der Region	54

4.3.1	<i>Die geographischen und klimatischen Gegebenheiten</i>	54
4.3.2	<i>Die verschiedenen ökonomischen Produktionssysteme der Darfuris</i>	56
4.3.3	<i>Die Bevölkerung Darfurs</i>	57
4.3.4	<i>Die Stämme Darfurs und deren geographische Verortung</i>	59
4.4	Zur Geschichte Darfurs	60
4.4.1	<i>Vom unabhängigen Sultanat zur Eingliederung in das anglo-ägyptische Kondominium</i>	60
4.4.2	<i>Der Darfur als Provinz/Bundesstaat des Sudans</i>	61
4.4.3	<i>Relevante Fakten im geschichtlichen Zusammenhang</i>	62
4.4.4	<i>Die regionale Verwaltung im Zeitraffer</i>	66
4.5	Konflikte um den Zugang zu Land und Wasser	69
4.6	Die Ereignisse der 70er und 80er Jahre	70
4.6.1	<i>Einige Hintergrundfakten</i>	71
4.6.2	<i>Die Region Darfur als anti-libysche Operationsbasis Numeiris</i>	73
4.6.3	<i>Die Migrationsbewegungen vom Norden</i>	74
4.6.4	<i>Die „Annexion“ durch Libyen</i>	75
4.6.5	<i>Die Migrationsbewegungen vom Tschad und ihre Konsequenzen</i>	77
4.6.6	<i>Zur endgültigen Eskalation des Konfliktes im Jahr 1987</i>	79
4.7	Die Ereignisse ab den 90er Jahren	82
4.7.1	<i>Die Politik des Militärregimes unter al-Bashir</i>	83
4.7.2	<i>Die Spaltung innerhalb der IslamistInnen</i>	86
4.7.3	<i>Die Konfliktparteien</i>	87
4.7.4	<i>Zur endgültigen Eskalation des Konfliktes im Jahr 2003</i>	90
4.8	Anmerkungen zur Analyse des Konfliktes	92
4.8.1	<i>Zwischen einer möglichen Irreführung und der Rolle des Staates</i>	92
4.8.2	<i>Konflikte als mögliche Ursache fortschreitender Umweltdegradation</i>	95
4.8.3	<i>Die Forderungen zur Landverwaltung nach 2003</i>	95
4.8.4	<i>Entscheidende Lösungsansätze für den Konflikt in Darfur</i>	96

<b>5</b>	<b>Verminderungs- und Anpassungsmaßnahmen</b>	<b>98</b>
5.1	Zur Verminderung des Klimawandels	98
5.2	Zur Anpassung an den Klimawandel	99
<b>6</b>	<b>Conclusio</b>	<b>103</b>
<b>7</b>	<b>Literatur- und Quellenverzeichnis</b>	<b>112</b>
7.1	Werke und wissenschaftliche Artikel	112
7.2	Zeitungsquellen	123
7.3	Abbildungen	123
7.4	Internetquellen	124
<b>8</b>	<b>Anhang</b>	<b>124</b>
8.1	Abkürzungsverzeichnis	124
8.2	Abbildungs- und Übersichtsverzeichnis	126
8.3	Abstract	126
8.4	Curriculum Vitae	128

### **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

29. April 2010

Eva Hasiner

## **Danksagung**

Mein größter Dank gebührt meinen Eltern Christine und Josef Hasiner und meiner Schwester Andrea Hasiner, die mich stets in jeder meiner Entscheidungen vollkommen unterstützten und mir immer tatkräftig zur Seite standen. Euch verdanke ich es, dass ich so weit gekommen bin!

Ein besonderer Dank gilt Herrn Mag. Umut Ordu, der mich während meines gesamten Studiums stets liebevoll und mit aufbauenden Worten bestärkte. Danke, dass du so ein wundervoller Mensch bist und immer an mich geglaubt hast!

Für die grammatikalische sowie syntaktische Prüfung möchte ich Frau Andrea Kanzian meinen größten Dank aussprechen. Ferner gilt Frau Mag. Sylvia Bazala, für ihr konstruktives Feedback zu meiner Arbeit, mein herzlicher Dank.

Abschließend möchte ich mich noch bei meinem Diplomarbeitsbetreuer Herrn ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll, Professor an der Universität Wien, für seine Ratschläge und seine Leitung während des Schaffungsprozesses recht herzlich bedanken.

Die vorliegende Diplomarbeit widme ich meinen Eltern,  
Christine und Josef Hasiner.

*“We must learn to live together as brothers  
or perish together as fools.”*  
(Martin Luther King Jr. 1964)

## 1 Einleitung

Im Jahr 2007 erhielten der frühere US-Vizepräsident Al Gore und das *„Intergovernmental Panel on Climate Change“* (IPCC) *“for their efforts to build up and disseminate greater knowledge about man-made climate change, and to lay the foundations for the measures that are needed to counteract such change”* (Norwegisches Nobelkomitee 2007) den Friedensnobelpreis. Der Klimawandel wurde vom norwegischen Nobelkomitee in Oslo (2007) als eine *„Bedrohung für die Sicherheit der Menschheit“* betitelt, so meinte dieses beispielsweise:

*“Extensive climate changes may alter and threaten the living conditions of much of mankind. They may induce large-scale migration and lead to greater competition for the earth's resources. Such changes will place particularly heavy burdens on the world's most vulnerable countries. There may be increased danger of violent conflicts and wars, within and between states.”* (Norwegisches Nobelkomitee 2007)

Ein Zusammenhang zwischen den Konsequenzen des Klimawandels und Konflikten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, welche eine Bedrohung von Frieden und Sicherheit darstellen, erscheint auf den ersten Blick durchaus plausibel. Dieser Gedanke ist auch keineswegs neu und wurde bereits in ähnlicher Weise im Brundtland Bericht *„Our Common Future“* von 1987 (vgl. WCED) beleuchtet, welcher Umweltstress als mögliche Ursache von Konflikten behandelte. Ob die Konstruktion einer derartigen Kausalität ihren Anspruch auf Berechtigung aufrecht erhält, bedarf jedoch einer genauesten wissenschaftlichen Untersuchung. Im Diskurs der Friedens- und Konfliktforschung können sehr unterschiedliche Forschungsstränge in diesem Bereich konstatiert werden. Seit den 90er Jahren versuchten einige ForscherInnen zunehmend Umweltstress und gewalttätige Auseinandersetzungen zu einander in Verbindung zu setzen. Trotz der Entwicklung einiger theoretischer Modelle, welche die genaueren Zusammenhänge entwirren (vgl. Homer-Dixon 1991, Bächler/Spillmann 1996), relativieren zahlreiche Gegenstimmen (vgl. Gleditsch 1998, Matthew/Fraser 2002) diese Thesen und meinen, dass ökonomische und politische Faktoren für die Erklärung der Konflikteskalation weiterhin maßgeblich bleiben. Welche Verknüpfung tatsächlich hergestellt werden kann, bedarf einer exakten und unabhängigen Untersuchung jedes einzelnen Falles.

Aufgrund der Aktualität des Themas und meines starken Interesses an der Friedens- und Konfliktforschung kam ich deshalb zu dem Entschluss, den Klimawandel als möglichen Erklärungsansatz für die Entstehung oder Verschärfung von Konflikten im Rahmen meiner Diplomarbeit näher zu beleuchten und eine Fallstudie durchzuführen. Das vorliegende Kapitel gibt einen kurzen Überblick über die in der Arbeit behandelten Gebiete, die Forschungsfragen, die verwendete Methode und die Hypothesen.

Die Diplomarbeit gliedert sich in vier aufeinander Bezug nehmende Teile. In dem **ersten Teil** der Arbeit wird auf den Themenkomplex des Klimawandels näher eingegangen, so wird eine genaue Definition des Begriffes gegeben und der anthropogen verstärkte Treibhauseffekt sowie dessen Ursachen erläutert. Darauf folgend werden die Gefahren, welche mit dem Klimawandel einhergehen, beleuchtet, so werden die bereits eingetretenen Konsequenzen dargestellt und ein kurzer Überblick über die Entwicklungsprognosen und die möglichen Rückschläge im Bereich der Armutsbekämpfung gegeben.

Anschließend werden in einem **zweiten Teil** der Arbeit die seit den frühen 90er Jahren aufgestellten Theorien und Modelle zu den Zusammenhängen zwischen Umweltveränderungen und Konflikten behandelt. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Darstellung der Ergebnisse der Toronto-Gruppe um Homer-Dixon (1991, 1994, 1998, 1999), der Zürich-Gruppe um Bächler und Spillmann (1996) und der Oslo-Gruppe um Gleditsch (1998, 2008).

Vorhersagen zukünftiger Entwicklungen, welche sich ausschließlich auf die Entwicklungsprognosen zur Erderwärmung sowie die bereits vorhandenen Modelle stützen würden, bergen jedoch die Gefahr der Entwicklung spekulativer und ungenügend fundierter Aussagen in sich, welche sich für die Wissenschaft als unbedeutend erweisen. Eine Analyse von Fällen, in welchen ein Zusammenhang zwischen den Konsequenzen des Klimawandels und einem Konflikt vermutet wird, kann jedoch Aufschlüsse darüber geben, inwiefern die bestehenden Theorien gültig sind und die Umweltdegradation tatsächlich zur Konflikteskalation beiträgt. Ein Blick in die Vergangenheit ist deshalb entscheidend.

Ban Ki Moon (2007) und zahlreiche weitere JournalistInnen (vgl. Faris 2007, Baldauf 2007) stellten im Falle der Region Darfur, welche im westlichen Teil des Sudan liegt, einen direkten Zusammenhang zwischen den Konsequenzen der in der Region eingetretenen Klimaänderung und dem offiziell im Jahr 2003 einsetzenden Krieg her. Welzer (2008, S. 94) bezeichnete diesen sogar als den „*ersten Klimakrieg*“ des 21. Jahrhunderts. Der **dritte Teil** der Arbeit widmet sich dementsprechend einer genauen Analyse der Re-

gion Darfur. Zu Beginn des Kapitels wird ein Nachweis des Klimawandels in der Region dargebracht, denn es ist für die Bewertung entscheidend darzustellen auf welche Ursachen die im Sudan und in Darfur einsetzenden Dürreperioden und die Desertifikation tatsächlich zurückgeführt werden können. Daran anschließend erfolgt eine Erläuterung des Klimas, der Geographie sowie der Bevölkerungszusammensetzung der Region. Daraufhin wird eine überblicksartige Erklärung der Geschichte Darfurs seit der Zeit des Fur Sultanats, der relevantesten Fakten im geschichtlichen Zusammenhang und der regionalen Vergabe und Verwaltung von Land gegeben. Dies wird von einer kurzen Darstellung der bisher in Darfur konstatierbaren Konflikte über den Zugang zu Land und Wasser gefolgt. Die eigentliche Analyse des Konfliktes gliedert sich schließlich in zwei Teile, so werden zu Beginn die Entwicklungen in den 1970er und 1980er Jahren und anschließend ab den 1990er Jahren im Detail beleuchtet. In den 70er und 80er Jahren liegt ein besonderes Augenmerk auf den nationalen und internationalen Einflussfaktoren in der Region, den Migrationsbewegungen ins Zentrum Darfurs und einem Konflikt zwischen der ethnischen Gruppe der Fur und 27 arabischen Stämmen Ende der 80er Jahre. Das Kapitel zu den 90er Jahren befasst sich intensiv mit der Politik des Militärregimes unter al-Bashir, der Spaltung innerhalb der Islamisten und den Formierungen und Forderungen der Rebellengruppen einerseits und den Dschandschawid andererseits. An dieses Kapitel anschließend erfolgen noch einige Anmerkungen, welche im Rahmen der Analyse interessant erscheinen, so wird unter anderem näher auf die Rolle des Staates, auf Konflikte als mögliche Ursache voranschreitender Umweltdegradation und auf einige entscheidende Lösungsansätze für die Region eingegangen.

In einem abschließenden kurzen **vierten Teil** werden die möglichen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel diskutiert, ebenso werden jedoch auch die Möglichkeiten für dessen Verminderung beleuchtet. Den lokalen Adaptionsmaßnahmen im Bereich der Land- und Wasserkonservierung wird aufgrund des behandelten Themenkomplexes jedoch das größere Augenmerk geschenkt.

Eine Zusammenführung der erarbeiteten Ergebnisse erfolgt im letzten Kapitel der Arbeit, dem Conclusio.

Die leitenden **Forschungsfragen** zur Arbeit lauten wie folgt:

- Welche entscheidenden Ergebnisse zum Klimawandel präsentiert das IPCC und welche Konsequenzen für den ökologischen Lebensraum und folglich Gefahren für den Menschen ergeben sich daraus?

- Welche Kausalitäten erarbeiteten die Forschungsgruppen um Homer-Dixon, Bächler/Spillmann und Gleditsch zwischen Umweltveränderungen bzw. Klimawandel und Konflikten bzw. erhöhtem Konfliktrisiko?
- Inwiefern können die in der Region Darfur wiederkehrenden Dürreperioden und die verstärkte Desertifikation auf den Klimawandel als deren Ursache zurückgeführt werden?
- In welcher Art und Weise und in welcher Phase des Konfliktes haben die Dürreperioden und die Desertifikation in Interaktion mit weiteren Faktoren ab den 80er Jahren zur Entstehung und Verschärfung der Konfliktsituation und zu dem im Jahr 2003 einsetzenden Krieg beigetragen?
- Welche Anpassungs- und Verminderungsmaßnahmen könnten das Risiko einer bewaffneten Konfliktaustragung reduzieren?

Als wissenschaftliche **Untersuchungsmethode** wurde für die vorliegende Arbeit eine umfassende Literaturrecherche angewandt. Im Falle der Analyse der Region Darfur wurde der Hermeneutik eine besondere Bedeutung beigemessen, da sich die Datenlage als schwieriger als erwartet erwies und aufgrund zahlreicher widersprüchlicher Darstellungen besondere Interpretationsarbeit in diesem Bereich geleistet werden musste.<sup>1</sup> Durch eine Verortung des Konfliktverlaufs in den dargestellten Theorien erfolgt eine induktive Vorgehensweise, bei welcher vom Einzelfall auf das Allgemeine geschlossen wird. Das Fallbeispiel kann jedoch nicht als repräsentativ für andere beurteilt werden, weshalb von einer einfachen Übertragung auf weitere Konfliktregionen abgesehen werden muss.<sup>2</sup>

Die **Hypothese** zum Klimawandel als Erklärungsfaktor für die Entstehung und Verschärfung von Konflikten lautet, dass Staaten, welche ein niedriges Entwicklungsniveau vorweisen meist über sehr geringe Anpassungskapazitäten verfügen, um in geeigneter Art und Weise zu reagieren oder andere Interessen hegen. Ferner sind die Auswirkungen des

---

<sup>1</sup> Zur Literaturlage muss angemerkt werden, dass sich in den untersuchten Werken und den wissenschaftlichen Artikeln eine starke Diskrepanz zwischen AutorInnen (vgl. Abdul-Jalil 2008), die den Umweltstress als eindeutigen Konflikteskalationsfaktor heranziehen, und anderen WissenschaftlerInnen, die eine Erklärung der Verschärfung durch den Umweltstress als „Mythos“ (Ibrahim, 2006) bezeichnen, wiederfindet. Ferner müssen die Quellen, welche den Umweltstress in ihrer Analyse hervorheben, mit Vorsicht analysiert werden, da die AutorInnen möglicherweise als der Zentralregierung Sudans nahestehend eingestuft werden können und folglich mit großer Wahrscheinlichkeit als ‚nicht neutrale Quellen‘ beurteilt werden müssen. Vor dem Hintergrund dieser Datenlage erscheint eine klare Analyse schwierig, weshalb in der vorliegenden Diplomarbeit versucht wird ein umfassendes Gesamtbild darzustellen.

<sup>2</sup> Die Durchführung mehrerer Fallbeispiele muss für den Erkenntnisgewinn in dem behandelten Forschungsbereich hervor gestrichen werden, aufgrund des vorgegebenen Rahmens der Diplomarbeit musste hiervon jedoch abgesehen werden. Der Entschluss, die Region Darfur zu analysieren, fiel aufgrund der brisanten Berichterstattung in den Medien, welche den Klimawandel oftmals als eine der entscheidenden Ursachen für die Konflikteskalation darstellte.

Klimawandels stets in einem bestimmten politischen, sozialen und ökonomischen Umfeld eingebettet, welches im Falle von Entwicklungsländern meist weitere Defizite aufweist. Die Konsequenzen des Klimawandels können in diesem Kontext zwar durchaus zu einem erhöhten Konfliktrisiko beitragen oder lokal begrenzte, gewaltsame Konflikte verursachen, jedoch ausschließlich im Zusammenspiel mit weiteren Eskalationsfaktoren resultieren diese möglicherweise in einem Krieg.

Die Hypothese zu Darfur lautet folglich, dass der Klimawandel zwar zu Beginn der Konflikteskalation Mitte der 80er Jahre zur Verschärfung der Situation beitrug, bis zur Entstehung des Krieges Anfang 2003 jedoch zunehmend in den Hintergrund trat und folglich die Interaktion verschiedener Faktoren zur gewalttätigen Austragung der Auseinandersetzungen führte. Betont werden soll deshalb, dass weitere Einflüsse in der Analyse keinesfalls ausgeschlossen werden können, denn auch bisher kam es bei Konflikten stets zu einem Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Der Klimawandel kann nicht nur als Erklärungsansatz für Kriege herangezogen werden, sondern ebenso für die Entstehung oder Verschärfung von Krisen oder Konflikten, eine genaue Unterscheidung der Begriffe befindet sich auf S. 43.

## 2 Der Klimawandel

Im vorliegenden Kapitel erfolgt eine kurze Einführung in den Themenkomplex des Klimawandels, so wird vorerst die Tätigkeit des IPCC sowie die genaue Definition des Begriffes ‚*Klimawandel*‘ von IPCC einerseits und UNFCCC andererseits dargestellt. Anschließend erfolgen eine Erklärung des natürlichen und des anthropogenen Treibhauseffektes sowie eine nach heutigem Wissensstand mit großer Sicherheit belegte Erläuterung der Ursachen der seit Beginn der industriellen Revolution beobachtbaren Verstärkung dieses Prozesses. Im darauf folgenden Teil werden die sich daraus ergebenden Gefahren für die Umwelt und die Menschen dargelegt, so werden die bereits eingetretenen Konsequenzen des Klimawandels, einige Entwicklungsprognosen für das 21. Jahrhundert und mögliche Rückschläge im Bereich der Armutsbekämpfung aufgezeigt. Abschließend erfolgen einzelne Anmerkungen zu den unterschiedlichen Niveaus und den Kosten der Stabilisierung der Treibhausgasemissionen.<sup>4</sup>

### 2.1 Zur Tätigkeit des IPCC

Im Jahr 1979 veranstaltete die ‚*World Meteorological Organization*‘ (WMO) die erste Weltklimakonferenz in Genf, auf welcher die Bedenken geäußert wurden, dass die Aktivitäten der Menschen Veränderungen des Klimas sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene hervorrufen könnten. Auf einer 1985 von dem ‚*United Nations Environment Programme*‘ (UNEP), der WMO und dem ‚*International Council for Science*‘ (ICSU) gemeinsam abgehaltenen Konferenz wurde im Weiteren die Annahme aufgestellt, dass aufgrund der steigenden Treibhausgasemissionen ein Anstieg der globalen mittleren Temperatur in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts eintreten könnte, welcher der bisher größte in der Menschheitsgeschichte sein würde. (vgl. IPCC 2004, S. 2) Um die Auswirkungen einer erhöhten Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre und deren Effekte auf sozioökonomische Strukturen zu verstehen, beschlossen das UNEP und die

---

<sup>4</sup> Die in diesem Kapitel präsentierte Datensammlung stützt sich weitgehend auf die vom IPCC veröffentlichten Ergebnisse und Prognosen. Die Skepsis am Klimawandel und seiner möglichen Konsequenzen sind jedoch bis heute nicht verstummt. Eine Antwort auf oftmals vorgebrachte Einwände kann die vom Umweltbundesamt in Deutschland veröffentlichte Informationsbroschüre ‚*Klimaänderung. Festhalten an einer vorgefassten Meinung? Wie stichhaltig sind die Argumente der Skeptiker?*‘ liefern. Von einer datenunterstützten Untersuchung der klimatologischen Veränderungen sowie deren Ursachen, der Entwicklung von Zukunftsprognosen oder der Überprüfung der Korrektheit der Ergebnisse des IPCC muss hier abgesehen werden. Die Modelle des IPCC erfuhren im Laufe der Zeit eine Präzisierung sowie Detaillierung und können deshalb heute durchaus als eine Standardreferenz betrachtet werden. Folglich wird im Rahmen dieser Arbeit den Sichtungs- und Beurteilungsmethoden sowie den durch das IPCC präsentierten Ergebnissen Vertrauen geschenkt und der Klimawandel als Faktum anerkannt.

WMO im Jahre 1988 das IPCC, den Weltklimarat, zu gründen, dessen Sekretariat seinen Sitz in Genf einnimmt. Durch dieses neue Gremium sollte eine objektive, ausgeglichene und international koordinierte wissenschaftliche Beurteilung der Konsequenzen ermöglicht werden. Das IPCC stellt in diesem Bereich die größte Wissenschaftskommission der Erde dar, wobei tausende auf freiwilliger Basis arbeitende ExpertInnen zu ihrer Arbeit beitragen. Diese „führt keine neue Forschung durch, sondern erarbeitet politisch relevante Beurteilungen der existierenden weltweiten Literatur zu den wissenschaftlichen, technischen und sozioökonomischen Aspekten der Klimaänderung“. (SPM IPCC 2007, S. IV) Das IPCC trägt hierbei die Aufgabe „eine verbindliche internationale Erklärung zum wissenschaftlichen Verständnis der Klimaänderung zu verfassen“. (SPM IPCC 2007, S. IV) Diese werden in den periodisch verfassten Sachstandsberichten („*Assessment Reports*“) abgefasst, welche die Ursachen, Auswirkungen und die möglichen Reaktionsstrategien auf den Klimawandel nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft darlegen. Ebenso vermitteln diese jedoch auch Vermeidungs- sowie Anpassungsstrategien, welche in die jährlich stattfindenden „*Conference of the Parties*“ (COP) der „*United Nations Framework Convention on Climate Change*“ (UNFCCC) eingehen. (vgl. Müller/Fuentes/Kohl 2007, S. 40) Gemäß der verschiedenen Arbeitsbereiche, gliedert sich die Tätigkeit des IPCC daher in die folgenden drei Arbeitsgruppen: „*Wissenschaftliche Grundlagen*“, „*Auswirkungen, Anpassung und Verwundbarkeiten*“, „*Verminderung des Klimawandels*“ und wird hierbei durch die „*Taskforce der Nationalen Treibhausgas-Inventarisierung*“ unterstützt. Das IPCC verfasst jedoch ebenso weitere Spezialberichte wie beispielsweise „*Special Reports*“, „*Methodology Reports*“, „*Technical Reports*“ und „*Supporting Reports*“. Seit 2002 ist der Inder Rajendra Pachauri Vorsitzender des IPCC.<sup>5</sup>

## 2.2 Der Begriff des Klimawandels

Obwohl sich das UNFCCC auf die wissenschaftlichen Ergebnisse des IPCC stützt, definieren beide Institutionen den Begriff des Klimawandels in unterschiedlicher Weise. Auf diese Definitionsunterschiede soll deshalb kurz überblicksartig eingegangen werden.

---

<sup>5</sup> Für genauere Angaben zur Tätigkeit des IPCC siehe auch: [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch)

Das **IPCC** definiert den Begriff ‚Klimawandel‘<sup>6</sup> wie folgt:

*“Climate change refers to a change in the state of the climate that can be identified (e.g., by using statistical tests) by changes in the mean and/or the variability of its properties, and that persists for an extended period, typically decades or longer. Climate change may be due to natural internal processes or external forcings, or to persistent anthropogenic changes in the composition of the atmosphere or in land use.” (IPCC 2007f, S. 78)*

Das **UNFCCC** verwendet folgende Definition:

*“,Climate change’ means a change of climate which is attributed directly or indirectly to human activity that alters the composition of the global atmosphere and which is in addition to natural climate variability observed over comparable time periods.” (UNFCCC 1992, S. 3)<sup>7</sup>*

In der Begriffsbestimmung des IPCC sind interne natürliche Schwankungen und äußere Einflüsse, wie beispielsweise Vulkanausbrüche, eingebunden, diese umfasst demgemäß jegliche Art der Klimaänderung, welche über einen längeren Zeitablauf beobachtbar ist, obgleich Ergebnis natürlicher Variabilität oder menschlicher Aktivität. (vgl. IPCC 2007a, S. 78) Das UNFCCC hingegen schließt eine Klimavariabilität aufgrund natürlicher Ursachen aus ihrer Definition aus, sie versteht darunter ausschließlich die Veränderung der Zusammensetzung der Atmosphäre durch menschliche Aktivitäten. Es muss hier hervor-gehoben werden, dass beide Definitionen Landnutzungsänderungen integrieren, da diese ebenso zur Freisetzung von Treibhausgasen führen können.

Die Definition des UNFCCC ergibt sich aus dessen Tätigkeitsbereich, schließlich können nur dann Maßnahmen ergriffen und Steuerungselemente verhandelt werden, wenn der Klimawandel durch menschliche Aktivitäten induziert wird. Wäre dieser Großteils auf natürliche Schwankungen zurückführbar, erwiese sich eine Diskussion über Verminderungsmaßnahmen als unangebracht. Das IPCC versteht unter den natürlichen Komponenten des Strahlungsantriebs<sup>8</sup>, welche zu einer natürlichen Variabilität des Klimas führen,

---

<sup>6</sup> In der deutschen Übersetzung der Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger des 4. Sachstandsberichtes des IPCC wird der Begriff ‚climate change‘ durch das Wort ‚Klimaänderung‘ übersetzt. Eine Anfrage bei der deutschen IPCC Koordinierungsstelle ergab, dass diese Begriffswahl auf einen Einigungsprozess zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz zurückgeht. Die Übersetzung wird gemeinsam veröffentlicht, in den verschiedenen Ländern ist jedoch ein unterschiedlicher Sprachgebrauch üblich. Die Übersetzung des Wortes ‚climate change‘ durch den Begriff ‚Klimawandel‘ wird folglich als ebenso korrekt erachtet.

<sup>7</sup> Der Terminus Klimavariabilität bezieht sich hierbei auf die Schwankungen des mittleren Zustandes und anderer statistischer Größen (wie Standardabweichungen, Vorkommen von Extremereignissen, etc.) des Klimas auf allen zeitlichen und räumlichen Skalen, die über einzelne Wetterereignisse hinausgehen. (vgl. IPCC 2007e, S. 79)

<sup>8</sup> „Der Strahlungsantrieb ist die Veränderung in der vertikalen Nettoeinstrahlung (Einstrahlung minus Ausstrahlung; ausgedrückt in Watt pro Quadratmeter: Wm<sup>-2</sup>) an der Tropopause (Grenze zwischen Troposphäre und Stratosphäre) aufgrund einer Veränderung eines äusseren [sic!] Antriebs des Klimasystems, wie z.B. eine Veränderung in der Konzentration von Kohlendioxid oder der Sonnenstrahlung.“ (IPCC 2007e, S. 85)

jedoch ausschließlich die Sonnenstrahlung, deren relativer Einfluss im gesamten Strahlungsantrieb ferner als äußerst gering eingestuft werden kann. (vgl. IPCC 2007b, S. 4)  
Die Definition des UNFCCC erscheint nichtsdestotrotz für die vorliegende Arbeit am plausibelsten und wird deshalb hier angewandt.

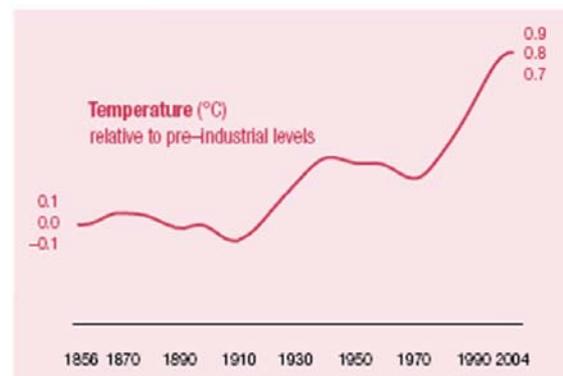
## 2.3 Die Fakten

Im vorliegenden Kapitel werden der Anstieg der Temperaturen seit 1856 und die Ursachen des verstärkten Treibhauseffektes, welcher zu den Klimaänderungen führte, dargestellt.

### 2.3.1 Es wird heißer

Verglichen mit dem vorindustriellen Zeitalter (1800) ist ein Anstieg der mittleren Temperaturen von 14,5°C auf heute ca. 15,3°C zu verzeichnen. (vgl. Müller/Fuentes/Kohl 2007, S.29) Zwischen den Zeitspannen 1850/1899 und 2001/2005 belief sich dieser auf genau 0,76°C (Spanne: 0,57 bis 0,95). (IPCC 2007b, S. 5) Diese Erhöhung erscheint auf den ersten Blick keine besonders bedeutenden Steigerung darzustellen, auch sind Temperaturanstiege und –abfälle in der klimatologischen Geschichte der Erde durchaus nichts Neues. Neu ist jedoch die Geschwindigkeit, mit der diese Veränderung von statten geht und auch ihre Ursache.

**Abbildung 1: Anstieg der Temperaturen seit 1856**



Quelle: UNDP 2007, S. 9

### 2.3.2 Ein verstärkter Treibhauseffekt und seine Ursache

Der sogenannte Treibhauseffekt macht das Leben auf der Erde erst möglich, denn ohne diesen würde auf der Erdoberfläche eine durchschnittliche Temperatur von minus 18°C herrschen. Dieser Effekt ist für das Verständnis des Klimawandels entscheidend, wobei jedoch zwischen dem natürlichen und dem anthropogenen Treibhauseffekt unterschieden werden muss, welche nun erläutert werden. (vgl. Müller/Fuentes/Kohl 2007, S. 49)

Ungefähr ein Drittel der Sonnenergie, welche die Atmosphäre der Erde erreicht, wird in das Weltall zurück reflektiert, doch ca. zwei Drittel werden von der Erdoberfläche aufgenommen, wodurch sich diese erwärmt. Im Zuge dieses Prozesses kommt es anschließend zu einer Rückstrahlung dieser Energie von der Erde in Form von Infrarotenergie. In der untersten Schicht der Atmosphäre, der Troposphäre, befinden sich verschiedene Moleküle, sogenannte Treibhausgase, wie beispielsweise Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>), Ozon (O<sub>3</sub>), Lachgas (N<sub>2</sub>O) und das wichtigste natürliche Treibhausgas, der Wasserdampf. Ein Teil der von der Erde zurückgestrahlten Infrarotenergie wird durch diese Treibhausgase in der Atmosphäre absorbiert und somit in der Troposphäre eingefangen. Es entsteht folglich ein *„natürlicher Treibhauseffekt“*, der die Temperatur der Erdoberfläche auf durchschnittlich 14°C hält. (vgl. Le Treut et al 2007, S. 115f)

Das IPCC (2007b, S. 2) konstatierte in seiner Analyse jedoch seit 1750 einen markanten Anstieg der globalen atmosphärischen Konzentrationen von Kohlendioxid, Methan und Lachgas, so übersteigen diese die aus Eisbohrkernen über viele Jahrtausende bestimmten vorindustriellen Werte bei Weitem. Als Ursache hierfür gibt das IPCC folgende Gründe an:

*„Der weltweite Anstieg der Kohlendioxidkonzentration ist primär auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe und auf Landnutzungsänderungen zurückzuführen, während derjenige von Methan und Lachgas primär durch die Landwirtschaft verursacht wird.“*  
(IPCC 2007b, S. 2)

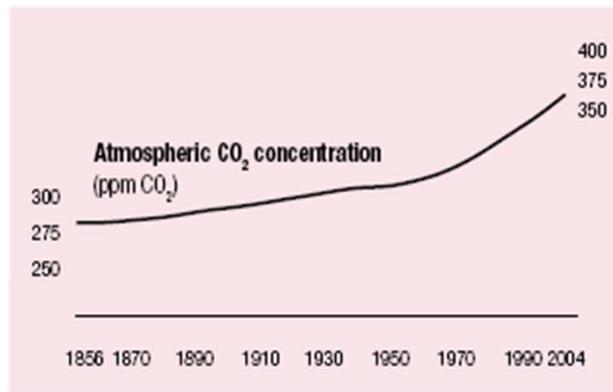
Unter dem *„Verbrauch fossiler Brennstoffe“* versteht man die menschlichen Aktivitäten des Verbrennens von Gas, Kohle und Öl, wodurch gewaltige Mengen an Kohlendioxid freigesetzt werden. Auch Landnutzungsänderung und Tätigkeiten im Bereich der Landwirtschaft verursachen eine Freisetzung von Treibhausgasen.<sup>9</sup> Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der CO<sub>2</sub> Konzentrationen in der Atmosphäre seit 1856.

---

<sup>9</sup> *„Landnutzung bezieht sich auf die Gesamtheit der Vorkehrungen, Aktivitäten und Investitionen, die in einem bestimmten Landbedeckungstyp vorgenommen werden (eine Reihe menschlicher Aktivitäten). Der Begriff Landnutzung wird auch im Sinne des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zwecks, für den Land bewirtschaftet wird (z.B. Weidewirtschaft, Holznutzung, Naturschutz), verwendet.“*

*„Landnutzungsänderung bezieht sich auf eine Änderung in der Nutzung oder Bewirtschaftung des Landes durch den Menschen, die zu Bodenbedeckungsänderungen führen kann. Bodenbedeckungs- und Nutzungsänderungen können Auswirkungen auf die Oberflächen-Albedo, Verdunstung, Quellen und Senken von Treibhausgasen oder auf andere Eigenschaften des Klimasystems haben und können deshalb einen Strahlungsantrieb und/oder andere Einflüsse auf das lokale oder globale Klima bewirken.“* (IPCC 2007e, S. 80)

**Abbildung 2: Anstieg der CO<sub>2</sub> Konzentration in der Atmosphäre seit 1856**



Quelle: UNDP 2007, S. 9

Kohlendioxid, kurz CO<sub>2</sub>, stellt das wichtigste anthropogene Treibhausgas dar. Anhand der Grafik wird ersichtlich, dass die globale Konzentration dieses Gases von einem vorindustriellen Wert (1850) von 280 ppm<sup>10</sup> auf einen Wert von 379 ppm im Jahre 2005 anstieg. Dies überschreitet die natürliche Bandbreite der letzten 650.000 Jahre (180 bis 300 ppm) bei Weitem. (vgl. IPCC 2007b, S. 2) Eine besonders starke Steigung kann ab den 70er Jahren verzeichnet werden, so wuchsen die globalen Treibhausgasemissionen zwischen 1970 und 2004 um 70 Prozent. (vgl. IPCC 2007b, S. 42) Als Folge des Anstiegs der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre nimmt die Durchlässigkeit für Infrarotenergie ab, es kommt zu einem erhöhten Strahlungsantrieb und folglich zu einem Aufschwung der Temperaturen. (vgl. Le Treut et al 2007, S. 115f)

Zur Wahrscheinlichkeit des Zusammenhanges zwischen der anthropogen verursachten Erhöhung von Treibhausgasemissionen und einer Erderwärmung nimmt das IPCC in seinem Bericht von 2007 wie folgt Stellung:

*„Der größte Teil des beobachteten Anstiegs der mittleren globalen Temperatur seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist sehr wahrscheinlich durch den beobachteten Anstieg der anthropogenen Treibhausgaskonzentrationen verursacht.“ (IPCC 2007 S. 10)*

Die vom IPCC präsentierte Wahrscheinlichkeit, dass der Klimawandel durch die Aktivitäten des Menschen verursacht wurde, wird im vorangehenden Zitat durch die Phrase ‚sehr wahrscheinlich‘ ausgedrückt, welche auf über 90 Prozent angesetzt ist. Das IPCC weist die Menschheit folglich unweigerlich als die Hauptverursacherin der Klimaänderung aus. Der natürliche Treibhauseffekt erfuhr folglich durch die menschlichen Tätigkeiten eine Verstärkung, weshalb dieser ‚**anthropogener Treibhauseffekt**‘ genannt wird.

<sup>10</sup> parts per million (Teile pro Million) bezeichnet das Verhältnis der Anzahl von Treibhausgasmolekülen zur Gesamtzahl der Moleküle in trockener Luft, 300 ppm bedeutet zum Beispiel 300 Treibhausgasmoleküle pro Million Moleküle trockener Luft. (vgl. IPCC 2007b, S. 2, Fußnote)

Der Grad der Erwärmung, welcher durch den Anstieg der Treibhausgase verursacht wurde, ist jedoch nicht einfach zu bestimmen, da dieser zahlreiche **Rückkopplungsmechanismen** in Gang setzt. Höhere Temperaturen führen beispielsweise zu einer intensiveren Verdunstung und somit zu einem Anstieg des Wasserdampfes in der Troposphäre. Da dieser das stärkste Treibhausgas darstellt, verstärkt sich hierdurch der Treibhauseffekt und führt abermals zu einer indirekten Klimaänderung, die wiederum in einem Anstieg des Wasserdampfes resultiert. Wolken können ebenso Auswirkungen auf den Treibhauseffekt hervorrufen, so können diese einerseits die Infrarotenergie absorbieren, auf die Erde zurück reflektieren und diesen somit verstärken, oder einfallende Sonnenstrahlung zurück ins Weltall werfen und dadurch zu einer Kühlung beitragen. (vgl. Le Treut et al 2007, S. 116)

Im Jahr 2004 umfassten die UNFCCC Annex I-Länder, unter welchen man im Rahmen des Kyoto-Protokolls verschiedene **OECD-Staaten und Schwellenländer** subsummiert, 20% der Weltbevölkerung, diese erzeugten jedoch 57% des weltweiten Bruttoinlandsproduktes gemessen an der Kaufkraftparität und verursachten 46% der weltweiten Treibhausgasemissionen. (vgl. IPCC 2007d, S. 43) Zahlreiche Industrie- und Schwellenländer weisen somit im Vergleich zu Entwicklungsländern einen relativ großen ökologischen Fußabdruck auf und sind somit für den seit 1960/70 verzeichneten Anstieg an Treibhausgasen in der Atmosphäre, vor allem Kohlendioxid, und dem damit einhergehenden Klimawandel hauptverantwortlich. (vgl. UNDP 2007, S. 14) (vgl. Müller/Fuentes/Kohl 2007, S. 34)

## **2.4 Der Klimawandel als Gefahr für den Menschen**

Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits heute bemerkbar und werden in Zukunft noch stärker erkennbar sein. Anhand der bereits eingetretenen Konsequenzen der Erwärmung, der Entwicklungsprognosen und der möglichen Rückschläge im Bereich der Armutsbekämpfung wird im vorliegenden Kapitel dargestellt, inwiefern die Konsequenzen des Klimawandels als Gefahr für den Menschen betrachtet werden können.

### **2.4.1 Die bereits eingetretenen Konsequenzen**

Das IPCC (2007, S. 20) konnte nicht nur einen mittleren globalen Lufttemperaturanstieg konstatieren, sondern zahlreiche weitere Klimaänderungen. Die bereits eingetretenen Konsequenzen können hier nur überblicksartig dargestellt werden, genauer wird jedoch

auf einzelne Aspekte eingegangen, welche für die spätere Analyse der Dürreperioden in Darfur von Bedeutung sind. So konnte unter anderem eine Erhöhung der Meerestemperaturen verzeichnet werden, denn Beobachtungen seit 1961 zeigen, dass die durchschnittliche Temperatur des Weltozeans bis in die Tiefen von mindestens 3000m angestiegen ist, da der Ozean mehr als 80% der dem Klimasystem zugeführten Wärme absorbiert. Gebirgsgletscher und Schneebedeckung erfuhren im Mittel in beiden Hemisphären eine Reduktion, welche unter anderem zu dem mittleren globalen Meeresspiegelanstieg beitrug, der sich zwischen 1961 und 2003 auf durchschnittlich 1,8 (1,3 bis 2,3) mm pro Jahr belief. (vgl. IPCC 2007b, S. 5) Ferner konnten Änderungen in den Niederschlagsmengen auf allen Kontinenten konstatiert werden, so wurden beispielsweise signifikante Niederschlagszunahmen in östlichen Teilen von Nord- und Südamerika, im Norden Europas und in Nord- und Zentralasien beobachtet. Der Sahel, der Mittelmeerraum, das südliche Afrika und Teile Südasiens wurden hingegen trockener. (vgl. IPCC 2007b, S. 5) Seit den 1970ern wurden insbesondere in den Tropen und Subtropen intensivere und länger andauernde Dürren über größeren Gebieten konstatiert. Ferner kam es zur Zunahme der Häufigkeit von Starkniederschlagsereignissen und zur Veränderung in Temperaturextremen, so wurden heiße Tage und Nächte und Hitzewellen beispielsweise häufiger. (vgl. IPCC 2007b, S. 9) Ebenso konnten Veränderungen der Windmuster vermerkt werden, welche sich unter anderem in einer zunehmenden Aktivität starker tropischer Wirbelstürme äußern. (vgl. IPCC 2007b, S. 9)

#### **2.4.2 Die Entwicklungsprognosen**

Die vom IPCC (2007b, S. 12) entwickelten Klimaprojektionen und -prognosen zukünftiger Änderungen beinhalten Wahrscheinlichkeitsangaben und hohe Unsicherheiten, da das zukünftige Ausmaß des Klimawandels nur sehr schwierig prognostiziert werden kann. Dies liegt unter anderem an den so genannten Rückkoppelungsmechanismen im Umweltsystem, denn einige Fragen zur Interaktionen zwischen klimatischen Veränderungen und natürlichen Gegebenheiten sind nach wie vor noch offen und bedürfen weiterer Untersuchungen. (vgl. Le Treut et al 2007, S. 116) Bei einem Temperaturanstieg von mehr als 2°C im globalen Mittel befürchtet Schellnhuber (2006) bspw., dass so genannte **Kipp-Punkte** des Klimasystems überschritten werden. Dies bedeutet, dass durch eine derartige Temperaturveränderung Prozesse mit positiven Rückkoppelungen in Gang gesetzt werden, welche den Klimawandel verstärken und katastrophale Auswirkungen nach sich ziehen, die kaum mehr einzudämmen wären. Ebenso stellt es eine weitere Problematik dar,

gesellschaftliche und technologische Entwicklungen vorherzusagen und diese folglich mit einzubeziehen. Dies erschwert die genauen Vorhersagen des zukünftigen Anstiegs der Treibhausgasemissionen einerseits und deren Auswirkungen auf die Umwelt andererseits, das IPCC stellte trotz allem einige Prognosen auf und präsentierte verschiedene Szenarien der mittleren globalen Erwärmung an der Erdoberfläche. Für den Zeitraum von 2000 bis 2100 beläuft sich die Bandbreite für den niedrigsten Temperaturanstieg auf 1,1 – 2,9°C (beste Schätzung 1,8°C) und die Bandbreite für den höchsten auf 2,4 – 6,4°C (beste Schätzung 4,0°C). Sollte es zu einer Verdoppelung der Kohlendioxid-Konzentration gegenüber der industriellen Revolution kommen, welche für das Ende unseres Jahrhunderts erwartet wird, wird die Erderwärmung voraussichtlich im Intervall zwischen 2°C und 4,5°C liegen, das IPCC nimmt jedoch an, dass sich diese auf 3°C belaufen wird. (vgl. IPCC 2007, S. 12)

Die stärkste Temperaturerhöhung wird über dem Land und in den meisten hohen nördlichen Breiten prognostiziert, ebenso wird eine Abnahme der Schneebedeckung und Schrumpfung des Meereises sowohl in der Arktis als auch der Antarktis und ein Meeresspiegelanstieg zwischen 0,28 und 0,43 Meter pro Jahr projiziert. Die ForscherInnen des IPCC erachten einerseits die Zunahme heißer Extreme wie Hitzewellen und andererseits den Anstieg von Starkniederschlagsereignissen als sehr wahrscheinlich. Ebenso wird in Verbindung mit der laufenden Steigung der tropischen Meeresoberflächentemperaturen eine Intensivierung der tropischen Wirbelstürme erwartet und eine Änderung der Wind-, Niederschlags- und Temperaturmuster vorhergesagt. Die Niederschlagsmengen nehmen in den höheren Breiten sehr wahrscheinlich zu, während Abnahmen über den meisten subtropischen Landregionen zu erwarten sind. (vgl. IPCC 2007b, S. 16)

Hierzu muss angemerkt werden, dass es Jahrzehnte – und beim Anstieg des Meeresspiegels sogar Jahrhunderte – dauern wird, bis der derzeit stattfindende Wandel abgeschlossen ist. Bisher sind noch nicht die gesamten Folgen der Treibhausgasemissionen der 60er Jahre sichtbar und auch der Abbau der Gase in der Atmosphäre dauert äußerst lange. (vgl. Müller/Fuentes/Kohl 2007, S. 35)

Mit diesen Konsequenzen geht eine Verknappung und Variabilität erneuerbarer Ressourcen einher, die, wie der Meeresspiegelanstieg und die Intensivierung von Naturkatastrophen, unmittelbare Auswirkungen auf die bisherige Lebensweise der Menschen haben. Im Bereich der **Ressourcenverknappung** beurteilte das IPCC unter anderem die Auswirkungen des Klimawandels auf Süßwasserreservoirs und die Nahrungsmittelproduktion

genauer. So wird beispielsweise erwartet, dass bis zur Mitte des Jahrhunderts die Wasserverfügbarkeit in hohen Breiten und einigen feuchten Tropengebieten zwischen 10 und 40% ansteigt. Für einige trockene Gebiete in den mittleren Breiten sowie für trockene Tropengebiete wird jedoch ein Rückgang von 10-30% erwartet. Ebenso wird für die in Gletschern und Schneedecken gespeicherten Wassermengen ein Rückgang projiziert, welcher wiederum zu einer Abnahme in der Wasserverfügbarkeit führt. Es ist auch wahrscheinlich, dass sich einerseits die bereits von Dürre betroffenen Gebiete ausweiten und andererseits schwere Niederschlagsereignisse zu einem erhöhten Überschwemmungsrisiko beitragen, wodurch die Nahrungsmittelproduktion in negativem Ausmaß betroffen sein kann. In den niedrigen Breiten wird selbst bei einem geringen Anstieg der lokalen Temperatur ein Rückgang des Ernteertragspotenzials erwartet. (vgl. IPCC 2007b, S. 24f) Der **Meeresspiegelanstieg** wiederum kann zu Bodenerosionen und saisonalen Überflutungen führen und darin resultieren, dass Menschen ihren bisherigen Lebensraum verlassen müssen, besonders stark davon betroffen sind InselbewohnerInnen. Bei einem verstärkten Auftreten von **Naturkatastrophen** handelt es sich vor allem um tropische Stürme, Sturzfluten, Berggrutsche und veränderte Niederschlagsmuster, welche sich in Dürren oder Überschwemmungen äußern und die Menschen in ihrer bisherigen Lebensweise gefährden können.

Alle diese Auswirkungen betreffen die Menschen unmittelbar, doch vor allem die Bevölkerung der Entwicklungsländer ist aufgrund ihrer besonderen Abhängigkeit von der Subsistenzwirtschaft, vor allem im Falle des Ausbleibens von Adaptionenmaßnahmen, durch den Rückgang der Nahrungsmittelproduktion, die Degradation der Süßwasserressourcen, die Zunahme von Naturkatastrophen und den Meeresspiegelanstieg am stärksten betroffen.

### **2.4.3 Zwischen Konflikteskalation und Armutsbekämpfung**

Der ‚*Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen*‘ (WBGU) (2007, S. 82ff) Deutschlands erarbeitete vier Konfliktkonstellationen. Dieser identifizierte vorerst drei große Bereiche, in welchen aufgrund des Klimawandels problematische Entwicklungen zu erwarten sind, dazu zählt dieser den Rückgang der Nahrungsmittelproduktion, die Degradation der Süßwasserressourcen und die Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen. Als Folge daraus kann es in den betroffenen Regionen zu einem Anstieg der umweltbedingten Migration kommen, welche die vierte Konfliktkonstellation darstellt. Weitere Schlüsselfaktoren wirken hierbei jedoch auf die Konflikteska-

lation ein und können im Zusammenspiel laut WBGU möglicherweise zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen.

Der ‚*Human Development Report 2007/2008*‘ gibt einen Einblick in die möglichen Rückschläge im Bereich der ‚*Millennium Development Goals*‘ (MDGs).<sup>11</sup> Für zahlreiche MDGs können Verbindungen zur Klimaänderung gefunden werden, diese kann somit zu entscheidenden Entwicklungsrückschlägen führen. Somit kommt der Bericht zu dem Schluss:

*„In the long run climate change is a massive threat to human development and in some places it is already undermining the international community’s efforts to reduce extreme poverty”* (HDR 2007/08, S. 3)

Der Kampf gegen die Armut und den Klimawandel stellen dementsprechend miteinander verknüpfte Bemühungen dar, ein Erfolg im Bereich der Armutsbekämpfung bedingt somit einen Erfolg im Kampf gegen die Erderwärmung.

## **2.5 Zur Stabilisierung der Treibhausgasemissionen**

Um die Kipp-Punkte nach Schellnhuber nicht zu erreichen, muss laut IPCC der Höhepunkt der Treibhausgasemissionen im Jahr 2015 überschritten werden, sodass bis Mitte des Jahrhunderts der globale Ausstoß der Treibhausgase gegenüber dem Stand von 1990 mehr als halbiert werden kann. (vgl. Müller/Fuentes/Kohl 2007, S. 36) Bei einer Stabilisierung auf 450 ppm CO<sub>2</sub> Äquivalenten<sup>12</sup> wird angenommen, dass die Erderwärmung auf dem Niveau von 2°C gehalten werden kann. (WBGU 2007b, S. 4) Das WBGU (2003, S. 25) geht davon aus, dass diese Stabilisierung zu weniger als 1,5% des globalen GDP erreichbar ist. Sir Nicolas Stern (2006) erarbeitete in seinem Bericht ‚*The Economics of Climate Change*‘ die wirtschaftlichen Kosten der Inaktivität und beurteilt diese wie folgt:

*“Using the results from formal economic models, the Review estimates that if we don’t act, the overall costs and risks of climate change will be equivalent to losing at least 5% of global GDP each year, now and forever. If a wider range of risks and impacts is taken into account, the estimates of damage could rise to 20% of GDP or more.”* (Stern 2006b, S. vi)

---

<sup>11</sup> Die 8 Millenniums-Entwicklungsziele lauten wie folgt: ‚Beseitigung von extremer Armut und Hunger‘, ‚Verwirklichung der allgemeinen Primärschulbildung‘, ‚Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau‘, ‚Senkung der Kindersterblichkeit‘, ‚Verbesserung der Gesundheit von Müttern‘, ‚Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten‘, ‚Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit‘, ‚Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft‘.

<sup>12</sup> Äquivalente Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Konzentration steht für ‚die Konzentration von Kohlendioxid, welche den gleichen Strahlungsantrieb wie eine vorgegebene Mischung von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen verursachen würde“. (IPCC 2007e, S. 71)

Eine Stabilisierung zwischen 500 und 550 ppm CO<sub>2</sub> Äqu., wodurch eine vorzeitige Reduktion der Treibhausgasemissionen und somit eine Verhinderung der schlimmsten Konsequenzen des Klimawandels möglich wäre, wäre laut Stern (2006b, S. vii) auf einen finanziellen Aufwand von etwa 1% des globalen GDP pro Jahr begrenzt.

### 3 Die Theorien zum Zusammenhang zwischen Umweltveränderungen/Klimawandel und Konflikten

Seit den späten 70er Jahren kam es von Seiten zahlreicher AutorInnen wie beispielsweise Brown (1977), Ophuls und Boyan (1992) oder Tuchman Mathews (1989) zur Forderung eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffes vorzunehmen. Diese sprachen sich für eine Integration der Auswirkungen der Kontaminierung, der Transformation und des Abbaus erneuerbarer Ressourcen in die Definition aus. (vgl. Fraser 2002, S. 15) Diesem Appell wurde in den frühen 90er Jahren erstmals nachgekommen, als sich zwei Pioniergruppen konstituierten, welche sich der Erforschung des kausalen Zusammenhangs zwischen Umweltdegradation und Konflikteskalation widmeten. Eine dieser beiden stellt die Gruppe um Thomas F. Homer-Dixon an der University of Toronto dar, welche im Rahmen des Projektes ‚*Environmental Change and Acute Conflict*‘ Fallstudien durchführte und verschiedene Modelle entwickelte. Die zweite Pioniergruppe konstituierte sich um Günther Bächler und Kurt R. Spillmann an der ETH Zürich, welche im Rahmen des ‚*Environment and Conflict Project*‘ (ENCOP) entscheidende Thesen und Ergebnisse veröffentlichte. Aus der Kritik an diesen beiden Ansätzen entwickelten sich Mitte der 90er ein weiterer Ansatz, welcher sich um Nils Petter Gleditsch am ‚*International Peace Research Institute*‘ (PRIO) in Oslo etablierte und 2008 ein Modell für die möglichen Wirkungsbeziehungen zwischen den Konsequenzen des Klimawandels und einem erhöhten Konfliktrisiko präsentierte. Die verschiedenen Erklärungsansätze werden nun überblicksartig dargestellt, von der Erläuterung weiterer Studien wurde aufgrund des begrenzten Rahmens jedoch abgesehen.

#### 3.1 Die Toronto-Gruppe um Homer-Dixon<sup>13</sup>

Die Toronto-Gruppe um Homer-Dixon führte zahlreiche qualitative Fallstudien zu Konflikten, in welchen ein enger Zusammenhang zu der dort eingetretenen Knappheit erneuerbarer Ressourcen vermutet wurde, durch.<sup>14</sup> Diese untersuchte sechs Typen an Umweltveränderungen genauer, zu diesen zählen die Degradation von Wasser und Agrarland, die Entwaldung, die Erschöpfung von Fischbeständen, der Klimawandel und der Abbau der stratosphärischen Ozonschicht. Den ersten vier Umweltveränderungen wurde in der Ana-

---

<sup>13</sup> Die Namensgebung wurde dem WBGU (2007, S. 25) entnommen.

<sup>14</sup> Der Begriff ‚*environmental scarcity*‘ wird in der vorliegenden Arbeit durch ‚Verknappung erneuerbarer Ressourcen‘ übersetzt.

lyse größeres Augenmerk als letzteren beiden geschenkt und dies darauf zurückgeführt, dass es als unwahrscheinlich erachtet wird, dass der Klimawandel und die Ozonschicht zu einer unmittelbaren gewaltsamen Konfliktaustragung beitragen. Die Forschungsgruppe betonte jedoch, dass diese mit großer Wahrscheinlichkeit mit bereits vorhandenem ökologischem und demographischem Druck interagieren und somit die Lage verschärfen können. (vgl. Homer-Dixon/Blitt 1998, S. 2ff) Im Jahr 2007 weist Homer-Dixon ausdrücklich auf einen möglichen Zusammenhang zwischen den Konsequenzen des Klimawandels einerseits und Aufständen, Genozid, Guerillaübergriffen, Bandenkriegen und sogar dem globalen Terrorismus andererseits hin.

Die Forschungsgruppe erarbeitete ein Kernmodell, welches die kausalen Verbindungslinien zwischen der Verknappung erneuerbarer Ressourcen und Konflikten darstellt. Dieses erweist sich insofern als passend, als es Umweltveränderungen, welche ebenso Konsequenzen des Klimawandels darstellen, integriert.

**Abbildung 3: Das Kernmodell der Verbindungen zwischen umweltbedingter Verknappung und Konflikten**

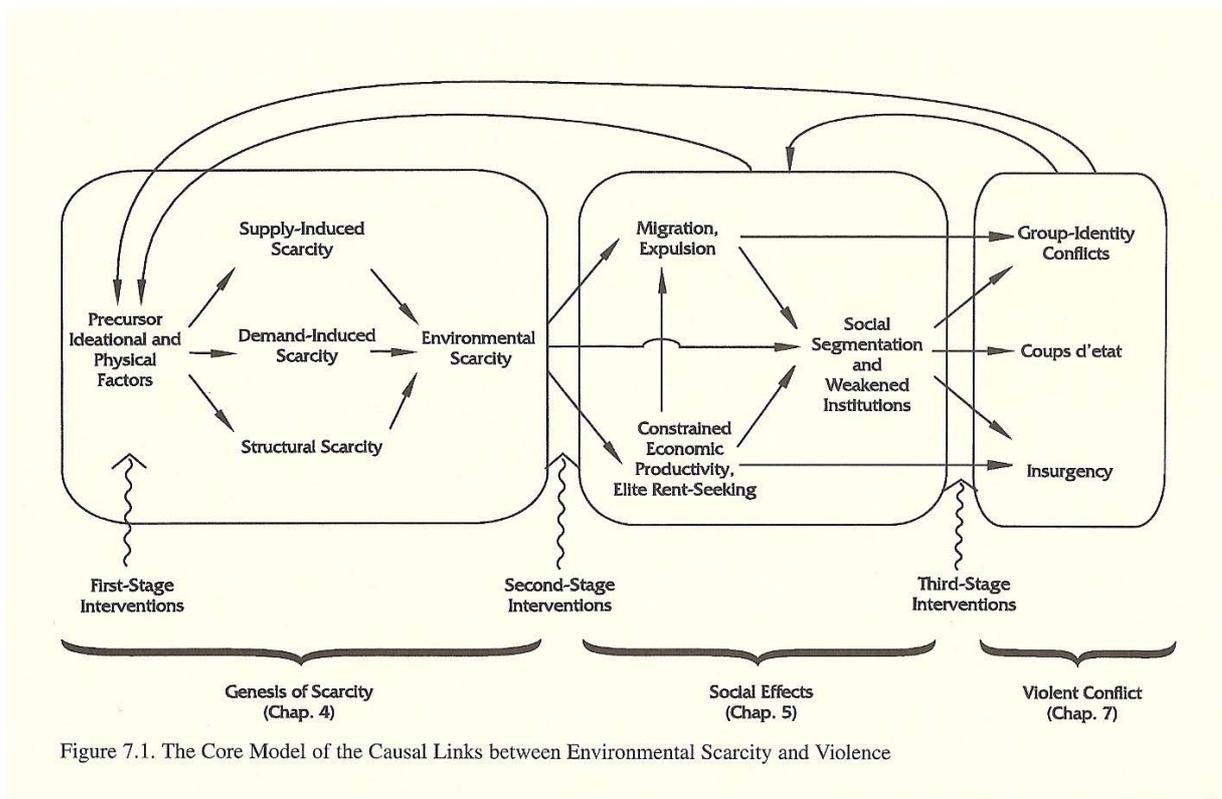


Figure 7.1. The Core Model of the Causal Links between Environmental Scarcity and Violence

Quelle: Homer-Dixon 1999, S. 134

## 1. Die Verknappung erneuerbarer Ressourcen

Die angeführten Umweltveränderungen können in einer Knappheit erneuerbarer Ressourcen resultieren, dies sieht die Forschungsgruppe jedoch nur als eine Ursache des Phänomens der Verknappung, denn diese wird ebenso durch eine erhöhte Nachfrage nach Ressourcen und auch deren ungleiche Verteilung hervorgerufen. Folglich versteht Homer-Dixon darunter eine Funktion, welche sich aus nachfrageinduzierter, angebotsinduzierter oder struktureller Knappheit zusammensetzt. (vgl. Homer-Dixon/Blitt 1998, S. 5ff) Eine *„nachfrageinduzierte Knappheit“* liegt dann vor, wenn ein Anstieg des Bevölkerungswachstums oder des Konsums/Kopf darin resultiert, dass die Menge an verfügbaren erneuerbaren Ressourcen/Person dramatisch zurückgeht. Von *„angebotsinduzierter Knappheit“* spricht man, wenn die Degradation oder Ausschöpfung erneuerbarer Ressourcen einen Rückgang des zur Verfügung stehenden Bestandes bewirkt. Eine *„strukturelle Knappheit“* tritt dort auf, wo es aufgrund der Machtverhältnisse oder Wohlstandsverteilung zu einem unausgeglichenen Zugang zu Ressourcen kommt. Die Gruppe um Homer-Dixon führt hierzu an, dass diese in beinahe allen untersuchten Fallstudien, in welchen die Verknappung in Konflikten resultierte, beobachtet werden konnte.

Diese drei Formen können zwar einzeln auftreten, erscheinen jedoch oft simultan oder interagieren und können dadurch zu einer Verschärfung der Situation beitragen. Zwei Kombinationsformen treten nach Homer-Dixon (1994, S. 10f) hierbei jedoch besonders häufig auf. Eines davon stellt das Muster der *„Besitzergreifung von Ressourcen“* dar, bei welchem die angebotsinduzierte und nachfrageinduzierte Knappheit interagieren und folglich eine strukturelle Knappheit hervorrufen. Wenn bedeutende AkteurInnen erkennen, dass erhöhtes Angebot und Nachfrage zu einer Verknappung einer entscheidenden Ressource beigetragen haben, setzen diese ihre Machtposition ein, um gesetzliche oder institutionelle Veränderungen zu erwirken, welche den Zugang zu den Ressourcen zu ihren Gunsten regeln, dies resultiert wiederum in einer strukturellen Knappheit für schwächere Gruppierungen. (vgl. Homer-Dixon/Blitt 1998, S. 223ff) Beim zweiten Muster der *„ökologischen Marginalisierung“* produzieren nachfrageinduzierte und strukturelle Knappheit eine angebotsinduzierte Knappheit. Ein starkes Bevölkerungswachstum sowie strukturelle Gegebenheiten drängen schwächere Gruppen auf ökologisch geringwertigeres Land, welches sich für die Aufrechterhaltung ihrer Lebensweise als nicht ausreichend erweist. (vgl. Homer-Dixon 1994, S. 15f) Diese beiden Prozesse verstärken die Verknappung erneuerbarer Ressourcen und erhöhen die Wahrscheinlichkeit sozialer Instabilitäten.

## 2. Adaptationsfehlschläge und soziale intermediäre Effekte

Homer-Dixon und Blitt (1998, S. 7ff) nehmen zu diesen Prozessen jedoch wie folgt Stellung:

*„Environmental scarcity does not inevitably or deterministically lead to social disruption and violent conflict. If society can generate enough social and technical ingenuity – in the form of institutions like efficient markets and also in the form of technologies like genetically engineered grains – it might be able to adapt to resource scarcity.”*

Doch Marktversagen, soziale Spannungen und die eingeschränkte Verfügbarkeit von Human- und Finanzkapital behindern die Forschungstätigkeit für neue Anpassungsmaßnahmen, weshalb es folglich oftmals zu Adaptionsfehlschlägen kommt. Die Gruppe um Homer-Dixon führt an, dass Entwicklungsländer gerade deshalb als am verwundbarsten eingestuft werden müssen. (vgl. Homer-Dixon/Blitt 1998, S. 7ff) Wenn die soziale und ökonomische Adaption fehlschlagen, können fünf soziale intermediäre Effekte einsetzen: ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, eine Reduktion der wirtschaftlichen Produktivität und Entwicklung eines Gebietes, Migrationsströme in andere Regionen, eine verstärkte Wahrnehmung von Unterschieden zwischen den sozialen Gruppierungen und somit die Forcierung der sozialen Segmentation und die Schwächung von Regierungsinstitutionen und dem Staat.

## 3. Der gewaltsame Konflikt

Diese fünf sozialen intermediären Effekte können ethnische Konflikte, Aufstände und Staatsstrieche auslösen, welche wiederum signifikante Auswirkungen auf die internationale Gemeinschaft haben können. (vgl. Homer-Dixon/Blitt 1998, S. 223ff)

Die Gruppe um Homer-Dixon kommt somit zu dem Schluss, dass die Ressourcenknappheit unter bestimmten Umständen Gewalt und Instabilitäten verursacht, dass die Zusammenhänge jedoch ausnahmslos komplex sind. (vgl. Homer-Dixon/Blitt 1998, S. 223ff)

Die Rolle, welche die Verknappung hierbei spielt, ist oft undeutlich, so generiere diese meist intermediäre soziale Effekte wie Armut und Migration, welche von WissenschaftlerInnen wiederum als die direkten Ursachen von Konflikten bezeichnet werden. Die Forschungsgruppe nimmt zur Interaktion mit anderen Faktoren jedoch wie folgt Stellung:

*„environmental scarcity is never a sole or sufficient cause of large migrations, poverty, or violence; it always joins with other economic, political, and social factors to produce its effects“ (Homer-Dixon 1999, S. 16)*

### 3.2 Die Zürich-Gruppe um Bächler/Spillmann

Die Forschungsgruppe um Bächler et al. legte im Jahr 1996 einen Abschlussbericht vor, in welchem diese ihre durch qualitative Methoden untersuchten Regional- und Länderstudien und ihre Thesen präsentierte, die sich wie folgt darstellen:

#### **These 1: Umweltverursachte bewaffnete Konflikte sind ein Phänomen von Entwicklungs- und Übergangsgesellschaften.**

*„Umweltverursachte Konflikte aufgrund der Degradation erneuerbarer Ressourcen (Wasser, Land, Wald, Vegetation) manifestieren sich generell in sozioökologischen Krisenregionen der Entwicklungs- und Übergangsgesellschaften, wenn aufgrund der vorhandenen Stratifizierung gesellschaftliche Spaltungslinien vorhanden sind, die sich so instrumentalisieren lassen, dass darüber – zum Teil gewaltsame – soziale ethno- und machtpolitische sowie internationale Auseinandersetzungen entstehen und vorangetrieben werden.“ (Bächler et al. 1996a, S. 292)*

Die meisten umweltverursachten bewaffneten Konflikte werden gemäß dieser Forschungsgruppe zwischen innerstaatlichen AkteurInnen ausgetragen (A), nur bei einigen wenigen Konflikten besteht die Tendenz zur Internationalisierung (B). Bei internationalen Konflikten (C) zwischen souveränen Staaten kommt es meist nicht zur Anwendung militärischer Gewalt sondern es bleibt bei ihrer Androhung. (vgl. Bächler et al. 1996a, S. 293f)

Im Hinblick auf die Ursachenanalyse führte die Forschungsgruppe eine Feingliederung durch und entwickelte eine Konfliktypologie, welche die Arten der Umweltdegradation mit den sozioökonomischen Folgen und den davon betroffenen Konfliktparteien in Verbindung setzt. Es werden sieben **Umweltkonflikttypen** unterschieden, doch die Trennschärfe zwischen diesen ist in der Realität nicht immer gegeben, denn es existieren Konflikte, welche durchaus Elemente mehrerer Typen gleichzeitig aufweisen. (Bächler et al. 1996a, S. 293ff).

#### 1. Zentrum-Peripherie-Konflikte (A)

Wenn nationale Eliten der Zentren der Entwicklungsländer und internationale InvestorInnen in peripheren Regionen industrielle Großprojekte durchführen, verdrängen diese oftmals die traditionellen Anbaumethoden, die Landnutzungsmuster und Rechtspraktiken der lokalen Bevölkerung. Dadurch erfolgt eine Erosion deren Lebensordnung und dies resultiert in einer verstärkten Konkurrenz um die verbleibenden Ressourcen. Die Marginalisierung und Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen, ohne diesen Alternativen zur

Bestreitung ihres zukünftigen Lebensunterhaltes zu eröffnen, lässt diese zu ModernisierungsverliererInnen werden und eröffnet ein Konfliktpotential.

## 2. Ethnopolitisierte Konflikte (A)

Eine landwirtschaftliche Übernutzung der Anbau- oder Weideflächen mündet oftmals in Verteilungskonflikten um knappe Umweltgüter. Ein hierbei vorherrschender Dualismus zwischen Garten- und Ackerbau einerseits sowie nomadisierender Viehzucht und Großviehhaltung andererseits, stellt eine Spaltungslinie dar, welche in der neuen Konkurrenzsituation aufbricht und die bisher regional abgegrenzt lebenden Gesellschaften offen gegeneinander Partei ergreifen lässt. Die traditional produzierenden Gruppen sind in der Regel nicht dazu bereit, ihre über Jahrhunderte überlieferten Rechtsansprüche aufzugeben und folglich stehen die AnhängerInnen des traditionellen Rechts den ProtagonistInnen von Privat- und Staatseigentum gegenüber. Die Ethnie kann in diesem Kontext als Identifikationsmuster oder als Mobilisierungselement gelten und folglich die Konfliktaustragung verschärfen. Durch die leichte Verfügbarkeit von Waffen werden derartige Konflikte meist brutalisiert

## 3. Regionalistische Migrationskonflikte (A)

Degradierete erneuerbare Ressourcen oder industrielle Großprojekte lassen Menschen oftmals die bewohnten Ungunsträume verlassen und in Gunsträume, die bereits besiedelt sind, innerhalb des Staates migrieren. Da die MigrantInnen einen erhöhten Druck auf die Ressourcen des Zuwanderungsgebietes ausüben, kommt es folglich zu Konflikten. Ferner kann dieser Zustand politische Auseinandersetzungen um die Machtbeteiligung von Angehörigen bisher politisch und wirtschaftlich zweitrangiger oder gar marginalisierter Regionen auslösen.

## 4. Grenzüberschreitende Migrationskonflikte (B)

Die armutsbedingte Erosion<sup>15</sup> von Acker- und Weideland, industrielle Großprojekte bzw. eine modernisierungsbedingte Milieuzerstörung und das Auftreten von Naturereignissen führen zur Auflösung der traditionellen Lebensordnungen und münden in der Umweltflucht. Die Menschen migrieren in diesem Fall über die Staatsgrenzen hinweg und erhöhen den Druck auf die Ressourcen im Zuwanderungsgebiet. Zu den Auswirkungen von Umweltdegradationsflüchtlingen äußert sich die Forschungsgruppe wie folgt:

*„Umweltdegradationsflüchtlinge verstärken Konfliktsituationen insbesondere an jenen Orten, an denen die ökonomische Situation erodiert, politische Instabilitäten oder traditionelle Zwistigkeiten schon existieren oder durch den Migrations- und*

---

<sup>15</sup> Im Falle landwirtschaftlicher Systeme niedriger Produktivität und schwacher Einkommensstrukturen führen Versalzung durch Bewässerung, Abholzung und Überweidung zu einer fortschreitenden Degradation von Acker- und Weideland. (vgl. Bächler et al. 1996, S. 300f)

*Bevölkerungsdruck Konfliktlinien vertieft oder neu gezogen werden.*“ (Bächler et al. 1996, S. 300)

#### 5. Demographisch verursachte Migrationskonflikte (B)

Eine relative Überbevölkerung stark beanspruchter Ökoregionen führt in diesem Fall zur Migration in andere Gebiete. Gemäß Bächler et al. (1996, S. 303) kommt es vor allem dort zu Konflikten, wo die Bewegungen in Regionen führen, in denen die erneuerbaren Ressourcen bereits durch die ansässige Bevölkerung stark genutzt werden und meinen im Zusammenschluss mit den zuvor angeführten Umweltkonflikttypen ferner:

*„Wenn demographische, ökologische, soziale und/oder ethno-politische Faktoren kumulieren, kommt es zu Konflikten mit einer hohen Wahrscheinlichkeit des Einsatzes von Waffengewalt (...)“* (Bächler et al. 1996, S. 303)

#### 6. Internationale Wasserkonflikte (C)

Hierbei handelt es sich um Konflikte zwischen Staaten, die ein grenzüberschreitendes Flussbecken teilen, diese finden meist zwischen den Ober- und Unterrainern oder zwischen Hoch- und TieflandbewohnerInnen statt. Es können Verschmutzungs- und Verteilungskonflikte konstatiert werden, doch das politische und sozioökonomische Umfeld sind für die Austragung derartiger Konflikte von großer Bedeutung.

#### 7. Fernwirkungskonflikte (C)

Der Klimawandel und die Zerstörung der Ozonschicht tragen in diesem Fall zu Umweltdegradationen bei, welche die strukturelle und ökologische Heterogenität auf regionaler Ebene fördert und mit großer Wahrscheinlichkeit zu innerstaatlichen Konflikten der Kategorien 1-4 führen.

Ob es aufgrund der beschriebenen Konfliktkonstellationen zu einem Rückgriff auf organisierte Gewalt kommt, hängt von verschiedenen Faktoren ab und wird durch die folgende These zusammengefasst.

### **These 2: Unausweichliche Lage und Mangel an Regulierungsmechanismen**

Die zweite These umfasst die Aussage, dass ein umweltverursachter bewaffneter Konflikt dann und nur dann entsteht, wenn mehrere der folgenden fünf Faktoren zusammentreffen:

1. *„Degradierete Ressourcen, die in absehbarer Zeit nicht substituierbar sind, bringen Gruppen, deren Existenz vom Erhalt dieser Ressourcen abhängt, in eine unausweichliche und mithin verzweifelte Lage. Unausweichliche Zustände sind solche, die man nicht verstandesmäßig oder absichtlich verlassen kann.*
2. *Es existiert ein Mangel an gesellschaftlichen Regulierungsmechanismen. Dieser ist nichts anderes als der Ausdruck der sozialen und politischen Machtlosigkeit staatlicher, traditiona-*

ler und moderner zivilgesellschaftlicher Institutionen. Zur „Machtlosigkeit der Macht“ kommt es dann, wenn sich ein politisches System als unfähig erweist, gewisse soziale und politische Zustände herbeizuführen. Gesellschaftliche Ziele wie zum Beispiel die nachhaltige Ressourcennutzung, werden dadurch unerreichbar.

3. Die Umweltzerstörung wird von staatlichen oder gesellschaftlichen Akteuren zur Verfolgung gruppenspezifischer Interessen auf eine Weise instrumentalisiert, dass die Ressourcenproblematik zu einer Gruppenidentitätsfrage wird.
4. Der umweltverursachte Konflikt findet in einem politischen Umfeld statt, der es den Akteuren erlaubt, sich zu organisieren, sich zu bewaffnen und Alliierte entweder in von ähnlichen Problemen betroffenen Gruppen, in anderen sozialen Schichten oder im Ausland zu gewinnen.
5. Der umweltverursachte Konflikt findet im Kontext einer bereits bestehenden Konfliktkonstellation statt, die durch die subjektive Wahrnehmung der Tragweite der Umwelttransformation oder durch den verschärften Ressourcenwettbewerb polarisierter Gruppen neuen Auftrieb erhält.“ (Bächler et al. 1996a, S. 308f)

Die Forschungsgruppe meint ferner, dass die Umweltdegradation im Konflikt eher eine hintergründige Rolle einnimmt, und dass nicht die Dürreperioden oder der Meeresspiegelanstieg zu Gewalthandlungen führen, sondern dass bspw. die Schwäche politischer Institutionen und die Auflösung tradierter Lebensordnungen zu Auseinandersetzungen führen und im Zentrum der Analyse stehen müssen. Eine Umweltveränderung kann die eigentliche oder auch zeitlich weit zurückliegende Ursache eines aktuellen Konfliktes darstellen. Diese kann unter anderem zu einer Verschiebung und Verbiegung der Tiefenstrukturen beitragen und somit die gesellschaftliche Reproduktion unmerklich aber dauerhaft beeinflussen. (vgl. Bächler et al. 1996, S. 318) Ferner wird betont, dass es oftmals von den sozialen, kulturellen und politischen Institutionen abhängt, ob ein Konflikt eskaliert oder mediiert wird und dass es aufgrund der Möglichkeit der modernen Bewaffnung zu besonders heftigen Auseinandersetzungen kommen kann.

Die ENCOP-Gruppe stellte zusammenfassend eine Taxonomie von Umweltveränderungen auf, welche in Auseinandersetzungen resultieren können und geht hierbei von deren VerursacherInnen aus. Daraus ergeben sich drei generelle Muster umweltverursachter bewaffneter Konflikte, die in der folgenden Übersicht dargestellt werden:<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Für eine genaue Erklärung der verschiedenen Muster siehe Bächler et al. 1996, S. 324ff.

## Übersicht 1: Taxonomie an Umweltveränderungen, die zu Konflikten führen können

	1: Natürliches Ereignis / Naturkatastrophe	2: Nationale oder internatio- nale Opferzone	3: Allmend-Effekt <sup>17</sup>
Typus	Ungeplante, „natürliche“ Umweltveränderung	Geplante / erwünschte bzw. akzeptierte Umweltveränderung	Ungeplante / unerwünschte Umweltveränderung
Ursache	Von Menschen unabhängige Instanz	Handlungen eines einzelnen (sic!) (oder weniger) klar erkennbarer sozialer Akteure	Kumulative Wirkung zahlreicher u. einzeln kaum faßbarer (sic!) menschlicher Handlungen
Vorkommen	Überschwemmungen, Trockenheit, Erdbeben, Stürme, Vulkanausbrüche etc.	Dammbauten, Flußwasserableitungen, Kanalbauten, Abholzung, Mineralabbau, Ölgewinnung	Abholzen, Abweiden, Allmendnutzung, Abfallbeseitigung durch Verdünnung in Wasser, Luft und Boden
Folgen	Kann zu Konflikten zwischen Gruppen von Betroffenen führen, die überleben und den Schaden je für sich begrenzen wollen.	Kann zu Konflikten zwischen den Verursachern und den Betroffenen der Umweltveränderung in einer „Opferzone“ führen.	Kann zu Konflikten zwischen Gruppen, die um ihr Überleben kämpfen und Gruppen, die Schaden begrenzen wollen, führen.

Quelle: Übersicht übernommen aus: Bächler et al. 1996a, S. 324

Die Forschungsgruppen um Homer-Dixon und Bächler/Spillmann sahen sich durchaus mit Kritik konfrontiert. Gleditsch (2008, S. 387ff) strich hinsichtlich der Auswahl der Fallstudien bspw. hervor, dass die endogene (erklärende) als auch die exogene (erklärte) Variable bei den Untersuchungen stets konstant gehalten wurden. Es wurden folglich nur Länder untersucht, in denen sowohl die Verknappung erneuerbarer Ressourcen als auch gewaltsame Ausschreitungen konstatiert werden konnten, dies gibt jedoch keine Aufschlüsse über in diesem Kontext möglicherweise gewaltfrei ausgetragene Konflikte.

### 3.3 Die Oslo-Gruppe um Gleditsch

Die Forschungsgruppe um Nils Petter Gleditsch verfolgt einen quantitativen Forschungsansatz, welcher der Überkomplexität der qualitativen Modelle und den kritisierten Defiziten bei der Fallauswahl entgegenzuwirken versucht. Die Untersuchung von Hauge und Ellingsen (1998, S. 314) bestätigt bspw., dass Länder aufgrund eingetretener Umweltdegradationen konfliktanfälliger sind, kommen jedoch zu dem Schluss, dass ökonomische und politische Faktoren für die Vorhersage gewaltsamer Auseinandersetzungen schluss-

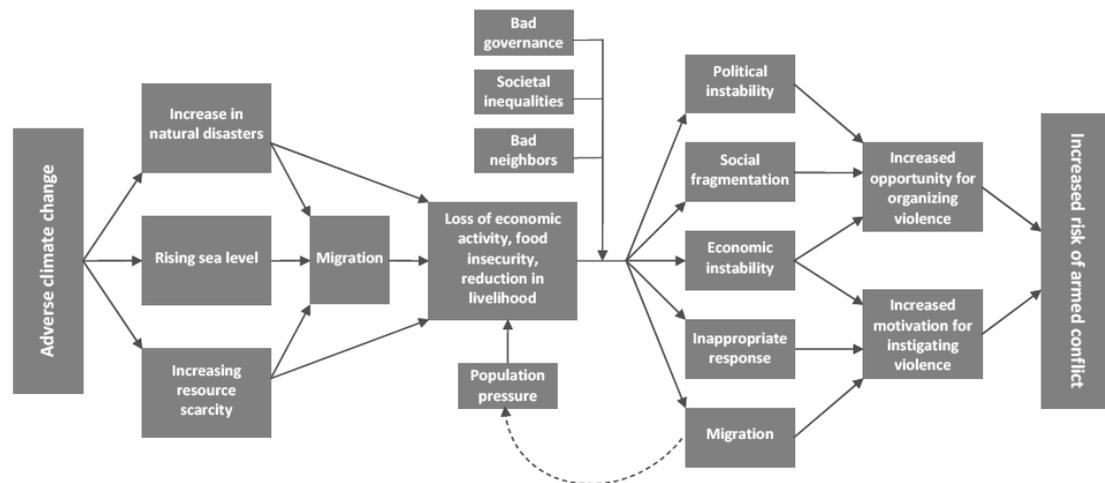
<sup>17</sup> Hierunter versteht man die Konsequenzen von minimalen Einzelhandlungen, die jedes Individuum als lebensnotwendig oder zumindest nicht unvernünftig erachtet, in ihrer kumulativen Wirkungen jedoch eine bedeutende Umweltdegradation hervorrufen. (vgl. Bächler et al. 1996, S. 326f)

endlich maßgeblich sind. Die Forschungsgruppe hebt deshalb hervor, dass die politischen, ökonomischen und kulturellen Variablen noch stärker zu gewichten sind, als dies in den Modellen von Homer-Dixon oder Bächler/Spillmann der Fall ist. Ferner kritisieren diese den „neo-Malthusianismus“, welcher davon ausgeht, dass die Knappheit erneuerbarer Ressourcen zu Konflikten führt, und streichen heraus, dass auch ein Überfluss an diesen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen kann, da sich Rebellengruppen bspw. über deren Ausbeutung finanzieren können. (vgl. WBGU 2007, S. 28)

Buhaug, Gleditsch und Theisen präsentierten 2008 ein Modell<sup>18</sup>, welches die von verschiedenen WissenschaftlerInnen bisher aufgestellten und untersuchten Zusammenhänge zwischen den Konsequenzen des Klimawandels einerseits und einem erhöhten Risiko der Konflikteskalation andererseits erfasst und sich wie folgt darstellt:

**Abbildung 4: Mögliche Wege zum Konflikt**

Figure 6. Possible pathways to conflict



The diagram gives a synthesized account of proposed causal linkages between climate change and armed conflict. For the sake of clarity, possible feedback loops, reciprocal effects, and contextual determinants are kept at a minimum.

Quelle: Buhaug/Gleditsch/Theisen 2008, S. 21

Die Autoren (2008, S. 6ff) heben in ihrer Analyse drei Konsequenzen des Klimawandels hervor, in welchen diese eine mögliche Gefahr für die menschliche Sicherheit sehen: die

<sup>18</sup> Ihre Argumentationen lassen diese vor allem auf den durch verschiedene WissenschaftlerInnen bisher durchgeführten Untersuchungen basieren. Das Modell kann folglich als eine Kombination verschiedener Analysen und deren Ergebnisse beurteilt werden und bietet somit einen guten Überblick über den derzeitigen Forschungsstand.

Verknappung und Variabilität erneuerbarer Ressourcen, der Meeresspiegelanstieg und die Intensivierung der Umweltkatastrophen. Die Risiken die mit diesen einhergehen sind der mögliche Verlust der Lebensgrundlage, die Nahrungsmittelunsicherheit, die Zerstörung der Infrastruktur und ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. (ebenda, S. 2) Schlussendlich entscheiden jedoch die Vulnerabilität<sup>19</sup> und die Adaptionsskapazitäten der betroffenen Gesellschaften darüber, ob die Konsequenzen des Klimawandels in der Austragung gewalttätiger Konflikte und somit einer Gefahr für die menschliche Sicherheit münden. (ebenda, S. 6) Unter ‚Vulnerabilität‘ werden sowohl das Risiko und das Ausmaß der Belastung durch die Klimaänderung als auch die Möglichkeiten, mit der sich ergebenden Herausforderungen umzugehen, verstanden. Verschiedene Faktoren, wie die Verteilung des Reichtums, der Zustand des Gesundheits- und Ausbildungssystems oder Ungleichheiten in der Gesellschaft, spielen hierbei eine bedeutende Rolle. (ebenda, S. 16) Die Wissenschaftler führen daraufhin drei Bewältigungsstrategien an: die Adaption, die Austragung des Konfliktes oder die Migration. Die Entscheidung für eine von diesen ist von der Art der Umweltveränderung, der Vulnerabilität der Bevölkerung und kontextualen Faktoren abhängig. Eine unvorhergesehene und plötzlich auftretende Verknappung der Ressourcenbasis wird als gefährlicher eingestuft, als die Konsequenzen sich langsam vollziehender Klimaänderungen, da bei letzterem Fall eine stufenweise Anpassung erfolgen kann. Unvorhergesehene Gefährdungen können Migrationsbewegungen als plausible Strategie erscheinen lassen.

Zu den Zusammenhängen zwischen den Konsequenzen des Klimawandels und Konflikten äußern sich die Autoren vorweg wie folgt:

*„most assessments of the environment and conflict sketch a causal story where scarcity of renewables constitute yet another stone to the burden, implying that violence is a probable outcome only in societies already suffering from a multitude of other ill-beings”* (Buhaug/Gleditsch/Theisen 2008, S. 18)

Tatsächlich werden die instabilsten und konflikthanfälligsten Gesellschaften und Gebiete der Erde vom Klimawandel am stärksten betroffen sein. Die Forschungsgruppe bezieht sich auf die Einschätzungen des ‚Center for Naval Analyses‘ (CNA) und von International Alert. Das CNA (2007, S. 6) beurteilt den Klimawandel als *“threat multiplier”*, welcher den Druck auf Länder und Menschen erhöhen wird, die bereits unter den Problemen

---

<sup>19</sup> *“Vulnerability is the degree to which a system is susceptible to, and unable to cope with, adverse effects of climate change, including climate variability and extremes. Vulnerability is a function of the character, magnitude, and rate of climate change and variation to which a system is exposed, its sensitivity, and its adaptive capacity.”* (IPCC 2007f, S. 89)

der Unterentwicklung, Unterdrückung und Konflikten leiden. Zwar untersucht dieses nicht die genauen Zusammenhänge, nimmt hierzu jedoch wie folgt Stellung:

*„Such changes will add significantly to existing tensions and can facilitate weakened governance, economic collapses, massive human migrations, and potential conflicts.“* (CNA 2007, S. 20)

International Alert (2007, S. 10) spricht in seiner Analyse der Auswirkungen des Klimawandels auf Konflikte über die Beobachtung der *“Konsequenzen der Konsequenzen”*, unter welchen diese politische Instabilität, ökonomische Rückschläge, Ernährungsunsicherheit und Migration subsumieren.

Die Forschungsgruppe hebt fünf mögliche Konsequenzen des Klimawandels hervor, die oftmals als intermediäre Auslöser sozialer Instabilitäten und gewaltsamer Konflikte gelten. (ebenda, S. 18ff) Zu diesen zählen politische Instabilität, Armut und ökonomische Instabilität, soziale Fragmentierung, Migration und unangemessene Reaktionen. Ob Umweltveränderungen tatsächlich in diesen Umständen resultieren, hängt Großteils von den Gegebenheiten des Landes ab:

*“(…) countries that are characterized by other conflict-promoting features, notably bad governance, large and heterogeneous populations, social inequalities, bad neighborhood, and a history of violence, constitute plausible cases where climate-induced conflict might occur.“* (Buhaug/Gleditsch/Theisen 2008, S. 20)

Wie die Konsequenzen des Klimawandels auf die intermediären Auslöser einwirken und zur Verschärfung beitragen, wird nun näher erläutert. (vgl. ebenda, S. 21ff)

**Auslöser politische Instabilität:** Die Autoren führen an, dass der Wille und die Fähigkeit des Staates, eine erhöhte Ressourcennachfrage im Sinne aller Beteiligten zu regeln und zu lösen, entscheidend dazu beiträgt, ob latente Konflikte zu gewaltsam ausgetragenen eskalieren. Handelt es sich um einen schwachen Staat kann dieser aufgrund finanzieller Engpässe oft nicht in entsprechendem Maße reagieren, andererseits geht mit einer verringerten ökonomischen Produktivität ein Rückgang der Staatseinnahmen und somit eine Schwächung der Verteilungsfähigkeit des Staates einher. Kahl (2006, S. 29) erarbeitete dass Staaten derartige Situationen zu ihren eigenen Gunsten auch beeinflussen und nutzen können:

*“State exploitation conflicts (...) occur when threatened state elites seize on natural resource scarcities and related social grievances to instigate conflicts that advance their parochial interests.“* (vgl. Kahl 2006, S. 29)

Die umweltbedingte Degradation erneuerbarer Ressourcen ermöglicht es StaatsakteurInnen verschiedene Parteien gegeneinander auszuspielen und eine bestehende soziale Spal-

tung bewusst zu verstärken, wodurch eine Radikalisierung einsetzt. Die Autoren verweisen anschließend auf die Untersuchungen, welche den Zusammenhang zwischen politischer Instabilität und erhöhtem Risiko eines bewaffneten Konfliktes bestätigen und schließen folglich, dass im Falle einer Verstärkung der Instabilität durch den Klimawandel ein erhöhtes Konfliktrisiko entsteht.

**Auslöser Armut und ökonomische Instabilität:** Zu den möglichen Konsequenzen des Klimawandels zählen die Ernährungsunsicherheit und der Verlust der Existenzgrundlage, diese können auf individuellem und nationalem Niveau in einem erhöhten Armutsniveau resultieren, welches wiederum bereits seit langem als Hauptgrund für Bürgerkriege betrachtet wird. Buhaug, Gleditsch und Theisen (2008, S. 22) unterscheiden hierbei drei Dynamiken, welche auf der Individualebene, der Gruppenebene und der Staatsebene angesiedelt sind. (ebenda, S. 24) Auf der *Individualebene* kann der Verlust der Existenzgrundlage in landwirtschaftlich geprägten Gesellschaften zu einer Erhöhung der Anzahl an möglichen RekrutInnen für Rebellenbewegungen und somit in einem höheren Konfliktrisiko resultieren. Ein Einkommensverlust führt möglicherweise zu Migrationsbewegungen, welche abermals einen erhöhten Bevölkerungsdruck, erhöhten Ressourcenwettbewerb und verstärkte Rebellenrekrutierung im Zuwanderungsgebiet entstehen lassen. Auf der *Gruppenebene* kann zwischen vertikaler und horizontaler Ungleichheit unterschieden werden. Während man bei einer vertikalen Ausprägung von den Unterschieden zwischen den ärmsten und den reichsten Individuen der Gesellschaft spricht, versteht man unter einer horizontalen Ungleichheit die systematischen Options- und Privilegienunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft, wobei letztere als konflikträchtiger erachtet wird. Aufgrund der unterschiedlichen räumlichen Auswirkungen des Klimawandels besteht die Gefahr, dass diese die horizontalen Ungleichheiten, besonders in landwirtschaftlich geprägten Gesellschaften, verstärken und somit das Risiko eines gewaltsamen Konfliktes erhöhen. Auf der *Staatsebene* resultiert ein verringertes Wirtschaftswachstum in einer verminderten Unterstützung des politischen Systems von Seiten der Bevölkerung, fördert in instabilen demokratischen Systemen die Entstehung nichtdemokratischer RivalInnen und resultiert in der Verringerung der Ausgaben für Adaptionenmaßnahmen. Wenn also die Klimaänderung in einem höheren Armutsniveau und dem Verlust der Existenzgrundlage der Menschen resultiert, ergibt sich mit großer Wahrscheinlichkeit ein höheres Konfliktrisiko.

**Auslöser soziale Fragmentierung:** Die Ethnizität kann als der Mobilisierung verschiedener Gruppen zuträglich erachtet werden, Sprache, Religion und Nationalität dienen

hierbei oft als Demarkationslinien zwischen miteinander im Disput stehenden Gruppen. Dies eröffnet die Möglichkeit eine Bewegung aufzubauen, Verbündete zu finden und Proteste in kollektive Gewalt umzuwandeln. Der Klimawandel kann auf lange Sicht dazu beitragen, dass innerstaatliche und zwischenstaatliche Migration einsetzen. Umweltveränderungen können zur Diskriminierung einer Gruppe führen, dadurch die horizontale Ungleichheit erhöhen, somit Gefühle einer relativen Benachteiligung wecken und die soziale Fragmentierung in den Vordergrund treten lassen.

**Auslöser Migration:** Diese kann sowohl eine Ursache als auch das Ergebnis des Klimawandels darstellen, rapide oder graduell von Statten gehen, permanent oder dauerhaft sein. Klimainduzierte Migration führt laut Reuveny (2007, S. 659) durch vier komplementäre Prozesse zu gewaltsamen Konflikten in den Zuwanderungsgebieten: Erstens kann die Ankunft von Neuankömmlingen zur Konkurrenz um verminderte erneuerbare Ressourcen führen, besonders, wenn Eigentumsrechte nicht klar formuliert sind. Zweitens können MigrantInnen, welche nicht dieselbe ethnische Zugehörigkeit haben, wie die BewohnerInnen des Zuwanderungsgebietes, ethnische Spannungen und die Identitäten verstärken. Drittens können die Migrationsbewegungen zu Misstrauen zwischen dem Zuwanderungs- und Abwanderungsstaat bewirken. Viertens können die Wanderbewegungen zu einer Verstärkung der bisherigen Spannungslinien, wie bspw. zwischen FarmerInnen und PastoralistInnen, führen.

**Auslöser unangemessene Reaktion:** Die Autoren meinen, dass falsche Anpassungs- oder Verminderungsstrategien die Auswirkungen des Klimawandels möglicherweise noch verstärken. Drakonische Maßnahmen zur CO<sub>2</sub> Reduktion könnten eventuell eine ökonomische Stagnation bewirken, welche in politischer Instabilität und Unruhe resultieren kann. Diese Auswirkungen wurden jedoch noch nicht genauer untersucht. Die globale Erwärmung kann für autoritäre Regime ferner eine Fluchtmöglichkeit darstellen, denn kein einziges Land kann für die Umweltveränderungen zur Verantwortung gezogen werden, noch kann von einem einzigen Land verlangt werden, den Auswirkungen alleine zu begegnen. Der Klimawandel könnte jedoch auch als Verschleierungstaktik herangezogen werden und die tatsächliche Agenda der Regierungen überdecken.

Sollte eine Verknappung erneuerbarer Ressourcen die Häufigkeit von Konflikten erhöhen, werden diese mit großer Wahrscheinlichkeit auf lokaler und innerstaatlicher Ebene stattfinden. Die Forschungsgruppe streicht die kontextualen Faktoren in ihrer Analyse hervor und meint, dass Klimaänderungen vor allem dann negative Konsequenzen für die

Sicherheit des Menschen haben, wenn diese in Regionen eintreten, die bereits heute unter bewaffneten Konflikten leiden. Zu den komplementären Gründe für die Häufung von bewaffneten Konflikten in bestimmten Regionen zählen unter anderem die leichte Verbreitung von Kleinwaffen und Wissen, nationale ethnische Verbindungen, Flüchtlingsbewegungen über mehrere Regionen hinweg und negative ökonomische Externalitäten der Gewalt. Da derartige Faktoren stets negative Übertragungseffekte auf andere Regionen haben, muss das Konfliktumfeld in die Analyse mit einbezogen werden.

Die Wissenschaftler führen jedoch klar und deutlich an, dass die beschriebenen Zusammenhänge zwar das Risiko der Austragung eines gewalttätigen Konfliktes erhöhen können, jedoch nicht zwingendermaßen zu diesem führen müssen und verweisen ferner darauf, dass noch weitere Forschung in diesem Bereich getätigt werden muss:

*„The empirical foundation for a general relationship between resource scarcity and armed conflict is indicative at best and numerous questions regarding the exact nature of the proposed causal association remain to be answered.“* (vgl. Buhaug/Gleditsch/Theisen 2008, S. 36)

Es kann jedoch gesagt werden, dass der Klimawandel das Risiko eines bewaffneten Konfliktes nur unter bestimmten Bedingungen und in Interaktion mit verschiedenen sozio-politischen Faktoren erhöht.



## 4 Das Fallbeispiel Darfur

Zahlreiche JournalistInnen wie beispielsweise Stephan Faris (2007) von ‚*The Atlantic*‘ oder Scott Baldauf (2007) von ‚*The Christian Science Monitor*‘ präsentieren in ihren Artikeln einen direkten Zusammenhang zwischen den Konsequenzen des Klimawandels und dem Konflikt in Darfur.<sup>20</sup> Welzer (2008, S. 94) bezeichnet diesen in seinem Buch ‚*Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*‘ sogar als den „ersten Klimakrieg des 21. Jahrhunderts“. In ‚*The Washington Post*‘ wurde 2007 ein Artikel von Ban Ki Moon veröffentlicht, in welchem er sich zu den Vorfällen in der Region Darfur äußerte und eine Verbindung zwischen der gewalttätigen Eskalation und dem Klimawandel herstellte. So meinte dieser beispielsweise:

*“Almost invariably, we discuss Darfur in a convenient military and political shorthand -- an ethnic conflict pitting Arab militias against black rebels and farmers. Look to its roots, though, and you discover a more complex dynamic. Amid the diverse social and political causes, the Darfur conflict began as an ecological crisis, arising at least in part from climate change.”* (Ban 2007)

Diese Aussagen verdeutlichen, wie sehr die Konsequenzen des Klimawandels in der Region nach dem Kriegsausbruch im Jahr 2003 von verschiedenen Seiten zu den entscheidenden Konfliktursachen gezählt wurden. Inwiefern dieser tatsächlich zur Konflikteskalation beigetragen hat, wird versucht im vorliegenden Kapitel zu beantworten und folglich im Detail zu beleuchten zu sein.

Hierzu wird zu Beginn der theoretische Rahmen für die Konfliktanalyse dargestellt. Daran anschließend erfolgen der Nachweis des Klimawandels in Darfur sowie die Erläuterung der klimatologischen und geographischen Gegebenheiten der Region sowie deren Bevölkerungszusammensetzung. Daraufhin werden die Geschichte Darfurs seit dem Fur Sultanat sowie relevante Fakten im geschichtlichen Zusammenhang näher beleuchtet. In einem anschließenden Kapitel werden die bisher in Darfur konstatierbaren Konflikte über den Zugang zu Land und Wasser untersucht, welche schließlich von der Analyse der Verschärfung der Lage in der Region in den 70er und 80er Jahren sowie den Ereignissen der 90er Jahre gefolgt werden. Da der Konflikt in seiner Gesamtheit nicht dargestellt werden kann, liegt der Fokus auf den für die Analyse bedeutendsten Ereignissen. Abschließend erfolgen einige generelle Anmerkungen, welche für die Konfliktanalyse interessant erscheinen.

---

<sup>20</sup> Unter der Bezeichnung ‚Region Darfur‘, ‚Region‘ oder ‚Darfur‘ werden in der vorliegenden Arbeit die drei Bundesstaaten Nord-, Süd- und West-Darfur subsummiert.

## 4.1 Der theoretische Rahmen für die Konfliktanalyse

Das vorliegende Kapitel eröffnet den theoretischen Rahmen für die Analyse der Region Darfur. Hierbei werden die Begriffe ‚Desertifikation‘ und ‚Dürre‘ näher bestimmt und ebenso eine genauere Ausdifferenzierung des Begriffes ‚Konflikt‘ vorgenommen.<sup>21</sup> Daraufhin werden die anzuwendenden Theorien angeführt, welche bereits in Kapitel 3 näher erläutert wurden.

### 4.1.1 Die Begriffsdefinitionen

#### 4.1.1.1 Der Begriff ‚Desertifikation‘

Die Definition des Begriffes ‚Desertifikation‘ wird der ‚United Nations Convention to Combat Desertification‘ (UNCCD)<sup>22</sup> entnommen, welche den Begriff wie folgt definiert:

*“land degradation in arid, semi-arid and dry sub-humid areas resulting from various factors, including climatic variations and human activities”* (UNCCD 1994, S. 4)

Unter dem Begriff ‚Bodendegradation‘ (land degradation) wird folgender Zustand verstanden:

*“reduction or loss, in arid, semi-arid and dry sub-humid areas, of the biological or economic productivity and complexity of rainfed cropland, irrigated cropland, or range, pasture, forest and woodlands resulting from land uses or from a process or combination of processes, including processes arising from human activities and habitation patterns, such as:*

- (i) soil erosion caused by wind and/or water;*
- (ii) deterioration of the physical, chemical and biological or economic properties of soil; and*
- (iii) long-term loss of natural vegetation”* (ebenda, S. 5)

Diese Definition geht folglich davon aus, dass Desertifikation durch ‚klimatische Schwankungen‘ (climatic variations) und menschliche Aktivitäten gleichermaßen verursacht werden kann. Der Terminus ‚klimatische Schwankungen‘ schließt in der vorliegenden Arbeit die Ausmaße des Klimawandels mit ein und geht in der Auslegung dieser Definition mit UNEP (2007, S. 62) konform.

---

<sup>21</sup> Die exakte Definition des Begriffes ‚Klimawandel‘ befindet sich auf S. 13f.

<sup>22</sup> Dieses Übereinkommen trat 1996 in Kraft, dessen Ziel stellt es dar die Desertifikation zu bekämpfen und die Folgen von Dürren in Ländern zu mildern, welche besonders stark von diesen betroffen sind. (vgl. UNCCD 1994, S. 6)

#### 4.1.1.2 Der Begriff ‚Dürre‘

Im Allgemeinen versteht man unter dem Begriff ‚Dürre‘

*„a ‘prolonged absence or marked deficiency of precipitation’, a ‘deficiency that results in water shortage for some activity or for some group’, or a ‘period of abnormally dry weather sufficiently prolonged for the lack of precipitation to cause a serious hydrological imbalance’” (IPCC zit. Heim 2007a, S. 80)*

Die Definitionen des Begriffs können durchaus unterschiedlich sein. Für die vorliegende Arbeit ist jedoch das Verständnis des Begriffes von Meteorologie und Agrikultur entscheidend. Unter einer ‚meteorologischen Dürre‘ werden anhaltende Niederschlagsdefizite verstanden und unter einer ‚landwirtschaftlichen Dürre‘ versteht man Feuchtigkeitsdefizite im obersten Meter des Bodens. (IPCC 2007a, S. 80)

#### 4.1.1.3 Der Begriff ‚Konflikt‘ und seine Ausdifferenzierung

Die Definition des Begriffes ‚Konflikt‘ wird dem ‚Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung‘ (HIIK) entnommen und lautet wie folgt:

*„Konflikte sind Interessengegensätze (Positionsdifferenzen) um nationale Werte (Territorium, Sezession, Dekolonisation, Autonomie, System/Ideologie, Nationale Macht, Regionale Vorherrschaft, Internationale Macht, Ressourcen, Sonstiges) von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden.“ (HIIK 2009b)*

Der Konfliktgegenstand ‚Ressource‘ wurde durch das HIIK genauer ausdifferenziert, wodurch eine Unterscheidung zwischen den Ressourcen Öl, Diamanten oder Wasser möglich wird. Die Kategorie ‚Regionale Vorherrschaft‘ bezeichnet

*„Konflikte, in denen eine innerstaatliche Gruppierung ein Gebiet unter seine Kontrolle zu bringen versucht, ohne dass hierbei das Ziel der Machtausübung über den Gesamtstaat (Nationale Macht) oder das eines eigenen Staatsaufbaus (Sezession) formuliert oder verfolgt wird.“ (HIIK 2009a)*

Das HIIK verwendet eine qualitative Konflikt- bzw. Kriegsdefinition, folglich kommt es zu einer Klassifizierung von Kriegen und weniger intensiven Gewaltformen anhand der tatsächlich beobachtbaren Gewalt. Diese Einteilung findet sich im vom HIIK aufgestellten Konfliktbarometer wieder, welches in einem ersten Schritt eine Einteilung der Konflikte bzgl. ihres Gewaltgrades vornimmt und hierbei zwischen gewaltsamen und nicht gewaltsamen Konflikten unterscheidet. In einem zweiten Schritt erfolgt innerhalb dieser beiden Kategorien wiederum eine Unterteilung bzgl. deren Konfliktintensität. Bei der Einteilung in eine der fünf Intensitätsstufen sind *„Art, Dauer und Häufigkeit der eingesetzten Maßnahmen im Konfliktaustrag entscheidend“*. (HIIK 2009a) Diese verfeinerte Aufspaltung eröffnet zahlreiche Vorteile, denn dadurch wird klar ersichtlich, dass alle

gewaltsamen Konflikte aus nicht gewaltsamen Konflikten entstehen, dass diese jedoch auch im Falle einer gewaltfreien Austragung untersucht werden müssen. Diese Herangehensweise ermöglicht es ferner zu analysieren welche Art des Krisenmanagements eine Eskalation der Gewalt verhindern konnte.

## Übersicht 2: Konfliktintensitäten lt. HIIK

Gewalt-grad	Int.-Gruppe	Int.-stufe	Intensitätsbezeichnung	Definition
nicht gewaltsam	niedrig	1	Latenter Konflikt	Eine Positionsdifferenz um definierbare Werte von nationaler Bedeutung ist dann ein latenter Konflikt, wenn darauf bezogene Forderungen von einer Partei artikuliert und von der anderen Seite wahrgenommen werden.
		2	Manifester Konflikt	Ein manifester Konflikt beinhaltet den Einsatz von Mitteln, welche im Vorfeld gewaltsamer Handlungen liegen. Dies umfasst beispielsweise verbalen Druck, die öffentliche Androhung von Gewalt oder das Verhängen von ökonomischen Zwangsmaßnahmen.
gewaltsam	mittel	3	Krise	Eine Krise ist ein Spannungszustand, in dem mindestens eine der Parteien vereinzelt Gewalt anwendet.
	hoch	4	Ernste Krise	Als ernste Krise wird ein Konflikt dann bezeichnet, wenn wiederholt und organisiert Gewalt eingesetzt wird.
		5	Krieg	Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktausstrags, in denen mit einer gewissen Kontinuität organisiert und systematisch Gewalt eingesetzt wird. Die Konfliktparteien setzen, gemessen an der Situation, Mittel in großem Umfang ein. Das Ausmaß der Zerstörung ist nachhaltig.

Quelle: Übersicht modifiziert übernommen von: HIIK 2009b

Die Definitionen des HIIK erscheinen für den Untersuchungsgegenstand vor allem deshalb als äußerst passend, weil diese nicht gewaltsam ausgetragene Konflikte integrieren. Die Wahl dieser Begriffsdefinition soll verdeutlichen, dass sich die Konsequenzen des Klimawandels in einem Konfliktspektrum von geringer bis hoher Konfliktintensität äußern können. In der vorliegenden Arbeit werden die Auswirkungen des Klimawandels auf die Konflikteskalation in Darfur untersucht, welche 2003 in einen Krieg mündete und folglich auf Stufe 5 verortet wird. Wenn in anderen Fällen jedoch eine gewaltsame Austragung verhindert werden konnte, bedeutet dies keineswegs, dass die Untersuchung derartiger Konflikte weniger bedeutend ist, denn gerade von der friedlichen Beilegung kann auf mögliche Lösungsmechanismen geschlossen werden. (vgl. Gleditsch 1998, S. 391f)

### **4.1.2 Die Theorien**

Im Rahmen der Analyse des Krieges in Darfur werden die Theorien der Forschungsgruppe um Homer-Dixon (1991, 1994, 1999) und Bächler et al. (1996) angewandt, welche um einige Ansätze des Modells von Buhaug, Gleditsch und Theisen (2008) erweitert werden. Wie bereits erläutert, wiesen erstere dem Klimawandel als Konflikteskalationsfaktor kaum Bedeutung bei, es könnte somit die plausible Frage gestellt werden, inwiefern sich die Anwendung dieser Theorien rechtfertigen lässt. Beide Gruppierungen versuchten die Zusammenhänge zwischen Umweltdegradation und Konflikteskalation aufzuschlüsseln. Wenn es folglich möglich ist, eine bestimmte Umweltdegradation auf den Klimawandel zurückzuführen, können die Modelle als nützliche Ansätze in der Analyse herangezogen werden. In der Beweisführung muss ausschließlich ein Zwischenschritt eingefügt werden, welcher im nächsten Kapitel erfolgt.

## **4.2 Zum Nachweis des Klimawandels in der Region Darfur**

Auch wenn zahlreiche JournalistInnen die in Darfur eingetretenen Dürreperioden und die Desertifikation als Konsequenz des Klimawandels darstellen, erweist sich ein wissenschaftlich fundierter Zugang doch als etwas schwieriger. Das UNDP führt im ‚*Human Development Report 2007/08*‘ zum Nachweis eines kausalen Zusammenhanges zwischen dem anthropogen verursachten Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre und den an unterschiedlichen Orten eintretenden Umweltveränderungen Folgendes an: *“Direct attribution of any specific event to climate change will remain impossible.”* (UNDP 2007, S. 17) Die Schwierigkeit eine Umweltveränderung als die Konsequenz des Klimawandels zu bezeichnen ergibt sich vor allem aufgrund der zahlreichen Interaktionen im Umweltsystem. Da dieser Umstand von verschiedenen Seiten im eigenen Interesse benutzt werden kann, birgt dies in zweierlei Hinsicht große Gefahren in sich. Einerseits könnten die Konsequenzen des Klimawandels von PolitikerInnen oder verschiedenen Institutionen abgeschwächt und Umweltveränderungen auf andere Ursachen zurückgeführt werden, weshalb diese die Ansicht vertreten könnten, dass auch keinerlei Maßnahmen gegen den Klimawandel getroffen werden müssten. Andererseits könnten gewisse AkteurInnen die Umweltdegradationen ohne ausreichend fundierte Datenlage als Konsequenz des Klimawandels darstellen, dadurch jedoch weitere entscheidende Ursachen ausblenden und somit eine vollkommene Analyse und die Entwicklung passender Konfliktbewältigungsstrategien erschweren. Inwiefern der Klimawandel in Darfur tatsächlich zu den beobachtbaren Umweltveränderungen beigetragen hat, wird nun in den folgenden Unterkapiteln

näher beleuchtet. Zu Beginn erfolgen eine Erläuterung der geographischen und klimatologischen Lage Darfurs und deren Verortung innerhalb der Sahelzone. Daraufhin werden die klimatologischen Veränderungen der Sahelzone, welche sich in anhaltenden Dürreperioden und Desertifikation äußerten, näher beleuchtet. Als deren Ursachen werden einerseits menschliche Eingriffe in das Umweltsystem und andererseits der Anstieg der Meeresoberflächentemperatur angegeben, welche deshalb genauer behandelt werden. Mit Hilfe dieser Datengrundlagen erfolgt eine abschließende Untersuchung der Ursachen der im Sudan und der Region Darfur konstatablen Dürreperioden und Desertifikation.

#### **4.2.1 Die geographische und klimatologische Lage Darfurs**

Die Bezeichnung Darfur teilt sich im Arabischen in die beiden Worte ‚*Dar Fur*‘, wobei der Begriff ‚*Dar*‘ Land oder Heimat bedeutet, während ‚*Fur*‘ eine Volksgruppe der Region bezeichnet. Darfur bedeutet folglich ‚*Land/Heimat der Fur*‘ und befindet sich im westlichen Teil des heutigen Sudans, welcher in Nordafrika liegt. Der Sudan selbst umfasst eine Fläche von 2.505,8 km<sup>2</sup> (World Bank 2007) und stellt somit das größte Land Afrikas dar, dieses ist etwa siebenmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Die Region Darfur entspricht mit 160.000 km<sup>2</sup> (vgl. Suliman 1996, S. 155) etwa der Größe Frankreichs und wurde durch die sudanesischen Regierung im Jahr 1994 in die drei Bundesstaaten Nord-, West- und Süd-Darfur geteilt. Das zentrale Gebiet der Region liegt in der Sahelzone, in gewissen westlichen und südlichen Landesteilen der Region existieren verschiedene Savannenformen während der Norden durch sandige und steinige Ebenen, Dünen und ‚*Wadis*‘<sup>23</sup> gekennzeichnet ist. (vgl. UNEP 2007, S. 43)

#### **4.2.2 Die Sahelzone und deren klimatologische Veränderungen**

Da sich Klimaänderungen nicht ausschließlich innerhalb staatlicher Grenzen einstellen, kann sich die Analyse ebendieser in Darfur zu Beginn noch nicht auf die Region beschränken, sondern muss vorerst auf einer überregionalen Ebene erfolgen. Bereits zahlreiche Studien wurden über die Konsequenzen des Klimawandels in der Sahelzone durchgeführt und werden nun dargestellt, im Anschluss daran erfolgt eine Analyse der in Darfur regional beobachteten Klimaänderungen.

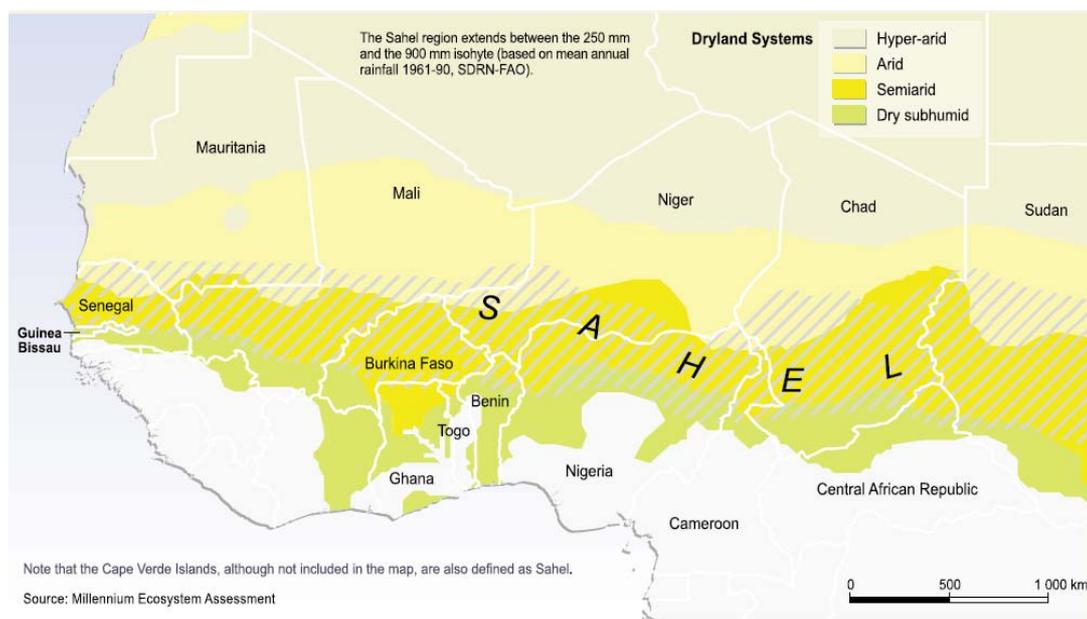
Die Sahelzone stellt eine semiaride Übergangsregion in Nordafrika dar, welche sich vom Senegal bis zum Sudan erstreckt, sowie zwischen dem Wüstengebiet der Sahara im Nor-

---

<sup>23</sup> Der Begriff ‚*wadi*‘ ist das arabische Wort für Trockenflusstäler bzw. periodische Wasserläufe.

den und der Trocken- und Feuchtsavanne im Süden liegt. Genauer gesagt befindet sich die Sahelzone zwischen der 250mm und der 900mm Isohyete<sup>24</sup>, es ist jedoch schwierig die genauen Breitengrade der Sahelzone anzugeben, da diese aufgrund sich verändernder Regenfallmuster fluktuieren. (vgl. Millennium Ecosystem Assessment 2005, S. 20) (vgl. UNEP/ICRAF 2006, S. 2) Die folgende Abbildung ermöglicht es die Sahelzone näher zu bestimmen:

**Abbildung 6: Die Sahelzone**



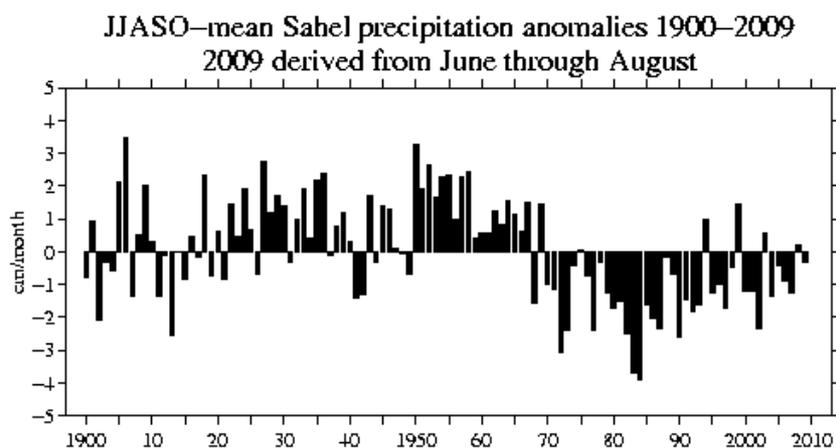
Quelle: Millennium Ecosystem Assessment 2005, S. 20

Dieses Gebiet ist durch eine hohe Niederschlagsvariabilität gekennzeichnet, deren Boden wird als Sandwüste beschrieben und deren Pflanzendecke besteht aus Sträuchern, Gräsern sowie verkümmerten Bäumen, welche mit einer Bewegung Richtung Süden in ihrer Intensität zunehmen. (vgl. UNEP/ICRAF zit. CILSS 2004, S. 2) Der Sahel ist eine der ärmsten und am stärksten umweltdegradierten Gebiete der Erde. Darfur befindet sich am östlichen Rande des Sahels, im westlichen Sudan.

Seit den späten 1960ern erfuhr die Sahelzone eine seit der schriftlichen Festhaltung der Niederschlagsdaten ohne Präzedenzfall anhaltende Dürreperiode. Besonderer Bezug wird hierbei meist auf die Daten des Sahel-Niederschlags-Index genommen, welcher sich zwischen 1900 und 2009 wie folgt präsentiert:

<sup>24</sup> Eine Isohyete stellte eine Verbindungslinie zwischen Orten mit gleicher Niederschlagsmenge dar. (vgl. Duden 2001, S. 464)

Abbildung 7: Durchschnittliche Niederschlagsanomalien im Sahel 1900 – 2008



Quelle: JISAO 2009

Die Niederschläge bewegten sich zwischen 1915 und den späten 1930ern sowie zwischen den 1950ern und 1960ern über dem langzeitigen Mittelwert, ab den späten 60ern/frühen 70ern befanden sich die konstatierten Niederschlagswerte jedoch überwiegend unter dem langzeitigen Mittelwert, wobei die stärksten Anomalien in den frühen 80ern beobachtet werden konnten. Hierbei muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die in der Grafik dargestellten Werte ausschließlich aus der Region zwischen den Breitengraden 20N und 10N sowie zwischen den Längengraden 20W und 10E gewonnen wurden. Zwar liegt Darfur nicht innerhalb dieser Längengrade, eine anhaltende Dürreperiode konnte jedoch auch in dieser Region konstatiert werden. Die folgende Übersicht zeigt die langfristige Niederschlagsreduktion für die Bundesstaaten Nord-, West- und Süddarfur, welche zwischen den Zeitperioden 1946-1976 und 1976-2005 einen prozentuellen Rückgang innerhalb der Spanne von 16 bis 34 Prozent aufweisen.

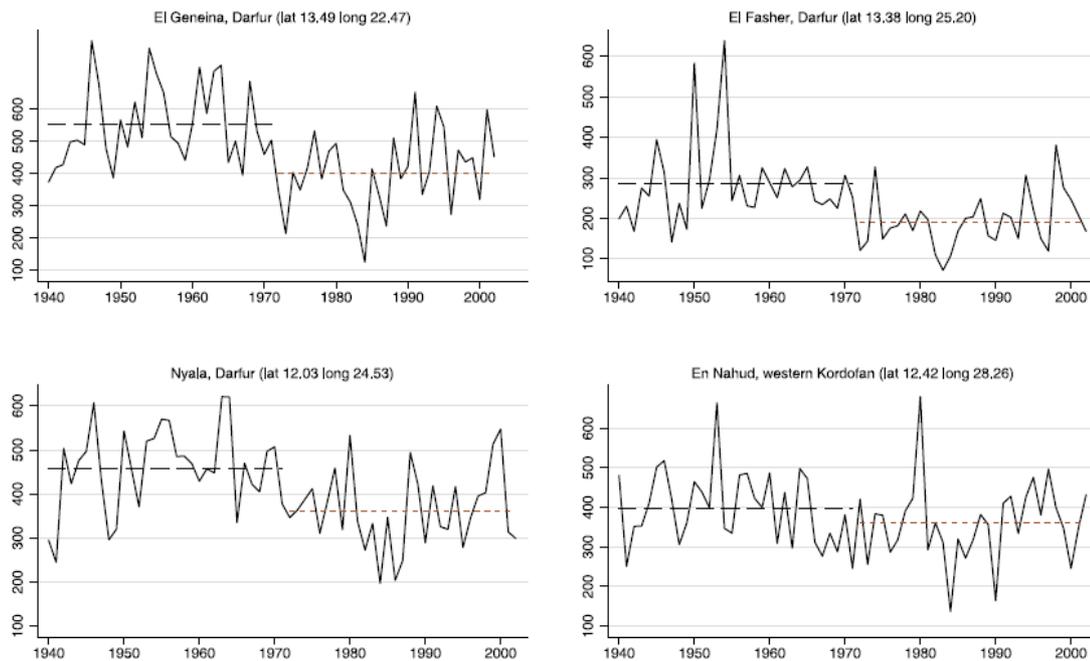
### Übersicht 3: Langfristige Niederschlagsreduktion in Darfur

Rain gauge location	Average annual rainfall (mm) 1946 - 1975	Average annual rainfall (mm) 1976 - 2005	Reduction (-)	Percentage
El Fasher, Northern Darfur	272.36	178.90	- 93.46	- 34 %
Nyala, Southern Darfur	448.71	376.50	- 72.21	- 16 %
El Geneina, Western Darfur	564.20	427.70	- 136.50	- 24 %

Quelle: UNEP 2007, S. 60

Die folgende Grafik stellt die Niederschlagsmengen an vier Wetterstationen in Darfur und Kordofan dar und kennzeichnet die durchschnittlichen Rückgänge zwischen den Perioden 1940-71 und 1972-2002 anhand unterbrochener horizontaler Linien.

**Abbildung 8: Regenfall an vier Wetterstationen um Darfur und Kordofan**



Source: Sudan rain station data provided by David Lister, Climatic Research Unit, University of East Anglia

**Figure 5.** Rainfall at four rain stations in Darfur area (annual mm), 1940–2002 (dashed lines are means for 1940–1971 and 1972–2002).

Quelle: Kevane/Gray 2008, S. 7

Ferner nimmt UNEP (2007, S. 62) an, dass sich innerhalb von mehr als 40 Jahren das Wüstenklima im Sudan um ca. 100 km südwärts bewegte. Die verschiedenen Erklärungsansätze zu den Ursachen der Dürreperioden und der voranschreitenden Desertifikation werden nun näher beleuchtet.

### 4.2.3 Die Ursachen der Dürreperioden und Desertifikation in der Sahelzone

Über die letzten 30 Jahre bewegte sich die Erforschung der physikalischen Ursachen der wiederkehrenden Dürren in der Sahelzone und der damit einhergehenden Desertifikation entlang zweier paralleler Richtungen. Eine dieser beiden ging davon aus, dass der Mensch durch seine Art der Nutzung des Bodens und der Pflanzendecke für die Umweltveränderungen verantwortlich ist, so wurden diese beispielsweise auf die ausgedehnte Landnutzung in marginalisierten Gebieten sowie ein höheres Bevölkerungswachstum zurück geführt. Der Fokus hierbei lag folglich vor allem auf der Rückkopplung zwischen

der atmosphärischen Zirkulation und den Prozessen auf der Landoberfläche. (vgl. Gianini/Saravanan/Chang 2003, S. 1027f) Ein weiterer Forschungsstrang untersuchte die Reaktion der Atmosphäre auf die Veränderung der Temperaturen der globalen Ozeane und erachtete dies als die Hauptursache für die in Afrika stattfindenden Klimaänderungen. (vgl. ebenda) Die beiden wissenschaftlichen Ansätze werden in diesem Abschnitt näher erläutert.

#### 4.2.3.1 Der Mensch in der Sahelzone

Im Jahr 1977 wurde auf der ‚*United Nations Conference on Desertification*‘ (UNCOD) die im Sahel einsetzende Desertifikation auf die folgenden vier Hauptgründe zurückgeführt: Überkultivierung, Überweidung, Abholzung und Missmanagement von Wasserressourcen bzw. bewässertem Land. (vgl. UNCCD 2009) Bei allen vier Punkten handelt es sich um einen direkten Eingriff des Menschen in den Bereich der ‚*erneuerbaren Ressourcen*‘.<sup>25</sup> Während ‚*nicht erneuerbaren Ressourcen*‘ üblicherweise voneinander unabhängig sind und deren Abbau meist keinen Effekt auf andere derartige Ressourcen hat, stellen sich ‚*erneuerbare Ressourcen*‘ vergleichsweise als höchst interdependent dar. Deren Abbau verursacht zumeist unerwartete Effekte, die schwerwiegender ausfallen und schwieriger zu bewältigen sind als man vielleicht anfänglich antizipierte. (vgl. Homer-Dixon/Blitt 1998, S. 1f) Das Umweltsystem kann durch den Eingriff des Menschen folglich starke Schäden erleiden. Diese komplexe Interaktion zwischen Mensch und Natur sowie die daraus resultierenden Umstände werden hier vor allem im Hinblick auf die in Sudan/Darfur stattfindende Dürre und Desertifikation näher beleuchtet. Die Darstellung muss sich jedoch auf gewisse, für die Analyse entscheidende Aspekte beschränken und erhebt deshalb keinerlei Anspruch auf eine allumfassende Erläuterung der Prozesse.

Lange Zeit betrachtete man die **Überweidung** durch Herden als Ursache von Bodendegradationsprozessen, so meinte man, dass diese beispielsweise dazu führe, dass sich die Vegetationsdecke verringere und der oberste Bodenhorizont, welcher besonders reich an Nährstoffen ist, einer verstärkten Wasser- und Winderosion<sup>26</sup> ausgesetzt werden würde. Im Weiteren nahm man an, dass der starke Tritt der Herden den Boden verdichte und

---

<sup>25</sup> Naturressourcen können in ‚*nicht erneuerbare Ressourcen*‘ (z.B. Öl, Eisen, Erze) und ‚*erneuerbare Ressourcen*‘ (Wälder, Böden, Seen, Flusswasser, Ozonschicht) unterteilt werden. ‚*Nicht erneuerbare Ressourcen*‘ umfassen einen Bestand, der die Quantität der zum Konsum zur Verfügung stehenden Ressourcen umfasst. Eine ‚*erneuerbare Ressource*‘ umfasst hingegen einen Bestand und einen Fluss, der den Zuwachs bzw. die Restauration zum Bestand pro Zeiteinheit erfasst. (vgl. Homer-Dixon/Blitt 1998, S. 1f)

<sup>26</sup> Unter ‚*Erosion*‘ wird hierbei der Prozess des Entfernens und des Transportes von Erde und Gestein durch Verwitterung, Massenabnutzung und die Einwirkung von Fließgewässern, Gletschern, Wellen, Wind und Grundwasser verstanden. (vgl. IPCC 2007e, S. 75)

somit ebenso dessen Wasserdurchlässigkeit reduziere. (vgl. Bächler et al. 1993, S. 23) Dieses ‚overgrazing‘ Konzept wurde mittlerweile jedoch relativiert. Da bei einer Überbeanspruchung des Bodens die NomadInnen auf andere Gebiete ausweichen können und dem Boden hierdurch Zeit zur Regeneration gegeben wird, erwies sich die Art der nomadischen Tierhaltung inzwischen als äußerst nachhaltige Nutzungsweise der Gebiete mit stark variierenden Niederschlägen. (vgl. Bächler et al. 1996a, S. 109) Kritik am Pastoralismus wird jedoch noch dort geübt wo es zum Anstieg der Größe sowie der Anzahl der Herden aufgrund eines starken Bevölkerungswachstums kommt, da beide Faktoren für die Weideflächen eine höhere Belastung darstellen. Im Weiteren wird auch die Konzentration der NomadInnen um Wasserstellen in einem Umkreis von 50 km als Problem erachtet, da diese zu Desertifikationsprozessen führen kann. (ebenda)

Durch den Vorgang der **Abholzung** kommt es zur oftmals benötigten Vergrößerung des landwirtschaftlichen sowie urbanen Gebietes. Ferner führt ein höheres Bevölkerungswachstum sowie das Wachstum der Ballungszentren zu einem erhöhten Energiebedarf, wodurch der kommerzielle Holzschlag an Bedeutung gewinnt. Diese Abholzung resultiert in einem Rückgang der Vegetation, welche jedoch für die Regulierung des Bodens wichtig wäre. Aufgrund langer Regenerationsphasen kommt es ebenso zu einer verstärkten Wind- und Wassererosion, beschleunigt ablaufendem Regenwasser und Überschwemmungen, welche das Wiederauffüllen von Grundwasserreserven verlangsamen. (ebenda, S. 112) Der Wald hat durch seine abschirmende Wirkung der Kronen und seine Regulation des CO<sub>2</sub> Haushaltes im Weiteren eine sehr bedeutende ausgleichende klimatische Wirkung. Durch Brandrodung werden jedoch enorme Mengen an Kohlendioxid in die Atmosphäre freigesetzt. (vgl. Bächler et al. 1993, S. 24ff)

Unter **Überkultivierung** versteht man die Konsequenzen der Ablösung traditioneller Methoden des Regenfeldbaus durch moderne mechanische Systeme, denn eine mechanisierte Landwirtschaft führt zu einer Auflockerung der oberen Schichten des Bodens, wodurch diese einer stärkeren Bodenerosion ausgesetzt sind. (vgl. Bächler et al. 1996, S. 109) Aufgrund eines erhöhten Bevölkerungswachstum sowie der Ausweitung der Cash-Crop Produktion kommt es oft zu einer ackerbaulichen Erschließung von Gebieten, welche eigentlich nur nomadische Weidewirtschaft zulassen. (vgl. Bächler et al. 1993, S. 24) Meist führen Trockenheit und Missmanagement auch dazu, dass trotz der Erweiterung der Anbauflächen die Nahrungsmittelerzeugung eher ab- als zunimmt. In guten Zeiten werden trockene Böden oft nicht bewirtschaftet und diese somit aufgrund einer fehlenden Vegetationsdecke verstärkt der Bodenerosion ausgesetzt. Im Weiteren kann ebenso beo-

bachtet werden, dass der Druck auf Brachlandreserven steigt, wenn die Brachezeiten jedoch verkürzt werden geht dies mit einem Rückgang der Fruchtbarkeit des Bodens einher. (vgl. Bächler et al. 1996, S. 109)

Beim **Missmanagement von Bewässerungssystemen** kommt es in Trockengebieten vor allem aufgrund eines erhöhten Wasserverbrauchs zu einer Versalzung und Alkalisierung der Böden. Dies kann unter anderem zu einer reduzierten Regenwasserdurchdringlichkeit des Bodens führen, wodurch wiederum der schnelle Ablauf des Wassers gefördert wird und es soweit kommen kann, dass diese aufgegeben werden müssen. (ebenda, S. 111)

Die erläuterten Eingriffe des Menschen haben lokal beobachtbare Konsequenzen für die Bodenqualität. So führt beispielsweise eine verringerte Vegetationsdecke zu Wind- und Wassererosion, welche weitere fruchtbare Schichten abträgt, während ein mögliches Bewässerungsmismanagement zur Versalzung des Bodens und zu dessen verminderter Fähigkeit der Aufnahme von Wasser beiträgt. Durch bestimmte Praktiken wird folglich die Regenerationsfähigkeit und Fruchtbarkeit lokal verringert, wodurch es zu Desertifikationsprozessen kommt.

Die Änderungen der Nutzung oder Bewirtschaftung des Landes haben jedoch auch Auswirkungen auf die Oberflächen-Albedo<sup>27</sup>, die Verdunstung, die Quellen und Senken<sup>28</sup> von Treibhausgasen und andere Eigenschaften des Klimasystems, tragen dadurch zum ‚Strahlungsantrieb‘<sup>29</sup> bei und nehmen somit Einfluss auf das lokale oder globale Klima. (vgl. IPCC 2007b, S. 80) Durch Abholzung und Überweidung kommt es beispielsweise zu einem Rückgang des Waldbestandes und der Vegetationsdecke, womit eine erhöhte Albedo einhergeht. Dies bedeutet, dass mehr Energie in die Atmosphäre zurück reflektiert wird und dadurch der Feuchtigkeitsgehalt und somit der Niederschlag reduziert wird. Dies resultiert abermals in schlechteren Konditionen für die Vegetationsdecke und kann somit als Erklärungsansatz für die Dürreperioden herangezogen werden. (vgl. Zeng 2003, S. 999) Entscheidend hierbei ist, dass die beschriebenen Prozesse untereinander eine star-

---

<sup>27</sup> ‚Albedo‘ wird definiert als: „Der Anteil der Sonnenstrahlung, der an einer Oberfläche oder an einem Körper reflektiert wird, oft in Prozent angegeben. Schneebedeckte Oberflächen haben eine hohe Albedo; die Albedo von Böden reicht von hoch bis tief; pflanzenbedeckte Oberflächen und Ozeane haben eine tiefe Albedo. Die Albedo der Erde variiert hauptsächlich wegen unterschiedlicher Bewölkung, Schnee-, Eis-, oder Laubbedeckung und Landnutzungsänderungen.“ (IPCC 2007e, S. 71)

<sup>28</sup> Unter ‚Quelle‘ versteht man „alle Prozesse, Aktivitäten oder Mechanismen, die ein Treibhausgas, ein Aerosol oder einen Vorläufer eines Treibhausgases oder eines Aerosols in die Atmosphäre freisetzen.“ (IPCC 2007e, S. 83) Unter ‚Senke‘ versteht man „alle Prozesse, Aktivitäten oder Mechanismen, die ein Treibhausgas, ein Aerosol oder einen Vorläufer eines Treibhausgases oder eines Aerosols aus der Atmosphäre entfernen.“ (IPCC 2007e, S. 84)

<sup>29</sup> Zur Definition des Begriffes ‚Strahlungsantrieb‘ siehe S. 14, Fußnote.

ke Vernetzung aufweisen, wodurch es zu zahlreichen positiven Rückkoppelung kommt. (vgl. Bächler et al. 1993, S. 25)

#### *4.2.3.2 Die erhöhte Meeresoberflächentemperatur*

Giannini, Saravanan und Chang (2003) untersuchten die Ursachen für die anhaltenden Dürreperioden im Sahel ab den 60er/70er Jahren näher und kamen in ihrer Forschungstätigkeit (2003, S. 1027ff) zu dem Ergebnis, dass der Anstieg der durchschnittlichen Meeresoberflächentemperatur sehr wahrscheinlich in einem Rückgang der Stärke des afrikanischen Sommermonsuns resultierte. Deren Modell konnte jedoch nur in begrenztem Ausmaß die beobachteten Niederschlagsrückgänge erklären. Deshalb führten diese im Weiteren an, dass die Auswirkungen der erhöhten Meeresoberflächentemperatur, welche sich in Bodenbedeckungsänderungen äußerten, möglicherweise durch eine sich daraus ergebende Interaktion zwischen Land und Atmosphäre verstärkt wurden. Diese Rückkoppelung, welche ansatzweise bereits weiter oben erläutert wurde, verstärkte somit die Tendenz zur Austrocknung und trug dadurch ebenso zur Variabilität des Niederschlages in der Sahelzone bei. Die von Giannini, Saravanan und Chang (2003) präsentierte Studie belegte demnach, dass das Austrocknen Subsahara Afrikas in entscheidendem Maße von der vom Menschen global verursachten Klimaerwärmung, welche sich in einer erhöhten Meeresoberflächentemperatur äußerte<sup>30</sup>, induziert wurde. Zeng (2003, S. 1000) präsentiert hierzu einen umfassenderen Ansatz und meint, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass die Kombination des Anstieges der Meeresoberflächentemperatur, die natürlichen Vegetationsprozesse sowie die Landnutzungsänderungen die ungewöhnlichen Dürren in der Sahelzone verursachten.

#### **4.2.4 Die Ursachen der Dürreperioden und Desertifikation im Sudan**

Lange Zeit wurden Desertifikationsprozesse in erster Linie mit den Landnutzungsänderungen des Menschen und den damit einhergehenden Bodenbedeckungsänderungen in ariden und semi-ariden Gebieten in Verbindung gebracht, die Konsequenzen des Klimawandels werden erst seit Kurzem als Erklärungsansätze herangezogen. Das UNEP (2007, S. 62f) nahm hierbei aufgrund einer im Sudan durchgeführten Feldstudie eine Aufschlüsselung in drei unterschiedliche Desertifikationsprozesse vor, dieses gibt jedoch ebenso

---

<sup>30</sup> Siehe Kapitel 2.4, in welchem beschrieben wird, dass eine erhöhte Meeresoberflächentemperatur auf die anthropogen verursachte Erderwärmung zurück geführt werden kann. Die Ozeane gelten als CO<sub>2</sub> Senke und absorbieren einen Großteil der Wärme. (vgl. IPCC 2007b, S. 5)

an, dass eine Unterscheidung, Trennung und Quantifizierung der Prozesse relativ schwierig ist<sup>31</sup>:

*1. Transformation des Landes von Halbwüsten in Wüsten aufgrund eines sich verändernden Klimas.*

Die Dauer und das Ausmaß des Niederschlagrückgangs waren laut UNEP ausreichend, um die im Sudan beobachtbaren Umweltveränderungen unabhängig von menschlichen Einflüssen herbei zu führen. UNEP führte das schrittweise Absterben der weniger dürre-resistenten Vegetation und das Ausbleiben ihrer Reproduktion, welches in einer Reduktion verschiedenster Arten resultierte, auf die anhaltenden Dürreperioden im Sudan zurück.

*2. Degradation eines existierenden Wüstenklimas, dies beinhaltet Wadis und Oasen.*

Mindestens 29 Prozent der Fläche des Sudans stellen bereits Wüste dar, innerhalb dieses großen Gebietes existieren jedoch kleinere und feuchtere Gebiete, welche sich durch ein Wassereinzugsgebiet oder Flüsse speisen. Beinahe alle Regionen, welche von UNEP inspiziert wurden, wurden jedoch gemäßigt bis stark degradiert vorgefunden, zurück geführt wurde dies zum Großteil auf Entwaldung, Überweidung und Erosion.

*3. Transformation des Landes von Halbwüsten in Wüsten aufgrund menschlicher Aktivitäten.*

Das UNEP gibt an, dass die Ausbeutung des Halbwüstenklimas im Sudan durch Abholzung, Überweidung oder bestimmte Arten der Kultivierung zu einer Transformation des bisherigen Lebensraumes in Wüste führte, selbst dort wo ausreichender Niederschlag für die Erhaltung der Vegetation gefallen wäre. Im Sudan stellte vor allem die Transformation von trockenem und fragilem Weideland in traditionell und mechanisiert bearbeitetes Ackerland ein großes Problem dar. In Darfur konnte jedoch eine derart starke Umstellung auf mechanisierte Anbaumethoden nicht konstatiert werden. (UNEP 2007, S. 161)

Wie eine genaue Betrachtung der Daten vermittelt ist es weit schwieriger, die in der Sahelzone oder in Darfur anhaltenden Dürreperioden und die stattfindende Desertifikation ausschließlich auf den anthropogen verstärkten Treibhauseffekt zurückzuführen. Das UNEP meint hierzu, dass im Falle Sudans sowohl der Maßstab und die Dauer der Niederschlagsreduktion und somit die eintretenden Dürren als auch die Landnutzungsänderungen vor Ort, welche sich in einer Entwaldung oder einer Überweidung äußerten, zu einer Transformation des bisherigen Lebensraumes in Wüste führten. Zwar resultieren diese Nutzungsänderungen in einem erhöhten CO<sub>2</sub> Ausstoß, diese führen jedoch auch zu regio-

---

<sup>31</sup> Aufgrund einer schlechten Datenlage wird bei der Beurteilung der Bodendegradationsprozesse in Darfur auf eine Feldstudie des UNEP zurück gegriffen, welche den gesamten Sudan beleuchtete.

nen Umweltdegradationen, welche die Desertifikation fördern. Die Ergebnisse des UNEP decken sich hier folglich teilweise mit dem Conclusio von Zeng (2003, S. 1000), welcher meint, dass eine Kombination verschiedener Faktoren zu den anhaltenden Dürreperioden in der Sahelzone beitrug. Laut den Untersuchungen von Giannini, Saravanan und Chang (2003) kann jedoch gesagt werden, dass das Austrocknen von Subsahara Afrika in bedeutendem Maße von der vom Menschen global verursachten Klimaänderung, welche sich in einer erhöhten Meeresoberflächentemperatur äußerte, induziert wurde und dass darauf einsetzende natürliche Vegetationsprozesse ebenso auf die Variabilität der Niederschläge wirkten. Eine im Falle des Sudan ausschließliche Ausweisung der Dürreperioden und der Desertifikation als Konsequenz des globalen Klimawandels ist folglich aufgrund der komplexen Interaktionen im Umweltsystem und anderer Einflussfaktoren nicht möglich. Aus den bisherigen Studien kann jedoch geschlossen werden, dass die Klimaerwärmung entscheidend zu den im Sudan konstatablen Dürreperioden und der Desertifikation beigetragen hat. Mit welchen Konsequenzen die Menschen aufgrund der voranschreitenden Desertifikation konfrontiert waren, wird im folgenden Kapitel näher beleuchtet.

### **4.3 Klima, Geographie und Bevölkerungszusammensetzung der Region**

Die Bevölkerung Darfurs setzt sich aus verschiedenen Stämmen zusammen, welche aufgrund der Größe der Region in durchaus unterschiedlichen Lebensräumen siedeln. Auf die geographischen und klimatischen Gegebenheiten Darfurs, die unterschiedlichen Stämme, deren geographische Verortung und die verschiedenen Produktionssysteme der Darfuris wird nun genauer eingegangen.

#### **4.3.1 Die geographischen und klimatischen Gegebenheiten**

Durch eine genaue Analyse der Bodenbeschaffenheit und der Regenfallmenge in Darfur kann laut Prunier (2007, S. 14f) eine grobe Unterteilung in drei unterschiedliche ökologische Gebiete vorgenommen werden, welche sich mit der Darstellung von Suliman (vgl. 1996, S. 160ff) deckt und sich wie folgt erklärt:

1. In einem nördlichen Trockengürtel am Rande der Wüste kann mit annähernd 300 Millimetern Niederschlag pro Jahr gerechnet werden. Landwirtschaft kann in diesem Gebiet nur in den ‚Wadis‘ mit Schlammablagerungen betrieben werden, denn diese halten

nach dem Ende der Regenzeit etwas Feuchtigkeit zurück, weshalb in diesem Gebiet vor allem KamelnomadInnen leben.

2. Im Zentrum Darfurs, dem sogenannten ‚Qoz‘-Gebiet<sup>32</sup>, welches durch semi-fertile, sandige Marschböden gekennzeichnet ist, fallen jährlich annähernd 500 Millimeter Niederschlag. In dieser zentralen Lage befindet sich der Dschebel Marra, ein Gebirgsmassiv vulkanischen Ursprungs von einer Höhe von 3000 Metern. Auf den Höhenlagen dieser Gebirgsregion herrscht naturgemäß ein kühleres Klima und auch Nachtfroste können nicht ausgeschlossen werden. Dieses Gebiet wird aufgrund seiner besonderen Eignung für die Landwirtschaft vor allem von sesshaften FarmerInnen bewirtschaftet.
3. Im dritten südlich und südwestlich gelegenen semi-humiden Gürtel fallen 800 bis 900 Millimeter Niederschlag pro Jahr. In diesem Gebiet erweist sich die Landwirtschaft als entwickelter als im Qoz-Gebiet und auch die Ernten erscheinen ergiebiger. Dieses wird jedoch nicht nur von sesshaften FarmerInnen sondern auch von halbnomadischen und nomadischen Stämmen bevölkert, welche vor allem Viehzucht betreiben.<sup>33</sup>

Die Regenzeit in Darfur beschränkt sich auf die Zeit zwischen Juni und September und umfasst daher nur wenige Monate pro Jahr. (vgl. de Waal/Flint 2008, S. 4) Diese klimatische Gegebenheit hat auf die Bodenbeschaffenheit der Region und die Produktionssysteme der Darfuris entscheidenden Einfluss. Im Sahel führt der sehr stoßartig fallende Regen zu einer erschwerten Wasserabsorption durch den Boden, vor allem dann wenn dieser freigelegt ist, und führt aufgrund seiner besonderen Zusammensetzung oftmals zu Krustenbildungen. Ein Oberflächenabfluss von 15-40 Prozent des gesamten Niederschlages ist deshalb in dieser Landschaftszone durchaus nichts Ungewöhnliches.<sup>34</sup> (vgl. UNEP/ICRAF 2006 S. 6; Fox/Rockström 2006 S. 30) Daraus ergibt sich auch, dass die Benutzung der Straßen von den Wetterbedingungen abhängig ist, so können diese während der Niederschlagszeit oft nicht oder nur unter schwierigen Bedingungen befahren werden.<sup>35</sup> (vgl. Collins 2006, S. 6) Aufgrund der in Darfur vorherrschenden Subsistenzwirtschaft erweisen sich die Niederschläge als entscheidend für die Existenz der

---

<sup>32</sup> Unter ‚qoz‘ versteht man den mittleren Landschaftsgürtel Darfurs. (vgl. Prunier 2007, S. 250)

<sup>33</sup> Eine exaktere geologische Unterteilung wäre möglich, wie sie beispielsweise bei Khalafalla (2005, S. 41) in vier und bei Abdul-Jalil (2008, S. 4f) in sieben Regionen zu finden ist, für die vorliegende Studie ist die Einteilung jedoch ausreichend.

<sup>34</sup> Durch eine Wind- oder Wassererosion kommt es zur Abtragung der obersten Bodenschichten, welche besonders reich an Nährstoffen sind und dies resultiert in einer Bodendegradation. (vgl. UNEP/ICRAF 2006 S. 6)

<sup>35</sup> Hilfslieferungen erweisen sich in dieser Periode als äußerst schwierig.

Bevölkerung. Da diese nur kurz anhalten, müssen die FarmerInnen bereits die ersten Regenfälle nützen, um ihre Ernteerträge maximieren zu können. Ein Ausbleiben der Niederschläge geht mit verheerenden Konsequenzen für die Bevölkerung Darfurs einher. Innerhalb der letzten 45 Jahre waren die Darfuris mit 3 Dürreperioden konfrontiert, wovon eine relativ milde die Region Mitte der 1960er und zwei schwere Dürren Darfur zwischen 1972 und 1974 und zwischen 1982 und 1984 ereilten. Letzte wurde von Auseinandersetzungen begleitet und im Jahr 1984 auch von einer großen Hungersnot gefolgt. (vgl. Suliman 1996, S. 151)

#### **4.3.2 Die verschiedenen ökonomischen Produktionssysteme der Darfuris**

In der Literatur zu Darfur werden die verschiedenen Stämme stets entweder als ‚nomadisch‘ und somit als ViehtreiberInnen oder als ‚sesshaft‘ und somit als FarmerInnen, eingestuft. Tatsächlich existiert in Darfur jedoch eine Spanne an durchaus gemischten ökonomischen Produktionssystemen, welche sich gerade aufgrund der unterschiedlichen klimatischen und geographischen Gegebenheiten ergeben. (vgl. O’Fahey 2008, S. 2ff; Abdul-Jalil 2008, S. 4ff) Landwirtschaft und Nomadismus schließen sich folglich keineswegs gegenseitig aus, wodurch Kombinationsformen entstehen. Um diesem Umstand gerecht zu werden und die tatsächlichen Gegebenheiten in Darfur exakt darzustellen, wird auf die Aufschlüsselung des Begriffes ‚Pastoralismus‘ durch Abdul-Jalil (2008, S. 12) zurückgegriffen. Dieser unterscheidet in der Region davon drei Arten: den nomadischen Pastoralismus (*Nördliche Rizaigat*), die Transhumanz (*Baggara, Messiriya*) und den Agropastoralismus (*Tunjur, Berti*). Bei der Transhumanz verweilt der Stamm während der Regenfallzeit in den Dörfern und geht dort dem Ackerbau nach, während in den Trockenzeiten nur Teile des Stammes oder zu bezahlende Hirten mit den Herden wandern, diese Lebensweise kann folglich als halbnomadisch eingestuft werden. Beim Agropastoralismus stellt die Landwirtschaft die wirtschaftliche Hauptaktivität des Stammes dar, während den viehzüchterischen Tätigkeiten nur begrenzt Zeit gewidmet wird. Es soll folglich herausgestrichen werden, dass die meisten Darfuris gemischte ökonomische Produktionssysteme verfolgen und sich die Bezeichnungen NomadIn oder FarmerIn ausschließlich an der Aktivität, welcher die meiste Zeit zugewiesen wird, orientieren kann. Zwischen FarmerInnen und halbnomadischen und nomadischen Stämmen existierte seit jeher eine hohe Interdependenz und Komplementarität in deren Lebensführung. (vgl. Abdul-Jalil 2008, S. 11ff) So hießen die sesshaften Stämme letztere üblicherweise in den

ihnen zugewiesenen Gebieten, den sogenannten *dars*<sup>36</sup>, willkommen und erlaubten diesen auf den nach der Ernte verbleibenden Überresten der Felder ihre Tiere grasen zu lassen, profitierten im Gegenzug jedoch auch von dem Dünger der Tiere. Die halbnomadischen und nomadischen Stämme halfen ihrerseits den FarmerInnen ihre Produkte zu den nahe gelegenen Märkten zu bringen und ihr Saatgut zu kaufen (de Waal/Flint 2008, S. 34) und führten deren Tiere oftmals auf ihren Wanderungen mit sich. Im Weiteren kam es stets zu einem gegenseitigen Austausch an Nahrungsmitteln.

Für die halbnomadischen und nomadischen Stämme existierten bis vor der Eskalation der Gewalt im Jahr 2003 annähernd 15 Wanderrouten (*masars*), welche sich vom Norden in den Süden erstreckten und durch die verschiedenen *dars* der FarmerInnen führten.<sup>37</sup> In den Trockenzeiten um Februar/März wanderten die Stämme des Nordens, deren Viehbestand sich vorwiegend aus Kamelen und Schafen zusammensetzt, üblicherweise in die zentralen Gebiete Darfurs. Die Stämme des Südens, deren Herden sich vorwiegend aus Rindern, Schafen und Ziegen zusammensetzen, bewegten sich ebenso weiter südwärts, diese waren jedoch stets weniger mobil als die Stämme des Nordens. Bis zum Beginn der Regenfallzeiten blieben diese in den südlicheren Lagen und wanderten üblicherweise wieder im Mai in die nördlicheren Gebiete, um so eine optimale Nutzung des Landes zu gewährleisten. (vgl. UNEP 2007, S. 188)

### 4.3.3 Die Bevölkerung Darfurs

Abgesehen von der Differenzierung zwischen NomadInnen und FarmerInnen findet sich in der Literatur zu Darfur eine Unterscheidung zwischen ‚arabischen‘ und ‚afrikanischen‘<sup>38</sup> Stämmen.<sup>39</sup> Ein genauer Blick in die Geschichte Darfurs eröffnet jedoch, dass eine derartig klare Trennung weder möglich noch bis zu Beginn der 80er Jahre in der Wahrnehmung der Darfuris derart gefestigt war.

Zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert erreichten arabische EinwandererInnen, welche wahrscheinlich von beduinischen Gruppen abstammten, von Arabien über die Sinai-Halbinsel den Nordosten der Region, zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert setzte ein Strom aus Westafrika ein. (vgl. Behrends 2007, S. 31) Durch eine fortwährende Verheiratung über die Stammesgrenzen mit den bereits in Darfur ansässigen indigenen Gruppen

---

<sup>36</sup> Definition siehe S. 67.

<sup>37</sup> Die exakte Bestimmung der Wanderrouten ist jedoch umstritten, ferner erfuhren diese durch den Konflikt zahlreiche Verschiebungen oder Schließungen. (vgl. UNEP 2007, S. 188)

<sup>38</sup> In der Literatur wird oft das Wort ‚*zuruq*‘ verwendet, welches im Westsudan zur pejorativen Bezeichnung der Afrikaner benutzt wird. (vgl. Prunier 2006, S. 252)

<sup>39</sup> Es muss betont werden, dass sich die Bevölkerung Darfurs zum Großteil aus MuslimInnen zusammensetzt und Religion folglich kein Unterscheidungskriterium zwischen den Stämmen darstellt.

kam es jedoch zu einer ständigen Vermischung. (vgl. Harir 1994, S. 151) Ferner lösten die Darfuris ihre Zugehörigkeit zu einem Stamm im Falle einer Änderung ihrer Lebensweise zu Gunsten des Stammes, welcher derselben ökonomischen Tätigkeit nachging, die Identifikation war folglich auch oft kontextabhängig. (de Waal/Flint 2008, S. 3) Tetzlaff (zit. nach Thielke 2006, S. 272) meint dementsprechend, dass die verschiedenen Ethnien „*künstliche und fluide Gebilde*“ und alles andere als „*ewige Entitäten*“ darstellen.

Die Differenzierung, wie sie heute zwischen arabischen und afrikanischen Stämmen besteht, wurde laut Prunier (2006, S. 18) erst infolge ideologischer Konstruktionen Mitte des 20. Jahrhunderts eingeführt und verweist hierbei auf den erstmaligen Einsatz einer „*rassisch-kulturellen Rhetorik*“ (Prunier 2006, S. 59) in einem Wahlkampf im Jahr 1968. Vonseiten zahlreicher Konfliktparteien kam es im Laufe der 80er und 90er Jahre zu einer Forcierung dieser Unterscheidung, welche maßgeblich zur Eskalation des Konfliktes in Darfur beitrug. Verschiedene WissenschaftlerInnen versuchten die heute konstaterbare Differenzierung anhand objektiver Merkmale für Außenstehende fassbarer und die Stämme folglich klassifizierbar zu machen. Diese erfassten zwischen 36 und 150 Stämmen und zogen hierbei unter anderem die Beherrschung der arabischen Sprache heran. (vgl. Prunier 2006, S. 16) Einige Afrikaner<sup>40</sup> haben ihre Sprache im Laufe der Zeit jedoch aufgegeben und das Arabische angenommen, gewisse Stämme wiederum sprechen Arabisch nur als Zweitsprache, während andere wiederum kaum Arabisch sprechen und ihre ursprüngliche Sprache beibehalten haben. (ebenda) Eine klare Unterteilung aufgrund objektiv beobachtbarer Merkmale ist folglich kaum möglich. Tubiana (2007, S. 70) schließt im Gegenzug Erklärungsansätze wie die Hautfarbe, eine unterschiedliche Kultur oder die arabische Sprache<sup>41</sup> vollkommen aus. Auch die Ansicht, dass die afrikanischen Stämme vorwiegend sesshafte Landwirtschaft betreiben während arabische Stämme meist dem Nomadismus zugeordnet werden können, es sich daher meist um afrikanische sesshafte FarmerInnen und arabische nomadisierte Kamel- & ViehzüchterInnen handle, weist dieser zurück. Er meint, dass dieses Ausschlussprinzip nicht immer zutreffend sei, denn:

*“most Arabs may indeed be nomadic or semi-nomadic herders, and most non-Arabs sedentary farmers, but there are non-Arab nomads - the Meidob and Zaghawa, the Bideyat - as well as many Arab farmers”* (Tubiana 2007, S. 70)

---

<sup>40</sup> Bei den Bezeichnungen ‚Araber‘ und ‚Afrikaner‘ wird in der vorliegenden Arbeit auf die geschlechtsneutrale Schreibweise verzichtet, da sich die Verwendung in dieser Art in der Literatur wiederfindet.

<sup>41</sup> Die Gruppen der *Berti*, *Birgid* und *Qimr* sehen Arabisch als deren Muttersprache, obwohl sich diese selbst nicht als Araber betiteln. (vgl. Tubiana 2007, S. 70)

Diese Darstellung kann abermals als nur äußerst grobe Vereinfachung gelten, denn wie bereits oben angeführt, ist selbst eine klare Einteilung in FarmerInnen und NomadenInnen nicht möglich. Tubiana kommt zu folgendem Schluss:

*“Rather the basis for the cleavage is the claim to an Arab identity that has less to do with the above criteria than it does with often-fictional patrilineal lineages that lead back to mythical Arab forbearers. There may be little, if any, historical accuracy to these constructs. But to those who invoke them, they are fact and truth.”* (ebenda)

Die Unterscheidung zwischen arabischen und afrikanischen Stämmen ist nichtsdestotrotz eine Realität in der heutigen Region Darfur und hat entscheidend zur Konflikteskalation beigetragen.

#### **4.3.4 Die Stämme Darfurs und deren geographische Verortung**

Die derzeitige räumliche Verteilung der Vielzahl der Stämme unterscheidet sich nur marginal von deren geographischer Lage während der Zeit des Sultanats. (vgl. Harir 1994, S. 152) Khalafalla (2005, S. 41f) nimmt hierbei eine Unterteilung in drei Hauptgruppen vor, welche im Rahmen der vorliegenden Arbeit durch die Einteilung von Akok (2007, S. 62f) ergänzt wird. Zu der ersten Hauptgruppe zählt Khalafalla die **sesshaften eingeborenen Stämme**, wie die *Fur*, die Anspruch auf die zentralen Gebiete Darfurs um den Dschebel Marra erheben und den größten Stamm in der Region darstellen und die *Masalit*, die in den Tälern des äußeren Westens von Darfur und den Gebieten um die Stadt El-Geneina leben und den drittgrößten Stamm repräsentieren. Doch auch die *Daju*, die *Tunjur*, die *Qimr*, die *Berti* und die *Birgid* werden unter dieser Gruppe subsummiert. Unter einer zweiten Gruppe fasst dieser die **nomadischen oder halbnomadischen nichtarabischen Stämme** Darfurs zusammen und zählt zu diesen die nomadischen *Zaghawa*, welche im Nordwesten Darfurs leben sowie die halbnomadischen *Badayat* und *Meidob*, welche im Nordosten von Darfur beheimatet sind. Im Konflikt werden diese beiden Gruppierungen meist als afrikanisch-stämmig definiert. (vgl. Akok 2007, S. 62f) Die dritte Gruppierung umfasst alle **arabischen Stämme**, welche folglich sowohl die sesshaften als auch die halbnomadischen und nomadischen Gruppen miteinschließt. Zu dieser zählen die sesshaften *Messiriya*, sowie die nomadischen *Zaiydiya* und die *Nördlichen Rizaiqat*, welche im nördlichen semi-ariden Gürtel beheimatet sind. (vgl. Harir 1994, S. 152) Doch auch die nomadischen und halbnomadischen *Baggara*, welche überwiegend ViehnomadInnen darstellen und die südlichen Regionen Darfurs besiedeln, zählen zu dieser Gruppe, diese spalten sich in die *Südlichen Rizaiqat*, *Habbaniya*, *Ta'aisha* und *Beni Helba*.

## 4.4 Zur Geschichte Darfurs

Um die Konflikteskalation in der Region Darfur besser verstehen zu können, muss die Analyse in den geschichtlichen Kontext eingebettet werden, im folgenden Kapitel erfolgt deshalb eine überblicksartige Darstellung der bedeutendsten historischen Ereignisse. Diese setzt bei der Entstehung des unabhängigen Sultanats an und wird von den Ereignissen nach der Eingliederung in das anglo-ägyptische Kondominium und später in den Staat Sudan gefolgt. Daran anschließend werden einige relevante Fakten im geschichtlichen Zusammenhang näher beleuchtet, zu diesen zählen die wirtschaftliche Marginalisierung der Region, die steigende Nachfrage nach Ressourcen und die politische Partizipation der Darfuris im Zentrum.<sup>42</sup> Abschließend wird in einem Kapitel zur regionalen Verwaltung auf das *hakura*-System, die Stammesverwaltung sowie die *dar*-Rechte der halbnomadischen und nomadischen Stämme näher eingegangen.

### 4.4.1 Vom unabhängigen Sultanat zur Eingliederung in das anglo-ägyptische Kondominium

Ab Mitte des 17. Jahrhunderts bildete sich um die Bergregion des Dschebel Marra das unabhängige ‚Fur Sultanat‘ heraus, welches unter der Verwaltung des indigenen Stammes der *Fur* stand. (vgl. Harir 1994, S. 150) Durch die Eroberung weiterer Stämme, deren Islamisierung und Eingliederung in das Sultanat, wurde dieses nicht nur erweitert sondern erhielt auch durchaus wahrnehmbare Grenzen. (vgl. Prunier 2006, 20ff)

Im Jahre **1874** kam das Sultanat unter die turko-ägyptische Herrschaft, welche bereits ab 1821 im heutigen Zentrum des Sudan Fuß fasste und damals weit in den Süden vordrang. Aus Unmut gegen dieses Regime folgte 1881 jedoch ein Aufstand,<sup>43</sup> welcher von einem Scheich aus dem Niltal, der sich selbst zum *mahdi*<sup>44</sup> ernannte, angeführt wurde und von der Region Darfur ausging. Im Jahr **1885** nahm dieser Khartum ein, wurde jedoch aufgrund seines plötzlichen Todes kurz darauf durch den weniger populären Chalifa Abdullahi ersetzt. Seiner Macht wollten sich die Darfuris jedoch nicht beugen, weshalb regelmäßige Revolten in der Region ausbrachen. **1898** fand das *Mahdi*-Reich sein Ende, denn der Sudan gelangte unter anglo-ägyptische Herrschaft, da diese der Region Darfur jedoch

---

<sup>42</sup> Unter dem vereinfachten Begriff ‚Zentrum‘ wird das Gebiet um die Hauptstadt Khartum (Nilregion) verstanden, wo sich die politische und ökonomische Macht des Sudan konzentrieren.

<sup>43</sup> Dieser Aufstand wurde später unter dem Namen ‚*Mahdiya*‘ bekannt – die Zeit des *mahdi*. (vgl. Prunier 2006, S. 32)

<sup>44</sup> Unter *mahdi* versteht man im volkstümlichen Islam einen Erleuchteten, „*der am Ende aller Tage erscheinen wird, um das Böse zu besiegen und den Islam zu seiner ursprünglichen Herrlichkeit zurückzubringen.*“ (Prunier 2006, S. 248)

keinerlei ökonomische Bedeutung beimaß, konnte Ali Dinar, ein weit entfernter Verwandter des letzten Sultans, das Sultanat wiederherstellen und abermals unabhängig verwalten. Als es jedoch um **1916** zwischen dem französisch verwalteten Tschad und Darfur zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, beschloss das anglo-ägyptische Kondominium, auf Drängen der Franzosen hin, die Eingliederung der Region in den Sudan vorzunehmen. (ebenda, S. 37f) Im Jahr 1923 wurde ferner des *Masalit* Sultanat ein Teil des anglo-ägyptischen Kondominiums.

Es wird deutlich, dass sich Darfur bis zur formellen Eingliederung in den Sudan im Jahre 1917, die Jahre der turko-ägyptischen Herrschaft sowie die Zeit des *mahdi* ausgenommen, stets selbst verwaltete. In diesen beiden Perioden kann jedoch von keiner effektiven Verwaltungsausübung von Seiten des Zentrums gesprochen werden. (vgl. Harir 1994, S. 151) Auch entwickelten sich in diesen Spannen der Fremdverwaltung stets Bewegungen, welche versuchten, die Unabhängigkeit Darfurs wieder herzustellen. (vgl. Prunier 2006, S. 35) Durch die Eingliederung in den Sudan entwickelte sich die Region von einer eigenständig agierenden Einheit zu einem peripheren Gebiet und somit zum „*Anhängsel eines größeren Ganzen*“. (ebenda, S. 39) Alle Stämme wurden dadurch jedoch einheitlich der britischen Kolonialverwaltung unterstellt und standen somit nicht mehr unter der Verwaltung eines einzigen Stammes.

#### **4.4.2 Der Darfur als Provinz/Bundesstaat des Sudans**

Als der Sudan im Januar **1956** seine Unabhängigkeit erlangte, übernahmen arabische<sup>45</sup> Stämme des Zentrums durch die Unterstützung der BritInnen die Macht, Darfur galt fortan als Provinz des Sudans. Den ersten Wahlen im Jahr **1958** folgte eine nationale Krise, weshalb das Militär um Brigadegeneral Ibrahim Abbud im selben Jahr die Macht im Zentrum übernahm. Da dieser der anhaltenden Instabilität im Lande jedoch nicht Herr werden konnte, trat er im Jahre 1964 zurück, woraufhin 1965 Wahlen und schließlich ein reger Wechsel an Ministerpräsidenten einsetzten. Oberst Jafaar al-Numeiri nutzte **1969** die zerrüttete Situation und führt einen Militärputsch durch. Als dieser jedoch auf die Mitte der 80er Jahre einsetzende große Hungersnot im Sudan nicht reagierte, wurde er im Jahr **1985** gestürzt. Bei den folgenden Wahlen setzte sich die *Umma*-Partei durch und

---

<sup>45</sup> Es könnte hierbei angenommen werden, dass die Araber Darfurs verwandtschaftliche Verbindungen zu den Flussarabern des Zentrums pflegen bzw. dass sich diese verbunden fühlen. Dies ist jedoch kaum der Fall, denn die Araber des Niltals betrachteten die Darfuris als minderwertig. In anderen arabischen Ländern werden die Araber des Sudans und somit ebenso des Zentrums jedoch als ‚Araber zweiter Klasse‘ betrachtet und befinden sich deshalb in einer Situation, in welcher sie ihre ‚vollwertige‘ Position immer wieder behaupten müssen. (vgl. Prunier 2006, S. 58/S. 105)

Sadiq al-Mahdi wurde als Ministerpräsident eingesetzt. Doch bereits **1989** wurde dieser durch General Omar Hassan al-Bashir, welcher von der ‚*National Islamic Front*‘ (NIF) unterstützt wurde, abgesetzt und die Macht in Khartum bis heute (April 2010) inne hat. (vgl. Prunier 2006, S. 54ff)

#### **4.4.3 Relevante Fakten im geschichtlichen Zusammenhang**

Der Sudan zählt laut der ‚*United Nations Conference on Trade and Development*‘ (UNCTAD, 2006) zu den ‚*Least Developed Countries*‘ (LDC). Die zur Region Darfur zugänglichen Daten weisen im Vergleich zum Gesamtstaat jedoch abermals stark abweichende Werte auf, im Folgenden wird deshalb auf die wichtigsten Fakten zur wirtschaftlichen Lage, zur politischen Partizipation der Bevölkerung und zur Nachfrage nach Ressourcen näher eingegangen. Die Bevölkerungszahl der Region Darfurs belief sich im Jahr 2003 auf ca. 6,48 Millionen, die genaue Zahl ist jedoch nicht bekannt.<sup>46</sup> (vgl. Fadul 2004, S. 35)

##### *4.4.3.1 Die wirtschaftliche Marginalisierung*

Zahlreiche sozioökonomischen Indikatoren (vgl. World Bank 2008) zum Sudan verschleiern die beobachtbaren regionalen Unterschiede zwischen dem Zentrum und den peripheren Regionen, denn laut UNEP (2007, S. 34) konzentriert sich der Wohlstand des Sudan vorwiegend in den urbanen Regionen und den nördlichen Bundesländern.

Während der Zeit des Sultanats konnte von einem florierenden Handel mit Ägypten und dem Niltal über die Region Kordofan gesprochen werden, dies änderte sich jedoch mit der Herrschaft des anglo-ägyptischen Kondominiums im Jahr 1898. Darfur erlitt infolgedessen starke Einbußen im Handel, denn es musste die Region Kordofan an die BritInnen abtreten und war fortan mit einem Einfuhrverbot von SklavInnen nach Ägypten konfrontiert. (vgl. Strube-Edelmann 2006, S. 10) Als es im Jahr 1916 zur Eingliederung Darfurs in den Sudan kam, blieben Khartum und die damalige Provinz Blauer Nil weiter die Anziehungspunkte für Investitionen und die Verwaltung, womit eine Vernachlässigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Peripherien und somit auch Darfurs einher ging. (vgl. Prunier 2006, S. 42) Als der Sudan 1956 seine Unabhängigkeit erlangte, erfolgte die Übergabe der Verwaltung an die ‚Flussaraber‘<sup>47</sup> in Khartum, welche diese Marginalisie-

---

<sup>46</sup> Der Sudan hat 41,3 Millionen EinwohnerInnen. (vgl. World Bank 2008)

<sup>47</sup> Unter dem Begriff ‚Flussaraber‘ wird die arabisch geprägte Elite im Zentrum des Sudans verstanden, deren Namensgebung auf den Siedlungsraum entlang des Nils zurück geht.

nung fortsetzen.<sup>48</sup> Die unregelmäßige Verteilung der Ressourcen durch die folgenden Regierungen und die damit einhergehenden Entwicklungshemmnisse für die Peripherien wurden in dem im Jahr 2000 unter unbekanntem Namen (The Seekers of Truth and Justice) veröffentlichten ‚*Black Book: Imbalance of Power and Wealth in the Sudan*‘ detailliert dargestellt. Eine Aufschlüsselung des Anteils der Ausgaben für Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen in den verschiedenen Gebieten zeigt bspw., dass deren Ausbau in den peripheren Regionen in keinster Weise forciert wurde.<sup>49</sup> (vgl. Strube-Edelmann 2006, S. 12)

Für die wirtschaftliche Entwicklung der Region erwies sich jedoch auch die geographische Lage als entscheidender Nachteil. Die Entfernung vom Atlantik entspricht etwa der gleichen Entfernung wie vom Roten Meer (und Mittelmeer), weshalb die Region als ungewöhnlich isoliertes Gebiet eingestuft werden kann. (vgl. Prunier 2007, S. 14) Ein Blick auf das bis heute schlecht entwickelte Infrastruktursystem<sup>50</sup> verdeutlicht abermals, dass keine der nach der Unabhängigkeit folgenden Regierungen versuchten, dieser Isolation entgegenzuwirken.<sup>51</sup>

Konnte Darfur während der Zeit des Sultanats noch als ökonomisch autark eingestuft werden, so ließ die Anbindung an den Staat Sudan die wirtschaftliche Entwicklung der Region stagnieren. Prunier (2007, S. 15) behauptet ferner, dass die Region heute ärmer ist als vor 1874, als es zur turko-ägyptischer Besetzung kam. Die Eingliederung kann folglich als äußerst negativ eingestuft werden und die Ursache der Entwicklungsdiskrepanz zwischen Zentrum und Peripherie bereits auf die Verwaltungszeit des anglo-ägyptischen Kondominiums zurück geführt werden. Auch unter der Verwaltung der Flussaraber, kam es zu einer anhaltenden Marginalisierung der Region, diese förderten jedoch weder die afrikanischen noch die arabischen Stämme.

---

<sup>48</sup> Durch die Kolonialisierung wurden strukturelle Bedingungen geschaffen, welche die Flussaraber nutzen konnten und sie in ihrer Position bestärkte, so waren beispielsweise die Ausbildungsstätten, welche die Qualifikationen für Regierungsposten vermittelten, zum Großteil im Zentrum angesiedelt. (vgl. Harir 1994, S. 154)

<sup>49</sup> Die Korrektheit des ‚Black Book‘ wurde von Cobham (2005, S. 9f) vor allem für die Regierungsjahre al-Bashirs näher beleuchtet und folgendermaßen bestätigt: „*There can be no question that the data support the claims made in the Black Book that the Sudan has been governed to benefit those regions disproportionately at the expense of all others – who account for 80% of the population, or around 25 million people.*“ (Cobham 2005, S. 10)

<sup>50</sup> Es besteht zwar ein Eisenbahnanschluss an Nyala, die Hauptstadt Süd-Darfurs, auf dieser Strecke herrscht jedoch kein regelmäßiger Betrieb. (vgl. Prunier 2007, S. 14) Die Hauptstadt Nord-Darfurs, El-Fascher, besitzt zwar einen Flughafen, jedoch keine Eisenbahnbindung und ein Straßenbauprojekt namens ‚*Salvation Western Road*‘, welches Khartum mit Darfur verbinden sollte, wurde Ende der 90er abgebrochen. (vgl. Khalafalla 2005, S. 44)

<sup>51</sup> Der Vorwurf der politischen und wirtschaftlichen Marginalisierung wird nicht nur in Bezug auf Darfur, sondern auch den Süden sowie die Beja-Region im Osten erhoben.

Die Grundstruktur der heutigen Ökonomie Darfurs basiert deshalb zum Großteil noch immer auf landwirtschaftlich-viehzüchterischer Autarkie<sup>52</sup>, sowie auf der Gewinnung von Gummi Arabicum und dem Viehexport. (vgl. Prunier 2007, S. 16; de Waal/Flint 2008, S. 13)

#### 4.4.3.2 Die politische Partizipation der Darfuris

Die Region Darfur stellt aufgrund ihrer Bevölkerungszahl den größten zusammenhängenden Wählerblock Sudans dar und ist folglich bei den Wahlen für die KandidatInnen von entscheidender Bedeutung. Nichtsdestotrotz wurden die Darfuris seit der Unabhängigkeit stets in systematischer Weise von der politischen Macht ausgegrenzt. Laut den Ergebnissen des *Black Book* (2001) wurde der Staatsapparat des Sudans seit 1956 stets von drei Stämmen der Flussregion des Nordens dominiert. So sollen hohe Regierungsämter sowie weitere Verwaltungsposten in Khartum vorwiegend von diesen Arabern eingenommen worden sein, welche jedoch nur 5,4% der sudanesischen Bevölkerung darstellen. (vgl. de Waal/Flint 2008, S. 16f)

Darfur galt lange Zeit als treue Wählerschaft der *Umma*-Partei, zu deren AnhängerInnen die MahdistInnen zählen.<sup>53</sup> Bei den Parlamentswahlen 1965 kamen die Darfuris jedoch zu dem enttäuschten Schluss, dass es keinen Unterschied mache, wer die Regierungsgeschäfte leitete:

„Zivilisten oder Militärs, die Männer in Khartum kümmerten sich nicht um ihre entlegene Kolonie, sondern nur um das Niltal.“ (Prunier 2006, S. 55)

Deshalb war es der fundamentalistischen muslimischen Partei namens ‚*Islamic Charter Front*‘ (ICF), welche als eventuelle Alternative galt, bei dieser Wahl möglich, Stimmen zu akquirieren. Die islamistische Bewegung tauchte wieder in den 80er Jahren auf, erhielt bei den Parlamentswahlen 1985 unter dem Namen ‚*National Islamic Front*‘ (NIF) in Darfur jedoch nur wenige Stimmen, Darfur galt fortan noch immer als Domäne der *Umma*-Partei.

#### 4.4.3.3 Die steigende Nachfrage nach Ressourcen in Darfur

Die erhöhte Nachfrage nach Süßwasserressourcen, Agrar- und Weideland in der Region ergab sich aus einer Vielzahl von Veränderungen, welche nun kurz näher erläutert werden.

---

<sup>52</sup> Die Lebensmittelversorgung des Landes umfasst meist das Existenzminimum oder befindet sich sogar unter diesem, in den besten Zeiten stammen 80 Prozent der Lebensmittel aus der lokalen Produktion. (vgl. Prunier 2007, S. 16)

<sup>53</sup> Diese waren gegen Ende der Kolonialherrschaft klar antiägyptisch und folglich im Gegensatz zur ‚*Democratic Unionist Party*‘ (DUP) gegen einen Zusammenschluss mit Ägypten.

Das Bevölkerungswachstum des Sudans beläuft sich auf jährlich 2,2%. (Weltbank 2008) Diese Angabe verschleiert jedoch die höheren regionalen Wachstumsraten, denn belief sich die Bevölkerungszahl Darfurs 1973 noch auf 1,34 Millionen EinwohnerInnen, zählte man 2003 bereits 6,48 Millionen, dies bedeutet einen Anstieg von 4 auf 18 Personen pro km<sup>2</sup> im Jahr 2003 und folglich beinahe eine Verfünffachung der Bevölkerungszahl. (vgl. Fadul 2004, S. 35) UNEP (2007, S. 85) geht seit 1956 von einer durchschnittlichen Bevölkerungswachstumsrate von 12% pro Jahr aus und hebt hierbei den Anstieg in der zentralen Region Darfurs hervor. Zu den hohen Wachstumsraten im Zentrum haben jedoch auch beobachtbare und außergewöhnliche Bevölkerungsbewegungen beigetragen, so konstatierte der Norden Mitte der 70er und Mitte der 80er Jahre zwei Dürreperioden, mit welchen eine verstärkte Desertifikation einherging. Da den halbnomadischen und nomadischen Stämmen des Nordens somit die Fortsetzung ihrer bisherigen traditionellen Lebensform erschwert wurde, suchten diese im östlichen *Qoz*-Gebiet und in den südlicheren Regionen, welche als fruchtbarer und ergiebiger galten, Zuflucht. (vgl. Abdul-Jalil 2006, S. 19) Doch auch eine verstärkte Migration tschadischer Flüchtlinge konnte beobachtet werden, welche vor allem auf die anhaltenden Dürren und die politische Repression im Tschad zurück geführt werden kann, weshalb diese in Darfur eine neue Heimat suchten. Das rapide Bevölkerungswachstum in der Region resultierte in einer erhöhten Nachfrage nach Süßwasserressourcen und Acker- und Weideland, welches aufgrund der Ausdehnung der kommerzialisierten Landwirtschaft im Bereich des Gemüse- und Obstanbaus jedoch einer Verknappung erlag. (vgl. Abdul-Jalil 2006, S. 19; vgl. Harir 1994, S. 180) In Darfur konnte überdies ein außerordentlicher Anstieg des Tierbestandes beobachtet werden, welcher in erster Linie auf erhöhte Exporte zurück geführt werden kann. (vgl. Abdul-Jalil 2008, S. 17) Es wird angenommen, dass dieser in den nördlichen und zentralen Gebieten des Sudan zwischen 1961 und 2004 einen Anstieg von 400% erfuhr. (vgl. UNEP zit. GONU 2007, S. 85). Mit einem erhöhten Viehbestand geht jedoch abermals eine erhöhte Nachfrage nach Süßwasserressourcen und Weideflächen einher, welche jedoch aufgrund der Dürren und der einsetzenden Desertifikation einer starken Degradation unterzogen wurden und somit in deren Tragekapazität starke Einbußen hinnehmen mussten. (vgl. Abdul-Jalil 2006, S. 18ff)

Diese Umstände führten dazu, dass die Darfuris Änderungen in ihrer Landnutzung vornahmen, so kam es von Seiten der FarmerInnen unter anderem zu einer Verkürzung der Brachzeiten und einer Ausweitung der Anbauflächen. Diese Ausdehnungen betrafen unter anderem auch Weideflächen der halbnomadischen und nomadischen Stämme und

führten ebenso zur Absperrungen deren bisheriger Wanderrouten und Wasserquellen, weshalb es zu Konflikten kam. (ebenda, S. 19f)

#### **4.4.4 Die regionale Verwaltung im Zeitraffer**

Das während der Zeit des Sultanats eingeführte System der Landverwaltung namens ‚*hakura*‘ wurde von der britischen Kolonialherrschaft unter dem Namen der ‚Stammesverwaltung‘ übernommen und erweitert und ist bis zum heutigen Tage für die Darfuris noch immer von entscheidender Bedeutung. Auch heute noch werden zahlreiche Verwaltungsansprüche über bestimmte Gebiete auf den lange zurückliegenden Landzuweisungen der früheren Sultane begründet. Die Stammesverwaltung unterlag jedoch nach der Unabhängigkeit des Sudan durch die Zentralregierungen einigen Veränderungen, welche laut Morton (2004, S. 4) zu zahlreichen lokal begrenzten Konflikten und zur Verschärfung des Konfliktes ab den 80er Jahren beigetragen haben. Das vorliegende Kapitel behandelt diese genauer, daran anschließend wird dargestellt inwiefern arabische und nicht-arabische HalbnomadInnen und NomadInnen in diesem System ihren Platz finden und mit welchen Gegebenheiten diese folglich konfrontiert sind.

##### *4.4.4.1 Vom hakura-System zur Stammesverwaltung*

Über die Verwaltungsansprüche vor der Entstehung des Sultanats *Dar Fur* sind keine detaillierten Informationen vorhanden. Von ähnlichen Gemeinschaften in Afrika ist jedoch bekannt, dass die Stämme, welche in einem bestimmten Territorium lebten, dieses stets gemeinschaftlich verwalteten. Die Landzuweisung erfolgte gemäß des Bedarfs der jeweiligen Familie, welcher dieses zur kommunalen Nutzung zugesprochen wurde. Diese hatte Anspruch auf das ihr zugeteilt Land, solange es dieses regelmäßig nutzte. Blieb dieses jedoch über eine gewisse Zeitspanne unkultiviert, ging es wieder an die Gemeinschaft zurück und stand fortan allen Mitgliedern zur Nutzung offen. Bevor Neuankömmlingen Land zugewiesen werden konnte, mussten diese erst von der Gemeinschaft akzeptiert werden, denn die innere Sicherheit stellte eine hohe Priorität dar, Land wurde folglich nur dann vergeben, wenn ein bestimmter Grad an Vertrauen bestand. (vgl. Abdul-Jalil 2006, S. 11)

Mit der Entstehung des Fur Sultanats kam es zur Einführung eines neuen Landvergabe-systems namens ‚*hakura*‘. Durch dieses wurde das Land in ‚*hawakir*‘ (sing. ‚*hakura*‘, engl. ‚*estate*‘, deutsch ‚*Anwesen*‘) unterteilt, welche in Urkunden festgehalten wurden, von denen die jüngsten bereits um 1700 datieren. Gemäß deren Umfang gliedern sich diese in ‚*hakura*‘ und ‚*hakurat al-jah*‘. (O’Fahey 2008, S. 137ff) Mit dem *hakurat al-jah*

ging in erster Linie die Übertragung des Rechts, von einer in einem bestimmten Gebiet ansässigen Gruppe Steuern einzuheben, an eine bedeutende Persönlichkeit einher, diese Form beschränkte sich jedoch auf kleinere Anwesen. Im Rahmen des *hakura*, welches heute auch unter dem Begriff *dar* bekannt ist, erfolgte die Übergabe eines bestimmten Gebietes und dessen Verwaltung an einen StammesführerIn. Diese Verwaltungsansprüche waren ferner vererbbar, können jedoch nicht mit Eigentumsrechten gleichgesetzt werden und waren in der Regel meist größer als ein *hakurt al-jah*. Bei der Vergabe der *dars* wurden von Seiten des Sultans die größeren Stämme bevorzugt und somit kleinere Gruppierungen unter die Administration der größeren gestellt. Ein *dar* kam und kommt somit bis heute keineswegs einem ethnisch homogenen Territorium gleich. Angehörige eines bestimmten Stammes oder sogar ganze Gruppen dieses Stammes können durchaus auch im *dar* eines anderen Stammes angesiedelt sein. (vgl. Abdul-Jalil/Mohammed/Yousuf 2007, S. 57)

Wie bei einer genaueren Betrachtung dieses Systems offenkundig wird, geht mit der Gewährung eines *dars* bzw. mit der Übergabe der Verwaltungsaufgaben eines bestimmten Territoriums an einen StammesführerIn die Selbstverwaltung eines Stammes einher. Bis zum heutigen Tag besteht folglich der Grundsatz, dass ohne die Zuweisung eines *dars* keinerlei Möglichkeit auf Selbstverwaltung besteht. Wenn kleinere Stämme folglich nach dem Erhalt eines eigenen *dars* streben, so wohl auch aufgrund des Wunsches nach Autonomie, da dies jedoch zu einer Fragmentierung der bereits bestehenden *dars* und der Verminderung der Autoritätsansprüche der verwaltenden Stämme führen würde, widersetzen sich diese derartigen Forderungen. (ebenda, S. 57f)

Die britische Kolonialverwaltung übernahm das *hakura* System im Großen und Ganzen und nannte dieses ‚Stammesverwaltung‘, die Machtsphäre der StammesführerInnen wurde jedoch zwischen 1921 und 1931 durch verschiedene Verordnungen erweitert. (vgl. Prunier 2006, S. 47) Abdul-Jalil, Mohammed und Yousuf (2007, S. 44) identifizierten einige entscheidende Veränderungen, so wurde es beispielsweise zu einer der Hauptaufgaben der StammesverwalterInnen Recht und Ordnung innerhalb eines Stammes und zwischen diesen herzustellen, sowie das Leben der Individuen und deren Besitz zu schützen. Ebenso wurde den StammesverwalterInnen die Verantwortung für die Steuerfestsetzung und die Einhebung dieser, den Schutz der Umwelt und die Beilegung von Streitigkeiten übertragen. Konfliktmanagement und Rechtsordnung standen somit im Zentrum der Verwaltung und erwiesen sich als äußerst effizient. (vgl. Prunier 2006, S. 47) Das System der Stammesverwaltung erfuhr nach der Unabhängigkeit des Sudan durch die

folgenden Zentralregierungen jedoch einige Veränderungen, auf diese wird später kurz eingegangen.

#### 4.4.4.2 Die halbnomadischen und nomadischen Stämme und ihre dar-Rechte

Da sich halbnomadische und nomadische Stämme in einer fortwährenden Wanderbewegung befinden, ergibt sich aus deren Lebensweise kein vorrangiger Bedarf der Zuweisung von Ackerland. Um ihrer Produktionsweise jedoch nachgehen zu können benötigten diese Wegerechte, welche die Korridore, die durch die von bestimmten Stämmen verwalteten und landwirtschaftlich genutzten *dars* führen, gewährleisten und somit die problemlose Bewegung durch diese Gebiete ermöglichen. (vgl. Abdul-Jalil 2006, S. 13) Bis zum Ausbruch des Krieges im Jahr 2003 wurden diese stets durch Übereinkommen zwischen den verschiedenen Stämmen festgelegt. Diese Vorgehensweise führte jedoch dazu, dass zahlreiche halbnomadische und Stämme bis zum heutigen Tag keinerlei *dar*-Rechte erhielten. (ebenda, S. 8f) Zu diesen zählen in erster Linie verschiedene arabische Stämme, wie beispielsweise die *Abbala*. Diese entstanden aus der Spaltung der *Rizaiqat*, einer der Untergruppen der *Baggara*, denn ein Teil der *Rizaiqat* besiedelte als ViehnomadInnen den Süden Darfurs, während ein zweiter Teil im Norden Darfurs als KamelnomadInnen ansässig wurde. (de Waal/Flint 2008, S. 8; vgl. Behrends 2007, S. 31) Die geographische Niederlassung spiegelt sich auch in deren Bezeichnung wieder, so erfolgt heute eine Unterscheidung der beiden Gruppen in *Nördliche Rizaiqat*, oder auch *Abbala*, und *Südliche Rizaiqat*. Ausschließlich die Niederlassung der beiden Gruppierungen resultierte in einer unterschiedlichen *dar*-Zuweisung. Denn die arabischen ViehnomadInnen, welche im Süden Darfurs ansässig wurden, erhielten, im Gegensatz zu den *Abbala*, *dar*-Rechte, wodurch deren Selbstverwaltung innerhalb eines bestimmten Gebietes anerkannt wurde. Dies war deshalb möglich, weil der Süden zum damaligen Zeitpunkt noch weniger dicht besiedelt war als der Norden und somit die Vergabe von Land keinerlei Schwierigkeiten darstellte. (de Waal/Flint 2008, S. 8; vgl. Tubiana 2007, S. 74) Im Norden Darfurs war jedoch der Großteil des Landes bereits vergeben, eine Zuweisung von *dar*-Rechten an die *Abbala* war folglich nicht möglich, ihr Zustand blieb bis zum heutigen Tage ungeklärt. (vgl. de Waal/Flint 2005, S. 9) Den arabischen Stämmen wurden jedoch kleine Gebiete, welche *damra*<sup>54</sup> genannt werden, zugewiesen, welche jedoch unter der Verwaltung der Stämme, auf deren Land sie sich befanden, blieben. (vgl. Tubiana 2007, S. 74) Dass die *Abba-*

---

<sup>54</sup> Tubiana beschreibt die *damra* als „semi-permanent and even permanent encampments where some services may be available, such as a school or a primary health center. These *damrat* groups are, in theory, under the authority of the non-Arab chiefs whose lands they live on (...)” (Tubiana 2007, S. 74)

la über keine *dar*-Rechte verfügten, wurde von diesen lange Zeit nicht als Nachteil erachtet, erst die wiederholten Dürren sowie die voranschreitende Desertifikation änderten diese Situation. Auch die Vorteile, welche sich für die sesshaften Stämme ergaben, wie beispielsweise der Zugang zu Bildung und der damit einhergehende Zugang zu Machtpositionen, ließ die Araber sich ihrer benachteiligten Lage bewusster werden. (ebenda, S. 84) Die diesem System inhärente Benachteiligung der Araber, welche keine *dar*-Rechte besaßen, wurde folglich durch die sich verändernden Umstände für diese immer deutlicher erfahrbar. Ferner haben verschiedene tschadische arabische Stämme, welche aufgrund der anhaltenden Dürreperioden und der Konfliktsituation im eigenen Land in der Region eine neue Heimat suchten, ebenso keine *dar*-Rechte.

Eine Unterteilung in zwei Gruppierungen scheint deshalb naheliegend, so gibt es einerseits Stämme, welche *dar*-Rechte besitzen und Stämme, welche keine derartigen Rechte besitzen. Die erste Kategorie umfasst alle sesshaften Ethnien wie beispielsweise die *Fur* und *Masalit*, die ViehnomadInnen des Südens, die *Baggara*, und die Kamelnomaden des Nordens, die *Zaghawa*. Die zweite Kategorie schließt verschiedene KamelnomadInnen des Nordens wie die *Abbala* und arabische Stämme des angrenzenden Tschad ein. (vgl. Abdul-Jalil 2006, S. 13)

#### **4.5 Konflikte um den Zugang zu Land und Wasser**

Sowohl die saisonale Verfügbarkeit von Weideland und Wasserressourcen als auch die immer wieder auftretenden Dürren führten nomadische und halbnomadische Stämme auf der Suche nach erneuerbaren Ressourcen zur Unterstützung ihrer traditionellen Lebensweise stets zu beträchtlichen physischen Bewegungen über verschiedene Stammesterritorien hinweg. Folglich kam es in der Vergangenheit zu zahlreichen Konflikten zwischen nomadischen Stämmen einerseits, aber auch zu Auseinandersetzungen zwischen sesshaften und nomadischen Stämmen andererseits. Die Konflikte brachen vor allem über den Zugang zu Weideplätzen und Wasserquellen sowie Viehdiebstahl aus. Auseinandersetzungen um erneuerbare Ressourcen sind in Darfur also durchaus nichts Neues. Zur Beilegung derartiger Konflikte wurden stets sogenannte Versöhnungskonferenzen eingesetzt, welche von den Zentralregierungen in Khartum unterstützt wurden und in welchen einer dritten und somit neutralen Partei die Position des ‚*ajawid*‘, des Mediators, übertragen wurde. (vgl. Strube-Edelmann 2006, S. 10) Die eingesetzten Mediatoren waren den Darfuris meist vollkommen fremd, wie die BritInnen, oder besaßen keinerlei verwandtschaft-

liche Verbindung zu diesen, wie Beauftragte der Regierungsbehörden des Zentrums<sup>55</sup> und waren nach der Beilegung der Streitigkeiten für die Einhaltung der Übereinkünfte zuständig. (vgl. Harir 1994, S. 160)

Abdul-Jalil (2009, S. 14f) führte von 41 Konflikten zwischen verschiedenen Stämmen im Zeitraum von 1932 bis 2000 26 ausschließlich auf Auseinandersetzungen um den Zugang zu Weideland und Süßwasserressourcen zurück. In einigen anderen Konflikten waren diese zwar ebenso von Bedeutung, dort kamen jedoch weitere Gründe, wie beispielsweise Viehdiebstahl oder Auseinandersetzungen über die administrative Verwaltung, hinzu. Harir (1994, S. 168) identifizierte in seiner Darstellung der Versöhnungskonferenzen zwischen 1957 und 1990 ebenso den Zugang zu Weideflächen und Wasserquellen sowie Viehdiebstahl als die Hauptursachen für die Entstehung von Konflikten. Im Jahre 1989 schienen in seiner Analyse jedoch erstmals territoriale Eroberung, rassistische Vorurteile und politische Unterwerfung als die Hauptgründe für die Auseinandersetzungen auf, auf diesen klaren Umschwung in den Auseinandersetzungen wird im anschließenden Kapitel nun genauer eingegangen. Zusammenfassend kann jedoch gesagt werden, dass die Konflikte bis 1987 stets lokal begrenzt waren und nur selten in kriegerische Auseinandersetzungen größeren Ausmaßes eskalierten. (vgl. Ibrahim 2006, S. 10) Es konnte jedoch ein Anstieg in der Häufigkeit der Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Stämmen ab Mitte der 70er konstatiert werden. Morton (2004, S. 4) führte dies auf die Schwächung der Stammesverwaltung zurück, welche seiner Ansicht nach entscheidend zu den Konflikten in Darfur beitrug, auch dies wird im folgenden Kapitel genauer betrachtet.

## **4.6 Die Ereignisse der 70er und 80er Jahre**

Im vorliegenden Kapitel werden die bedeutendsten Geschehnisse der 70er und 80er Jahre beleuchtet. Zu Beginn wird auf die Veränderungen der Stammesverwaltung durch Numeiri, die Vorherrschaft der arabischen Stämme des Zentrums in Darfur unmittelbar nach der Unabhängigkeit und die Anfang der 80er Jahre eingesetzte Provinzregierung eingegangen. Anschließend werden die Konsequenzen der Migrationsbewegungen vom Norden und vom Tschad in die zentralen Gebiete Darfurs, welche sowohl auf die Dürreperioden als auch die Krisensituation im Nachbarland zurück geführt werden können, näher beleuchtet. Ferner wird analysiert, wie Numeiri durch seine Unterstützung des tschadi-

---

<sup>55</sup> Die Zentralregierungen waren in Darfur stets an einer Erhaltung des Status-quo und der Wiederherstellung der Stabilität interessiert, welche ihre dominante Position sicherten, dafür eigneten sich die Versöhnungskonferenzen ausgezeichnet und wurden deshalb gerne eingesetzt. (vgl. Harir 1994, S. 160)

schen Rebellenführers Habré und später Gaddafi, welcher die Region für seinen Krieg im Tschad als Armeebasis im Hinterland nutzte, zur Verschärfung der Konfliktlage beitrugen. Abschließend erfolgt eine überblicksartige Darstellung der Gründe für die Ende der 80er Jahre einsetzende Kulmination des einerseits internationalen und andererseits regionalen Konfliktes in der Region Darfur.

#### **4.6.1 Einige Hintergrundfakten**

Im vorliegenden Kapitel wird auf die Veränderungen der Stammesverwaltung durch Numeiri, die Dominanz der arabischen Stämme des Zentrums in der Region Darfur unmittelbar nach der Unabhängigkeit des Sudans und schließlich die Entstehung einer eigenen Provinzregierung Anfang der 80er Jahre eingegangen.

##### *4.6.1.1 Die Änderungen der Stammesverwaltung*

Gemäß Abdul-Jalil, Mohammed und Yousuf (2007, S. 52) wurden seit 1937 zahlreiche Versuche unternommen, ein funktionierendes System an lokalen Regierungen bzw. Provinzregierungen im Sudan zu entwickeln, in Darfur sollte dieses im Speziellen die bisherige Stammesverwaltung ersetzen. Aufgrund der tiefen Verwurzelung dieser Art der Landverwaltung in der Bevölkerung wurden derartige Bestrebungen von Seiten des Zentrums jedoch stets von Schwierigkeiten und dem Unmut der Bevölkerung Darfurs begleitet.<sup>56</sup>

Im Jahr 1970 versuchte sich Numeiri abermals in der Abänderung der Stammesverwaltung. Dieser erklärte das Land, welches bis dahin nicht registriert wurde, zu Staatseigentum, schaffte im Jahr darauf das System der Stammesverwaltung ab und ersetzte dieses durch eine neue lokale Verwaltung. Hierdurch endeten die administrative Autorität, die Rechtsprechungsfähigkeit und die Möglichkeit der traditionellen Landvergabe durch die StammesführerInnen. (vgl. Abdul-Jalil/Mohammed/Yousuf 2007, S. 50) Da sich die Unterstützung des *hakura*-Systems von Seiten der Bevölkerung jedoch als anhaltend erwies konnte sich dieses, trotz der zwischen 1971 und 1984 einsetzenden Widersprüchlichkeiten, halten. Im Jahr 1986 wurde die Stammesverwaltung wieder teilweise eingesetzt, Tubiana (2007, S. 81) führt hierzu jedoch an, dass die StammesführerInnen ihre Autorität nicht in dem selben Ausmaß zurück erhielten, wie sie diese vor der Auflösung inne hatten.

---

<sup>56</sup> Für weitere Ausführungen hierzu siehe Abdul-Jalil/Mohammed/Yousuf 2007, S. 39ff.

#### 4.6.1.2 Von der Dominanz des Zentrums zur eigenen Provinzregierung

Nachdem der Sudan seine Unabhängigkeit erlangte, dominierten vor allem die arabischen Stämme des Zentrums die Verwaltungspositionen in der Region Darfur und auch der Handel wurde von den ‚*dschallaba*‘, den Händlern des Nordens, geleitet. Da die Darfuris von Seiten der Zentralregierung ferner mit Missachtung und Ausbeutung konfrontiert waren, resultierte die Beherrschung durch die fremde Elite des Niltals bereits kurz nach der Unabhängigkeit in der Entstehung einiger Untergrundorganisationen, welche sich dieser Vorherrschaft widersetzen wollten. 1968 gründete Ahmed Ibrahim Diraige die ‚*Darfur Development Front*‘ (DDF), welche das Ziel hatte, sich für die Interessen der Region einzusetzen und eine durchaus breite ethnische Basis vorweisen konnte.<sup>57</sup> (vgl. Harir 1994, S. 154ff)

Im Jahr 1969 verbot Numeiri alle Parteien sowie regionalen Bewegungen und installierte die ‚*Sudanese Socialist Union*‘ (SSU) als die einzige legitime Partei.<sup>58</sup> (vgl. Harir 1994, S. 156) Vor diesem Verbot besaßen die meisten Parteien eine weit gestreute Basis, als sich diese jedoch alle innerhalb der SSU wiederfanden, entwickelte sich die Tendenz eines Rückgriffs auf die Stammesstrukturen, entlang welcher der politische Kampf schlussendlich fortgesetzt wurde. (ebenda, S. 156) Dies wurde vor allem durch die Auswirkungen des im Jahr 1980 erlassenen ‚*Regional Government Act*‘ deutlich, durch welchen es auch zur Wendung in der bisherigen Verwaltung durch die fremde Elite kam. Die Provinzregierung wurde an die Darfuris übergeben und Diraige, der von den *Fur* abstammt, als Provinzgouverneur eingesetzt. (vgl. Prunier 2006, S. 67) Laut Prunier (2006, S. 68) stellte dieser eine ethnisch breit gestreute Regierung zusammen, welche allerdings bald darauf mit den Forderungen der verschiedenen Stämme konfrontiert war und schlussendlich dem Nepotismus verfiel. (vgl. Harir 1994, S. 159) Ferner musste beobachtet werden, dass sich die Mitglieder der Regierung in lokalen Konflikten über die erneuerbare Ressourcen wie Weideland, Wasserquellen oder Viehdiebstahl auf die Seiten ihrer eigenen Stämme stellten. Folglich war die für die Konfliktlösungen bis dahin entscheidende Unparteilichkeit der Provinzregierung nicht mehr gewährleistet. Die kurze politische Einigkeit der verschiedenen Stämme gegen die Fremdelite des Zentrums hielt folglich nicht lange an und gemäß Harir (1994, S. 160) konnte bereits damals eine Spaltung in zwei

---

<sup>57</sup> Die DDF schloss sich später jedoch mit der *Umma*-Partei zusammen und ging schlussendlich in dieser auf. (vgl. Harir 1994, S. 154ff)

<sup>58</sup> Durch die Abschaffung der politischen Barrieren versuchte Numeiri eine Einheit im Sudan zu kreieren, so sollten sich die StaatsbürgerInnen fortan nicht mehr in erster Linie über ihren eigenen Stamm definieren, sondern neue Identifikationsmuster entwickelten. Dies erschien den Menschen in den ruralen Regionen jedoch undenkbar, denn die Identifikation mit dem eigenen Stamm befand sich in einer starken Ausprägung. (vgl. Harir 1994, 156)

oppositionelle politische Allianzen konstatiert werden, welche später ansatzweise wiedergefunden werden kann. Auf der einen Seite befanden sich die *Zaghawa*, die Muslimbrüder und nomadische sowie halbnomadische arabische Stämme, auf der anderen Seite die *Fur*, die *Tunjur* und die Eliten aus den urbanen Gebieten. (vgl. Harir 1994, S. 159f)

#### **4.6.2 Die Region Darfur als anti-libysche Operationsbasis Numeiris**

Als Jafaar al-Numeiri im Jahr 1969 durch einen Militärputsch in Khartum an die Macht kam, setzten sich Sadiq al-Mahdi, seit 1964 Vorsitzender der *Umma*-Partei, und die IslamistInnen des Sudans nach Libyen ab. Seit 1969 regierte dort Muammar al-Gaddafi, der lange Zeit als Anhänger des Panarabismus und Verfechter der arabischen Überlegenheit galt. Dieser träumte von einem breiten panarabischen Gürtel, welcher sich quer über den afrikanischen Kontinent erstrecken sollte. Zur Verwirklichung seiner Vorhaben gründete Gaddafi im Jahr 1972 die ‚*Failaqa al-Islamiya*‘ (Islamische Legion), eine ‚internationale Brigade‘, welche im Kampf für die Islamisierung und Arabisierung in den Grenzgebieten des Sahel, wenn nicht in ganz Afrika, eingesetzt werden sollte und sich bald aus Sahel-söldnern von Mauretanien bis zum Sudan zusammen setzte. (vgl. Prunier 2006, S. 246; vgl. Thielke 2006, S. 263)

Durch die libysche Unterstützung war es al-Mahdi, seinen AnhängerInnen und den IslamistInnen möglich, eine breite Oppositionsgruppe namens ‚Nationale Heilsfront‘ aufzubauen.<sup>59</sup> Diese verübte im Jahr 1976 einen Angriff auf Khartum mit dem Ziel Numeiri zu stürzen, doch dieses Vorhaben wurde von der sudanesischen Armee abgewehrt. (vgl. de Waal/Flint 2008, S. 22) Das Verhältnis zwischen Numeiri und Gaddafi war daraufhin an einem Tiefpunkt angelangt.

Während Numeiri gegenüber dem Tschad eine freundschaftliche Beziehung pflegte, beabsichtigte Gaddafi dort einem Regime an die Macht zu verhelfen, welches ihn in seinen Ambitionen unterstützte. Bereits im Jahr 1969 eröffnete dieser deshalb der Rebellengruppe der ‚*Front de Libération Nationale du Tchad*‘ (FROLINAT)<sup>60</sup> die Türen für Rückzugsbasen in Libyen.<sup>61</sup> Aufgrund des Angriffes der Nationalen Heilsfront auf Khartum entschloss sich Numeiri schließlich den tschadischen Rebellenführer der ‚*Forces Armées du Nord*‘ (FAN), Hissène Habré, in seinen militärischen Operationen zu unterstützen,

---

<sup>59</sup> Gaddafis Unterstützung kann darauf zurückgeführt werden, dass dieser für seine Vorhaben einen loyalen Mann in der sudanesischen Hauptstadt benötigte und diesen folglich an die Macht bringen wollte.

<sup>60</sup> Die FROLINAT stellte eine tschadische Guerillabewegung dar, welche seit 1966 aktiv war und stets den Sturz der tschadischen Regierung in Ndjamena anstrebte.

<sup>61</sup> Gaddafi unterstützte beispielsweise die Rebellion der ‚*Front de libération Nationale du Tchad*‘ (FROLINAT) gegen den schwarzafrikanischen und christlichen Präsidenten Tombalbaye, dieser Beistand hatte von Anfang an eine rassistische Färbung. (vgl. Prunier 2006, S. 62f)

denn dieser war sowohl gegenüber Libyen als auch Félix Malloum<sup>62</sup> feindlich eingestellt. Habré bereitet seinen Putschversuch gegen den tschadischen Präsidenten Goukouni Weddeye, der als Protegé Gaddafis galt, von Darfur aus vor, welche zum damaligen Zeitpunkt für die sudanesischen Zentralregierung folglich eine „*anti-libysche Operationsbasis*“ (Prunier 2006, S. 68) darstellte. Die Region wurde somit zum Hinterland eines zentralafrikanischen Krieges, doch die von Habré angeführten arabischen Stämme galten für die Darfuris stets als fremd und deren Präsenz wurde nur ungern gesehen. Als Habré 1982 seinen Angriff einleitete und noch im selben Jahr Ndjamena einnahm, verlor Nu-meiri sofort jegliches Interesse an der Region. (ebenda, S. 71)

Gaddafi bangte daraufhin um seinen Einfluss im Tschad und setzte fortan auf die Bewaffnung der tschadischen arabischen Stämme, welche an der neuen Regierung Habrés nicht beteiligt waren, und deren Rekrutierung im Rahmen der Islamischen Legion. (vgl. Harir 1994, S. 163)

#### **4.6.3 Die Migrationsbewegungen vom Norden**

Die von 1972-74 und von 1982-84 einsetzenden Dürreperioden in der Sahelzone resultierten in einer Verschiebung der nördlichen Isohyete nach Süden. Die Dürre der 80er Jahre betraf nicht mehr nur die FarmerInnen, sondern vor allem die halbnomadischen und nomadischen Stämme des Nordens, zu welchen die *Zaghawa* und verschiedene arabische Stämme zählten. (vgl. Suliman 1996, S. 169) Da Anfang der 80er Jahre die nördlichen Gebiete landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar waren, mussten die halbnomadischen Stämme vermehrt zum Vollnomadismus übergehen. (vgl. Prunier 2006, S. 69) Ferner versuchten sich ehemalige ViehzüchterInnen, die ihre Herden verloren hatten, als FarmerInnen. Die deshalb verstärkt einsetzenden Bevölkerungsbewegungen führte in die zentralen Gebiete Darfurs und die dort liegenden *dars* der *Fur*, *Birgid*, *Berti* und *Daju* verzeichneten deshalb ein massives Bevölkerungswachstum. Dieser Zustand unterschied sich jedoch insofern von früheren Wanderbewegungen, als diese Stämme nun beabsichtigen sich länger oder dauerhaft in den *dars* niederzulassen, denn eine Rückkehr in ihre früheren Lebensräume war kaum mehr möglich. Es ging folglich nicht mehr nur um die zeitlich begrenzte Eröffnung des Zugangs zu Wasserquellen oder Weideland, sondern um die Eröffnung von neuem Weideland und die langfristige Zuteilung von kultivierbarem Land. Die FarmerInnen des Zentrums waren allerdings ebenso von den Dürreperioden betroffen und obwohl diese die nomadischen und halbnomadischen Stämme bis dahin

---

<sup>62</sup> Félix Malloum war von 1975 bis 1979 Staatspräsident des Tschads und wurde von Goukouni Weddeye abgelöst.

stets mit Gastfreundlichkeit willkommen hießen, waren diese aufgrund der verstärkten Konkurrenz um die degradierten Ressourcen gegenüber den Neuankömmlingen nun keinesfalls mehr positiv eingestellt. Behrends (2008, S. 44) bringt die Konsequenzen der Dürreperiode wie folgt auf den Punkt:

„*the demands of all incoming groups could not at this juncture be met*“

Die FarmerInnen sperrten daraufhin, in ihrem Versuch jedes mögliche kultivierbare Land zu nutzen, die Wege der halbnomadischen und nomadischen Stämme ab. Diese Einschränkung stellte jedoch eine Bedrohung für deren Existenz dar, weshalb diese versuchten sich ihre Wegerechte gewaltsam zu erkämpfen. Zwischen August 1984 und November 1985 brach eine Hungersnot aus, welche die Region in einen Zustand anhaltender Unsicherheit stürzte. Gemäß de Waal (2005, S. 176) starben an dieser Hungersnot ca. 95.000 Menschen, die Ausmaße waren verheerend.

Suliman (1996, S. 269f) beleuchtet in diesem Kontext den gewaltsamen Konflikt zwischen den *Zaghawa* und den *Maharia*, welche einen Zweig der *Abbala* des Nordens darstellen, einerseits und den *Fur* andererseits, welcher von 1983 bis 1987 andauerte. Die Konfliktparteien wurden von externen Akteuren unterstützt, so kam den *Zaghawa* beispielsweise militärische Unterstützung von Libyen, der Zentralregierung des Sudans und den *Zaghawa* des Tschads zu. Diraige wiederum stützte die *Fur* und stand diesen beim Abwehren des Eindringens der Stämme in die *dars* der FarmerInnen zur Seite.

Durch diese Umstände trat ferner das ungelöste Landproblem, welches sich durch die Gesetzgebung von Numeiri ergab, deutlich an die Oberfläche. Die halbnomadischen und nomadischen Stämme, welche keine *dar*-Rechte hatten, pochten auf die Anwendung der neuen Gesetzgebung, welche das unregistrierte Land als Staatseigentum festlegte und somit ihre Wegerechte sichergestellt hätte, während die FarmerInnen auf der Stammesverwaltung beharrten. (vgl. Prunier 2006, S. 79) Diese Widersprüchlichkeiten trugen in entscheidendem Maße zur Polarisierung zwischen diesen Gruppierungen bei.

#### **4.6.4 Die „Annexion“ durch Libyen**

Da Numeiri auf die im Sudan einsetzende Hungersnot nicht reagierte, wurde dieser im Jahr 1985 gestürzt, woraufhin die Anhänger al-Mahdis und die IslamistInnen, durchdrungen von einem arabischen Überlegenheitsdenken, in die Region Darfur zurück strömten. (vgl. de Waal/Flint 2008, S. 45) Bei den 1986 einsetzenden Wahlen ging die *Umma*-Partei als stärkste Macht hervor und Sadiq al-Mahdi wurde als Premierminister einge-

setzt, dieser musste seinen Wahlerfolg jedoch vor allem auf die finanzielle Unterstützung Libyens zurück führen.

Zu Beginn des zweiten Bürgerkrieges zwischen der Zentralregierung des Sudan und der ‚*Sudan People’s Liberation Army*‘ (SPLA) des Südens offenbarte sich in zahlreichen Rückschlägen die Schwäche der sudanesischen Armee. Al-Mahdi entschloss sich deshalb im Jahr 1986 bestimmte Stämme der *Baggara*, unter ihnen auch die *Südlichen Rizaigat* und die *Messiriya* Darfurs, mit der Unterstützung von Libyen zu bewaffnen und diese gegen die Dinka, welche man der Unterstützung der SPLA beschuldigte, vorgehen zu lassen. Diese Miliz, die sich *Marhalin* nannte, erhielt im Gegenzug vollkommene Immunität und die Zusage sich den Besitz und den Viehbestand der Dinka aneignen zu dürfen. (vgl. Collins 2006, S. 8) Libyen unterstützte al-Mahdi ferner durch die Lieferungen von Öl und Waffen.

Das libysche Staatsoberhaupt forderte für seine Unterstützung jedoch einen Gegenpreis. Dieser hatte in seinem Kampf gegen die Zentralregierungen des Tschads stets die Ambition Darfur als Armeebasis im Hinterland zu nutzen. Aufgrund der schlechten Beziehungen zwischen dem Sudan und Libyen während der Herrschaft Numeiris war Gaddafi dies jedoch nicht möglich. Doch als dieser al-Mahdi finanzielle Unterstützung zukommen ließ, veränderte sich die Lage zu seinen Gunsten, al-Mahdi konnte seinen Wunsch nicht mehr abschlagen und der Weg in die Region stand ihm fortan offen.

Der Einfluss Gaddafis in Darfur war enorm und Prunier (2006, S. 92) ging so weit, zu behaupten, dass im Jahr 1989 ‚*Darfur im Grunde von Tripolis regiert*‘ wurde. Das libysche Staatsoberhaupt unterstützte in der Region beispielsweise die Bildung der ‚*Tadschammu al-arabi*‘ (Arabische Versammlung), die ‚Vereinigung der Araber‘, welche eine militant rassistische Gruppierung darstellt, die den arabischen Charakter der Region betonen sollte. (vgl. Prunier 2006, S. 251) Dadurch forcierte Libyen eine rassistische und aggressive Ideologie der arabischen Überlegenheit und bestärkte den Herrschaftsanspruch der arabischen Stämme in Darfur.

Ferner war es Gaddafi nun möglich die arabischen Stämme des Sudans zum Kampf gegen die Regierung Habrés zu rekrutieren. Scheich Ibn Omer Saeed<sup>63</sup>, der Anführer des ‚*Conseil Démocratique Révolutionnaire*‘ (CDR), stand dem libyschen Staatsoberhaupt hierbei unterstützend zur Seite. Es setzte folglich ein massiver Waffenfluss von Libyen in die Region ein und auch die Stämme der *Messiriya* und *Beni Helba* wurden bewaffnet. Harir (1994, S. 163) meint hierzu, dass die arabischen Stämme des Tschad zwar die

---

<sup>63</sup> Ibn Omer war als großarabischer Hardliner bekannt, galt als Protegé Gaddafis und wurde ebenso von der sudanesischen Regierung gefördert. (vgl. Thielke 2006, S. 292)

HauptempfängerInnen der Waffen darstellten, dass diese jedoch auch indirekt ihren Weg zu den Darfuris fanden. Dies kann teilweise dadurch begründet werden, dass sich die tschadischen Stämme entschieden ihre lokalen Verbündeten zu bewaffnen, denn diese bedurften der Lebensmittelversorgung und somit deren Unterstützung.

Zwischen Libyen und dem Tschad brach 1986 ein Krieg aus, weshalb die tschadische Armee die arabischen Milizen bis in die Region Darfur verfolgte. Im Jahr 1987 wurde die libysche Armee mit französischer Unterstützung besiegt, woraufhin Gaddafi sich für kurze Zeit zurück zog, Acheik Ibn Omar sich mit Habré versöhnte und daraufhin die Waffen seinen Verbündeten, den radikalisierten arabischen Stammesmilizen Darfurs, übergab. (vgl. Thielke 2005, S. 292)

Gemäß ICG (2004, S. 6) meinten die arabischen Stämme im Laufe der 80er Jahre auch mit einer unverhältnismäßig hohen Anzahl an Ernennungen von Stammesangehörigen der *Fur* und weiterer afrikanischer Stämme in höhere Positionen der Provinzregierung konfrontiert gewesen zu sein, zu Beginn durch Numeiri und anschließend auch durch al-Mahdi. 1987 wandte sich die ‚Arabische Versammlung‘ mit einem Brief an Sadiq al-Mahdi, in welchem diese eine stärkere Beteiligung an der Provinzregierung forderte und vor einer möglichen Katastrophe, sollte dieser Bitte nicht entsprochen werden, warnte. (vgl. Thielke 2006, S. 292f)

#### **4.6.5 Die Migrationsbewegungen vom Tschad und ihre Konsequenzen**

Aufgrund der vom anglo-ägyptischen Kondominium und von Frankreich während der 20er und 30er Jahren vorgenommenen Grenzziehungen zwischen dem Sudan und dem Tschad leben Mitglieder des selben Stammes auf beiden Seiten der Grenze. Die anhaltende Konfliktsituation im Tschad beeinflusste die Situation im Sudan stets insofern, als dass Darfur für die tschadischen Guerillabewegungen aufgrund der Verwandtschaftsverhältnisse als natürliches Hinterland galt. (vgl. Harir 1994, S. 162) Ferner war das Dschebel Marra Gebirge für die tschadische Armee nur schwierig zu erforschen und erwies sich folglich als ideales Rückzugsgebiet für die tschadischen Guerillabewegungen, weshalb diese dort vermehrt Zuflucht suchten. Nichtsdestotrotz wurden diese von der tschadischen Armee und paramilitärischen Kräften stets bis ins Zentrum verfolgt. Von Seiten der sudanesischen Regierungen konnte ebenso meist eine bereitwillige Unterstützung dieser Bewegungen konstatiert werden. (vgl. Thielke 2006, S. 262) Während des Konfliktes zwischen dem Tschad und Libyen bot Darfur ferner mehr Sicherheit, weshalb die tschadischen Oppositionsgruppen ihre Tiere in die Region führten. Zur gleichen Zeit

ergab sich jedoch auch die Schwierigkeit, dass die Weiden an der Grenze zwischen dem Sudan und dem Tschad nicht zugänglich waren, wodurch die nomadischen und halbnomadischen Stämme oftmals gezwungen waren tiefer in die Region vorzudringen. Der internationale Konflikt zwischen den tschadischen Rebellengruppen und Libyen einerseits und der Regierung des Tschads andererseits griff folglich auf die Region über. (vgl. Harir 1994, S. 164) Doch auch die im Tschad einsetzenden Dürreperioden führten zur Migration verschiedener Bevölkerungsgruppen in den Sudan. (vgl. de Waal/Flint 2008, S. 43)

Die Migrationsbewegungen vom Norden und vom Tschad in die zentralen Gebiete Darfurs erhöhten somit die Konkurrenz um die verbleibenden Ressourcen Süßwasser, Agrar- und Weideland. Jedoch eröffnete sich hierdurch ein weiteres Problem, zu welchem Harir (1994, S. 161) wie folgt Stellung nimmt:

*“(...) an influx of whole tribal groups created problems, not only confined to the availability of arable land resources, but raised political questions about future alienation of land and, as a consequence, questioned the system of political authority.”* (Harir 1994, S. 161)

Es stellt eine Besonderheit der Region Darfur dar, dass die politische Macht eines Stammes an seine *dar*-Rechte gebunden ist, ohne diese ist eine Selbstverwaltung ausgeschlossen. Da die arabischen Stämme in ihrem Herrschafts- und Überlegenheitsdenken bestärkt wurden, pochten sie ebenso auf ihre Selbstverwaltung, dies impliziert jedoch die Einschränkung der bisherigen Machtstellung der landverwaltenden FarmerInnen. Die *Fur* litten folglich unter der starken Zuwanderung und begannen sich durch die verstärkte arabische Präsenz bedroht zu fühlen. Der indigene Stamm fürchtete vor allem die Konsequenzen, welche mit der Verbreitung des arabischen Überlegenheitsdenkens einher gingen und um ihre Verwaltungsposition. Die *Fur* sperrten im Versuch ihre eigenen Ernten zu sichern, die Wanderrouen ab, verbrannten das Weideland und verwehrten den halbnomadischen und nomadischen Stämmen den Zugang zu den Wasserstellen, wodurch sie diese zum Weiterziehen zwingen wollten. Die arabischen Stämme rächten sich mit der in Brandsetzung der Städte der *Fur*, der Entwurzelung deren Obstplantagen und der Zerstörung deren Ausstattung. (vgl. Harir 1994, S. 164) Gemäß Thielke (2006, S. 276) wurde der Zusammenprall folglich zur Überlebensfrage.

#### 4.6.6 Zur endgültigen Eskalation des Konfliktes im Jahr 1987

Im Jahr 1987 kam es schließlich zum endgültigen Ausbruch eines gewalttätigen Konfliktes zwischen den *Fur* und einem Zusammenschluss von 27 arabischen Stämmen. Die Auseinandersetzungen zwischen sesshaften FarmerInnen einerseits und nomadischen und halbnomadischen Stämmen andererseits dauerten bis 1989 an und übertrafen die bis zum damaligen Zeitpunkt in Darfur beobachtbaren Konfrontationen in deren Ausmaß und Reichweite entscheidend. Es wird nun kurz auf die Konfliktakteure, deren Handlungsmotive und die internationale Dimension des Konfliktes näher eingegangen.

Die arabischen Stämme agierten im Konflikt im Rahmen der Arabischen Versammlung und nannten sich ‚*unser arabischer Stamm*‘, die bisherigen Stammesgrenzen lösten sich demnach auf. Zu ihnen gehörten die CDR, die tschadischen Araber, welche in Opposition zu ihrem Regime standen und von Libyen Waffen erhielten, deren arabische Alliierte aus Darfur, welche sowohl von Gaddafi als auch von al-Mahdi bewaffnet wurden und weitere Stämme aus anderen Teilen des Sudans. (vgl. ICG 2004, S. 6) (de Waal/Flint 2008, S. 53) Harir (1994, S. 180) gibt hierzu an, dass die Mehrheit der arabischen Stämme aus dem Tschad stammte. Diese wurden von der Armee Habrés verfolgt und erachteten die *Fur* als die leichteren GegnerInnen, weshalb diese in ihrem Versuch, sich dauerhaft niederzulassen und sich den Zugang zu Land und erneuerbare Ressourcen zu sichern, ihre Waffen gegen den indigenen Stamm richteten. Die arabischen Stämme setzten auf die Vertreibung der *Fur* und sahen laut Harir (ebenda) in den Auseinandersetzungen folgende Möglichkeit:

“(…) *this was a chance to solve a basic problem of their existence: how to conquer territory to become their de facto ethnic homeland.*” (Harir 1994, S. 180)

Da die Milizen der *Fur* schlussendlich militärische Unterstützung durch Habré fanden (de Waal/Flint 2008, S. 54) spricht Behrends (2008, S. 45) von einem in Darfur ausgetragenen Stellvertreterkrieg zwischen dem Tschad und Libyen. Es ist klar ersichtlich, dass die Darfuris von den fremden Mächten zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele instrumentalisiert wurden.

Im Jahr 1989 kam es zu einer Versöhnungskonferenz, deren Übereinkommen jedoch bald darauf gebrochen wurde. Bei dieser Zusammenkunft behaupteten die *Fur*, dass der Krieg Züge eines Genozid aufwies und auf die Vernichtung ihrer ökonomischen Basis sowie die Besetzung ihres Landes durch arabische Stämme gerichtet war, wodurch eine Ausdehnung des ‚*Arabischen Gürtels*‘ forciert werden sollte. (vgl. ICG 2004, S. 6) Den *Fur* wurde im Gegenzug vorgeworfen, den ‚*Afrikanischen Gürtel*‘ um das Dschebel Marra

Gebirge ausdehnen zu wollen, weshalb ihnen der Zugang zu Wasserquellen und den Weidegründen verweigert wurde und hierdurch die arabischen Stämme des Landes verwiesen werden sollen. Die gegenseitigen Angriffe spiegelten sich unter anderem in der Verbrennung von Weideland und landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie der Verweigerung des Zugangs zu Wasserquellen und Weideland wider.

Um den Konflikt in seiner Gesamtheit verstehen zu können, müssen jedoch zahlreiche Konfliktauslösefaktoren hinzugezogen werden, welche nun überblicksartig dargestellt werden. Die Dürreperioden und die eintretende Desertifikation wirkten sich auf die Überlebenschancen der nomadischen und halbnomadischen Stämme verheerend aus und resultierten in deren Wanderbewegungen ins Zentrum, wo es zum Zusammenprall der arabischen und afrikanischen Stämme kam. In den Jahren 1984/85 setzte eine Hungersnot ein, welche de Waal als Auslöser für den grundlegenden Wandel in den Nachbarschaftsbeziehungen zwischen den Arabern und Afrikanern sieht. (Thielke zit. de Waal 2006, S. 275) Bis dahin wurde die Region ausschließlich als Sprungbrett für tschadische Warlords verwendet, die gegen die Regierung Ndjamenas ankämpften. Die bereits im Entstehen begriffene Polarisierung politisch manipulierter ethnischer Identitäten erfuhr durch die Dürreperioden, die Desertifikation und deren Konsequenzen folglich eine Verschärfung. Thielke (2006, S. 278) weist in diesem Zusammenhang auf einen weiteren Umstand hin, welcher mit der verschlechterten ökologischen Situation und der Hungersnot zusammenfällt:

*„Zu einer Zeit also, da die Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Schwarzen, Nomaden und Ackerbauern dürrebedingt eskalieren, öffnen sich die Grenzen zwischen Darfur und Libyen: In Scharen strömen nun radikalisierte Araber aus Libyen zurück in ihre Heimat, und mit ihnen rollen ganze Konvois mit Waffen ins Land.“*  
(Thielke 2006, S. 278)

Gaddafi, der nach dem Sturz Numeiris die Unterstützung al-Mahdis genoss, trug durch die Förderung der *Tadschammu al-arabi* in Darfur zu einer Verbreitung des Überlegenheitsdenkens und des Herrschaftsanspruchs der arabischen Stämme über die Region bei, diese wurden folglich darin bestärkt sich von ihren afrikanischen Stämmen grundsätzlich zu unterscheiden. Auch dies trug zu einer Verschärfung der Polarisierung zwischen den afrikanischen und arabischen Stämmen bei. Ferner bewaffnete Gaddafi die sudanesischen und tschadischen Araber Darfurs im Rahmen der Islamischen Legion, seine Söldnerarmee sollte ihm in seinen Bestrebungen einen großen panarabischen Gürtel über ganz Afrika zu spannen, zur Seite stehen. Nach einem kurzen Rückschlag Gaddafis im Jahr 1987

übergab sein Protegé Ibn Omer die Waffen an seine radikalisierten Verbündeten in Darfur, welche daraufhin gemeinsam mit den *Marhalin* ihre Waffen gegen die *Fur* richteten. Der Konflikt zwischen dem Tschad und Libyen flammte bald darauf wieder auf, woraufhin sich auch Habré dazu entschloss die *Fur*, die *Masalit* und andere sich benachteiligt fühlende Stämme der Region zu bewaffnen. (vgl. Behrends 2008, S. 46) Somit griff der Konflikt zwischen dem Tschad und Libyen vollends auf die Region über, weshalb in gewisser Weise von einem Stellvertreterkrieg gesprochen werden kann. Beide Länder bewaffneten die beiden Konfliktparteien im eigenen Interesse und trugen somit nicht nur zu einer Verschärfung der Polarisierung politisch manipulierter ethnischer Identitäten bei, sondern ermöglichten ferner den Konfliktaustrag in einem äußerst gewaltsamen Ausmaß. Die Zentralregierung unter Sadiq al-Mahdi wandte zur gleichen Zeit ihren Blick von den Geschehnissen ab.

Ferner konnte beobachtet werden, dass die Zentralregierung des Sudan bis 1989 auf der Seite der arabischen Stämme stand, während die Provinzregierung Darfurs die *Fur* unterstützte, nicht zuletzt weil diese seit 1981 von diesen geleitet wurde. Aufgrund ihrer Parteilichkeit und Schwäche legten die Regierungen ihre zentrale Aufgabe als Friedensstifterinnen in lokalen Konflikten nieder. (vgl. Harir 1994, S. 143) Das ICG (2004, S. 6) gibt im Weiteren an, dass die Konfliktsituation ebenso durch die Ernennung von *Fur* und anderer Zugehöriger der afrikanischen Stämme in höhere Regierungsposten der Provinzregierung angeheizt wurde.

De Waal und Flint (2008, S. 47) heben in ihrer Analyse der Konflikteskalation die Niederschlagsrückgänge, den verstärkten Waffenfluss von Libyen und dem Tschad in die Region und den neuen durch Libyen forcierten politischen Trend, das Überlegenheitsdenken und den Herrschaftsanspruch der arabischen AkteurInnen als Ursachen für die Konflikteskalation hervor. Die Interaktion dieser drei unterschiedlichen Faktoren stellen diese für die Seite der arabischen Stämme wie folgt dar:

*“Drought and destitution embittered the Darfur Arabs. Weapons and a self-asserting ideology gave them new aggression and confidence.”* (de Waal/Flint 2008, S. 56)

Die arabischen Stämme befanden sich folglich in einer Position, in der sie dazu angeregt wurden ihre Forderungen nach Land als Ressource und Garant für Selbstverwaltung zu stellen und konnten diesen dank des Waffenzuflusses von internationalen AkteurInnen und der Zentralregierung durch Gewalt Nachdruck verleihen.

Die *Fur* wiederum sahen sich von den arabischen Stämmen, welche aus den nördlichen Gebieten und dem Tschad in die zentralen Gebiete vordrangen, eingeengt und fürchteten

das arabische Überlegenheitsdenken und den Herrschaftsanspruch der Araber. Sie sahen sich gezwungen, ihre seit dem Sultanat bestehende Autorität über ihr Gebiet, welches nicht nur ihre Lebensgrundlage sicherstellt, sondern auch ihre politische Macht, zu verteidigen.

Es wird deutlich, dass sich in den 80er Jahren in Darfur der regionale Konflikt über den Zugang zu Land und politischer Macht mit dem internationalen Konflikt zwischen Libyen und dem Tschad überschneidet. Behrends (2008, S. 43) spricht zusammenfassend von einer dreifachen Katastrophe, welche die Region in einen Bürgerkrieg stürzte:

*„firstly, severe drought coupled with the failure of both national governments to manage the emerging water and food shortage; secondly, by the Chadian civil war that spread across the border, and thirdly, the Libyan sponsored invasion into the border zone, which transformed the region into a de facto Libyan territory during much of the 1980s.”*

Es erscheint folglich die Kombination und Interaktion der drei verschiedenen Umstände, wie sie Behrends (ebenda) ausweist und von de Waal und Flint (ebenda) in ihren exakten Konsequenzen formuliert werden, zur Konflikteskalation Ende der 80er geführt zu haben. Ein Erklärungsansatz, welcher ausschließlich den Zugang zu Weideland und Wasserquellen hervor hebt, greift in der Analyse folglich bei Weitem zu kurz. Es kann jedoch daraus geschlossen werden, dass die in den 80er Jahren einsetzende Dürreperiode, welche zu einer verstärkten Desertifikation, zu Migrationsbewegungen und schlussendlich 1984/85 zu einer Hungersnot führten, in entscheidendem Maße zur Eskalation des Konfliktes beitrugen. Diese Situation war mit einer abermaligen Verschärfung konfrontiert, als ebenso tschadische Stämme vermehrt in Darfur Zuflucht oder eine Basis für deren Guerillabewegung suchten, wodurch sich der Druck auf die Ressourcen im Zentrum abermals erhöhte.

#### **4.7 Die Ereignisse ab den 90er Jahren**

Mitte 1989 stürzte eine kleine Gruppe NIF-naher Offiziere, welche von Oberst Omar Hassan al-Bashir angeführt wurde, die Regierung Sadiq al-Mahdis und installierte ein islamistisches Militärregime. Al-Bashir wurde daraufhin als Präsident eingesetzt und die NIF, welche den Staatsstreich in finanzieller und politischer Hinsicht unterstützte, stand später unter dem Namen ‚*National Congress Party*‘ (NCP) an der Spitze dieses Systems. (vgl. Biel/Roth/Majak 2005, S. 19)

Das neue Regime führte einige Veränderungen in der Region Darfur durch, welche in entscheidendem Maße zur Verschärfung der Konfliktsituation beitrugen, das vorliegende Kapitel widmet sich deshalb der Darstellung der Politik des Militärregimes, insbesondere

der islamistischen und arbozentrischen Agenda, dem Konzept des ‚*divide-and-rule*‘ und der Bewaffnung arabischer Stämme in der Region. Ebenso werden die Spaltung der IslamistInnen im Jahr 1999 und die damit einhergehenden Konsequenzen näher beleuchtet. Daran anschließend erfolgen eine Erklärung der Formierung und der Forderungen der Rebellengruppen SLM/A und JEM einerseits und der Rekrutierung und der „Vergütung“ der *Dschandschawid* andererseits sowie eine Anführung weiterer Konfliktauslöser.

#### **4.7.1 Die Politik des Militärregimes unter al-Bashir**

In diesem Abschnitt werden die islamistische und arbozentrische Agenda, das Konzept des *divide and rule* und die Bewaffnung arabischer Stämme des Militärregimes unter al-Bashir in der Region Darfur näher beleuchtet.

Zu dem Konflikt zwischen Libyen und dem Tschad muss vorweg angeführt werden, dass Gaddafi im Jahr 1990 in Idriss Deby einen neuen Protegé fand. Al-Bashir unterstützte das libysche Staatsoberhaupt in seinem Sturzversuch der tschadischen Regierung Habrés und als Deby im selben Jahr sein Ziel erreichte, wandte sich Gaddafi vom Tschad ab. Auch die Tatsache, dass an der Spitze des Sudan ein islamistisches Militärregime stand, ließ das libysche Staatsoberhaupt fortan nach Mali, Niger und Nigeria blicken. (vgl. Thielke 2006, S. 308)

##### *4.7.1.1 Die islamistische und arbozentrische Agenda des Militärregimes*

Bereits Mitte der 80er Jahre rückten die IslamistInnen verstärkt in die politische Szene des Sudan und kandidierten bei den Wahlen 1986 unter dem Namen ‚*National Islamic Front*‘ (NIF). Doch erst als diese durch den Staatsstreich 1989 endgültig an die Macht kamen, war es ihnen möglich eine klare Arabisierungs- und Islamisierungspolitik zu verfolgen, welche unter dem Konzept ‚Ein Land, eine Religion und eine Sprache‘, eine neue einheitliche sudanesishe Identität erschaffen sollte. (vgl. Biel/Roth/Majak 2005, S. 22f)

Das Regime unterstützte im Weiteren den internationalen Terrorismus und förderte radikale dschihadistische Organisationen in ganz Afrika. (vgl. de Waal/Flint 2008, S. 28) Das arabische Überlegenheitsdenken, welches in den 80er Jahren vor allem durch Libyen forciert wurde, erhielt durch die Agenda dieses Regimes folglich weitere Nahrung, einen genaueren Einblick hierzu gibt das nächste Unterkapitel.

#### 4.7.1.2 *Das divide and rule - Konzept des Militärregimes und die Bewaffnung arabischer Milizen*

Das Militärregime unter al-Bashir verfolgte das Konzept des *divide and rule* und so kam es im Jahr 1994, als die Region Darfur in die drei Bundesstaaten Nord-, Süd- und West-Darfur unterteilt wurde, zu einer **Veränderung deren föderaler Struktur**. Die hohen Verwaltungspositionen in den drei neuen Hauptstädten Al-Fashir, Nyala und El-Geneina wurden, trotz deren ethnisch heterogener Bevölkerung, mit einflussreichen Arabern des Niltals und Darfurs besetzt. (vgl. Ibrahim 2006, S. 13) Durch diesen Eingriff erfolgte ferner eine Verteilung des Stammes der *Fur* auf die drei neuen Teilstaaten, in welchen diese nun jeweils eine Minderheit darstellen. Der indigene Stamm galt stets als kohärenten Wählerschaft der *Umma*-Partei und gemäß de Waal und Flint (2008, S. 20) beabsichtigte das Regime durch diese Spaltung den Zugang für islamistische KandidatInnen zu erleichtern. Auch Thielke (2006, S. 318) sieht darin die Absicht des Regimes, den Einfluss der oppositionellen Parteien auf längere Sicht zu begrenzen.

Ein Jahr später teilte das Regime West-Darfur in 34 Emirate, wovon jedes jeweils einem vom Zentrum bestimmten ‚*amir*‘<sup>64</sup> zur Verwaltung übergeben wurde. Im Zuge dieses **Eingriffes in die Stammesverwaltung** wurde das historische *Masalit* Sultanat, welches ebenfalls stets als kohärente Wählerschaft der *Umma* Partei galt, in 13 Emirate unterteilt. Acht dieser Emirate wurden zur Verwaltung an arabische *amirs* übergeben, wodurch eine Demontierung der Autorität der *Masalit* erfolgte.<sup>65</sup> Um den Versuch des Militärregimes, *dar Masalit* durch ein arabisches *hakura* zu ersetzen, zu verhindern, organisierten diese Selbstverteidigungsgruppen. Aufgrund dessen setzte von Seiten des Regimes eine verstärkte Militarisierung arabischer Stämme ein, die gemeinsam mit der sudanesischen Armee gegen die Aufständischen vorgingen. (vgl. Haggar 2007, S. 117) De Waal und Flint (2008, S. 56) bezeichnen dies als den Beginn der Organisation der *Dschandschawid*, wie wir sie heute kennen. Der Konflikt zwischen den *Masalit* und 27 Stämmen, welche meist arabischer Herkunft waren, dauerte von 1996 bis 1999 an. (vgl. Thielke 2006, S. 319) Diesen Eingriff in die Stammesverwaltung von Seiten des Regimes bezeichnete Haggar (2008, S. 117) folglich als:

„*the first and most dramatic example of an attempt to accommodate Chadian Arabs within Darfur’s administrative structure at the expense of non-Arab groups*”

---

<sup>64</sup> Der Begriff ‚*amir*‘ stellt einen politischen und militärischen Titel eines Führers dar, im Sudan wird dieser im besonderen für die ‚Generäle‘ der Mahdibewegung verwendet. (vgl. Prunier 2006, S. 244)

<sup>65</sup> Bei der Wahl zum Sultan *dar Masalits* hätten die arabischen *amirs* die Mehrheit eingenommen.

Die Eingriffe in die Stammesverwaltung durch die Zentralregierung des Sudan stellten für die tschadischen Araber eine Möglichkeit dar, ihre Selbstverwaltung zu erlangen und sich den Zugang zu Land und anderen erneuerbaren Ressourcen zu sichern.

Von Seiten der Regierung kam es kurz vor dem Ausbruch des Krieges im Jahr 2003 zu einer verstärkten Unterstützung der *damra* der arabischen Stämme, diese wurden eigenständiger und immer mehr als ‚kleine‘ *dars* betrachtet. (vgl. Tubiana 2007, S. 74)

In diesem Kontext muss deshalb auf zwei Konflikte hingewiesen werden, welche durch die Eingriffe in die Stammesverwaltung in *dar Masalit* von Seiten der Zentralregierung eingeführt wurden und sich im Falle Darfurs überschneiden (vgl. Abdul-Jalil/Mohammed/Yousuf 2007, S. 57):

1. Konflikte über Land an sich, um die eigene Lebensweise fortführen zu können. (Diese werden meist zwischen PastoralistInnen und FarmerInnen ausgetragen.)
2. Konflikte über die regionale Verwaltung oder lokale Machtansprüche.

Der zweite Konflikt ergibt sich aus der Regelung der Landvergabe in Darfur, so geht mit der Zuweisung eines *dars* automatisch die Selbstverwaltung und somit politische Macht einher, eine klare Trennung dieser beiden Fälle in Darfur ist folglich schwierig.

Al-Bashir verfolgte durch die Eingriffe in die Stammesverwaltung und die föderale Struktur das Ziel, die Einheit unter den Darfuris zu stören. (vgl. Ibrahim 2004, S. 2) Die vorgenommenen Veränderungen führten ferner zu zahlreichen Konflikten und zu einer fortschreitenden Militarisierung arabischer Stämme. (vgl. Rottenburg 2008, S. VII)

Die Bewaffnung arabischer Milizen wurde bereits 1985 durch die Zentralregierung al-Mahdis durchgeführt, diese wurden damals *Marhalin* genannt und im Kampf gegen die Dinka, welche der Unterstützung der SPLA bezichtigt wurden, eingesetzt. Die Fortführung dieser Strategie durch das Militärregime al-Bashirs konnte jedoch bereits 1991 beobachtet werden. Daud Bolad, selbst *Fur* und lange Zeit Mitglied der islamistischen Bewegung, musste damals unter anderem erkennen, dass er aufgrund seiner Herkunft selbst dem anti-afrikanischen Rassismus und der Diskriminierung der Flussaraber ausgesetzt war, weshalb er sich von seinen militanten Aktivitäten und dem islamistischen Regime abwandte. Er schloss sich dem Widerstand der SPLA an, mit deren Hilfe er den Versuch eines Einmarsches in den Süd-Darfur vornahm, um dort einen Aufstand gegen das Zentrum herbeizuführen. Die Regierung bewaffnete deshalb abermals die *Marhalin* Milizen, um gegen die Eindringlinge vorzugehen und Bolads Vorhaben schlug schließlich fehl. (vgl. Prunier 2006, S. 94) Dies markiert die Fortsetzung der Organisation der Selbstverteidigungsgruppen der *Fur*, welche bereits während des Konfliktes zwischen den *Fur* und

27 arabischen Stämmen Ende der 80er Jahre einsetze. Bis 1997 wurde dieser Prozess um die Region *Dschebel Marra* abgeschlossen und anschließend außerhalb der Region fortgesetzt. (vgl. de Waal/Flint 2008, S. 75ff)

Auch zwischen den *Zaghawa* und verschiedenen arabischen Stämmen kam es seit Ende der 80er Jahre vermehrt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Bei den Konfrontationen in den Jahren 1994 und 2001 ging es unter anderem um den Zugang zu Wasserquellen und Weideland. Während das Regime eine klare Restrukturierung der Stammesverwaltung des *dar Masalit* zu Gunsten der Araber forcierte, pochte es im Jahr 1997 bei einem Konflikt zwischen den *Zaghawa* und den *Südlichen Rizaigat*, bei dem es um den Zugang zu Weideland ging, auf die Aufrechterhaltung der Stammesverwaltung zu Gunsten der *Südlichen Rizaigat*. Die *Zaghawa* kamen folglich zu dem Schluss, dass das Regime seine neutrale Vermittlerrolle nicht mehr einnahm und ferner die Angriffe der arabischen Stämme mit Waffen unterstützte, woraufhin auch dieser Stamm mit der Aufstellung von Selbstverteidigungsgruppen begann.<sup>66</sup> (vgl. Hagggar 2007, S. 117)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es den arabischen Milizen durch die Bewaffnung von Seiten des Militärregimes möglich war, ihren Forderungen nach Selbstverwaltung und dem Zugang zu Land und Wasserstellen Ausdruck zu verleihen und sich diese gewaltsam zu erkämpfen. Der im Laufe der 90er Jahre beobachtbare Anstieg an Übergriffen arabischer Milizen auf afrikanischen Stämme resultierte folglich in der Aufstellung von Selbstverteidigungsgruppen von Seiten der *Fur*, der *Masalit* und der *Zaghawa*, welche ihren Einsatz gegen die Zentralregierung und nicht gegen die Araber des Landes gerichtet sahen. Da das Regime die arabischen Milizen bewaffnete und ihre altergebrachte Weise der Konfliktlösung nicht mehr entsprechend wahrnahm, bei welcher die Flussaraber üblicherweise eine Unterstützungs- und Überwachungsfunktion einnahmen, wurde dieses zu einem Akteur im Konflikt.

#### **4.7.2 Die Spaltung innerhalb der IslamistInnen**

Hassan al-Turabi<sup>67</sup>, der Gründer der NIF und Vorsitzender der Muslimbrüder des Sudans, galt lange Zeit als der eigentliche Führer des Landes, während al-Bashir nur eine Repräsentationsfigur darstellte. (vgl. Prunier 2006, S. 111f) Als dieser jedoch 1999 versuchte die Macht al-Bashirs zu beschneiden und in seinen eigenen Händen zu konzentrieren, rief dieser den Notstand aus, löste das Parlament auf und entließ al-Turabi seines Amtes als

---

<sup>66</sup> Viele *Zaghawa* und *Fur* wollten jedoch gegen die Araber und nicht das Regime ankämpfen. (vgl. Flint 2008, S. 142ff)

<sup>67</sup> Al-Turabis Name stand für die radikalsten und aggressivsten politischen Maßnahmen des islamistischen Regimes. (vgl. Prunier 2006, S. 111f)

Parlamentspräsident. Daraufhin gründete al-Turabi seine eigene oppositionelle islamistische Partei, die ‚*Popular Congress Party*‘ (PCP), gab den SüdsudanInnen fortan in ihrem Aufstand Recht und unterzeichnete 2001 mit der SPLA ein Verständigungsmemorandum. Prunier (2006, S. 114) nimmt hierzu wie folgt Stellung: „*Die beiden Extreme des sudanesischen politischen Spektrums taten sich zusammen, um die Regierung zu stürzen.*“ Tatsächlich wird der sich später konstituierenden Rebellengruppe ‚*Justice and Equality Movement*‘ (JEM) nachgesagt, dass sie Verbindungen zu al-Turabi pflegt. Al-Bashir hegte folglich die Angst, dass diese Bewegung von Darfur aus und die PCP von innen zu seinem Sturz führen könnten. (vgl. de Waal/Flint 2008, S. 101) De Waal (2008, S. 14) geht so weit, al-Turabi als die größte Angst al-Bashirs zu bezeichnen. Die später beobachtbare brutale Vorgehensweise der Zentralregierung gegen die Rebellenbewegungen Darfurs kann folglich teilweise auf diese Befürchtungen zurück geführt werden.

### 4.7.3 Die Konfliktparteien

#### 4.7.3.1 Die Rekrutierung der *Dschandschawid* und deren „Vergütung“

Bereits 1989 legalisierte und wertete al-Bashir die arabischen Milizen Darfurs auf und gliederte diese 1999 in die paramilitärische Regierungsmiliz, die ‚*Popular Defence Forces*‘ (PDF), ein, welche bereits 1996 die sudanesischen Armee zahlenmäßig übertraf.<sup>68</sup> (vgl. Khalafalla 2005, S. 42; vgl. Salih 2005, S. 9) Die Rekrutierung der *Dschandschawid*<sup>69</sup> von Seiten des Regimes kann unter anderem auf die Schwäche der sudanesischen Armee, welche vor allem während des Bürgerkrieges im Südsudan offensichtlich wurde, zurück geführt werden.

Aufgrund der verstärkten Organisation der Rebellengruppen ab 2001 erreichte die Rekrutierung der *Dschandschawid* ein neues Ausmaß, doch die Erklärungsansätze zu deren Herkunft sind äußerst vielfältig. Gemäß Tubiana (2007, S. 73ff) wurden diese zum Großteil von den arabischen NomadInnen des Nordens, den *Abbala*, rekrutiert, welche keine *dar*-Rechte besitzen. Prunier (2007, S. 79) merkt hierzu an, dass die Rekrutierung dieses Stammes und anderer kleinerer arabischer Stämme West-Darfurs nicht als Zufall bewertet werden kann und Tubiana (2007, S. 75) nimmt hierzu wie folgt Stellung:

---

<sup>68</sup> Durch die Schaffung der *Popular Defence Forces* sollte die Armee neutralisiert und das Regime vor einem möglichen Militärputsch geschützt werden. (vgl. Khalafalla 2005, S. 42)

<sup>69</sup> Der Begriff *Dschandschawid* kommt von ‚*dschinn*‘, welcher ‚Geist‘ und ‚*dschawad*‘, welcher ‚Rennpferd‘ bedeutet, eine mögliche Übersetzung könnte folglich durch ‚Geistreiter‘ oder ‚böse Reiter‘ erfolgen. Dieser ist eine Bezeichnung der arabischen Reitermilizen, die ab den 80ern und im Krieg ab 2003 in Darfur zum Einsatz kamen. (vgl. Prunier 2007, S. 246)

*„Several factors have, over the years, sharpened these groups' hunger for land – drought, growing livestock holdings, the encroachment of farms on dry-season pastures, and the desire to settle.“*

Durch die Unterstützung der Zentralregierung ergab sich für diese arabischen Stämme folglich die Möglichkeit, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Mit *dar*-Rechten eröffnet sich ebenso der Zugang zu Bildungseinrichtungen und somit die Möglichkeit des Aufstiegs in die Politik, welche die Araber nun auch in verstärktem Maße nutzen wollten. Haggar (2008, S. 138) betont in seiner Analyse die Beteiligung tschadischer Araber in allen größeren Konflikten in der Region, auch für den 2003 einsetzenden Konflikt stellten diese eine Rekrutierungsbasis für die *Dschandschawid* dar. Seit den 1960ern suchten tschadische Flüchtlinge aufgrund der anhaltenden Dürreperioden und des Krieges im eigenen Land stets in Darfur Zuflucht und veränderten die Demographie in verschiedenen Teilen der Region in entscheidendem Ausmaß, doch auch diese besaßen keine *dar*-Rechte, waren jedoch gemäß Haggar (2007, S. 116) stets ambitioniert in ihren Forderungen:

*„Every group that has migrated to Darfur has sought to establish its authority in order to have access to land and other natural resources, and to government services including the granting of citizenship. Competition for control of local executive authority and native administration has been a characteristic of the Chadian immigration and settlement process.“*

De Waal und Flint (2008, S. 66) dehnen die Rekrutierungsbasis der *Dschandschawid* im Weiteren auf die Araber aus anderen westafrikanischen Staaten, wie Kamerun, Niger und Nigeria, aus, welchen ebenso Land und Kriegsbeute versprochen wurde. Prunier (2006, S. 130) wiederum meint, dass es sich abgesehen von jungen Stammesangehörigen, die mit ihren afrikanischen Nachbarn über Land und Boden stritten, bei den *Dschandschawid* um ehemalige BanditInnen und StraßenräuberInnen, entlassene SoldatInnen aus der regulären Armee, Kriminelle, Mitglieder der *Tadschammu al-Arabi* und junge arbeitslose Araber handelte.

Die Rekrutierungsbasis der *Dschandschawid* ist folglich sehr breit, weshalb nicht von „den Forderungen“ der *Dschandschawid* gesprochen werden kann. In der Literatur werden die *Dschandschawid* ferner meist als die langen Arme der Regierung dargestellt und ihre eigenen Kampfmotive meist nur am Rande erwähnt. Flint (2009, S. 14) prangert diese Forschungslücke an, ein Blick auf die „Vergütung“ von Seiten der Zentralregierung eröffnet jedoch einige Erklärungen für deren Handlungsmotive:

*“Tribal leaders supported the counterinsurgency for two main reasons - land and money. Landless Arab groups saw an opportunity to expand their access to land and*

*by extension, since land is connected to the possession of paramount chieftoms, to political power. Tribes with land attempted to remain neutral.” (Flint 2009, S. 14)*

Die Bezahlung der *Dschandschawid* galt angesichts der wirtschaftlichen Situation als äußerst gut, es kann folglich geschlossen werden:

*„As the government has used the militias, so have the militias used the government - to obtain salaries, war booty, land, and revenge.” (ebenda, S. 15)*

Im Kampf selbst agierten diese stets in Übereinstimmung mit der sudanesischen Armee, eine Unterscheidung zwischen diesen war oft kaum möglich. Durch die Rekrutierung arabischer Stämme gab das Regime einerseits sein Gewaltmonopol ab und bestärkte andererseits die Araber in ihrem arabischen Überlegenheitsdenken und Herrschaftsanspruch.

#### *4.7.3.2 Die Formierungen und Forderungen der Rebellengruppen*

Wie bereits weiter oben angeführt, stellten die *Fur*, die *Masalit* und die *Zaghawa* während der 90er Jahre Selbstverteidigungsgruppen auf, welche sich als Antwort auf die von der Zentralregierung unterstützten Angriffe arabischer Milizen und die Demontierung ihrer Autorität in ihren Stammesgebieten verstanden. 2001 schlossen sich die *Fur* und die *Zaghawa* zur ‚*Darfur Liberation Front*‘ (DLF) zusammen, die *Masalit* kamen später hinzu. (vgl. de Waal/Flint 2008, S. 75ff) Für diese Stämme erwiesen sich in erster Linie die wirtschaftliche und politische Marginalisierung durch das Zentrum einerseits sowie die zunehmende arabische Militanz der 80er und 90er Jahre andererseits als Grund zur Unruhe und Formierung ihrer Protestorganisation gegen die Unterdrückung durch das Zentrum. (vgl. Khalafalla 2005, S. 44) Im Jahr 2003 fand eine Namensänderung in ‚*Sudan Liberation Movement/Army*‘ (SLM/A) statt, welche zum Ausdruck bringen soll, dass diese keine secessionistische Bewegung darstellt, sondern die gerechte Reformierung des bestehenden Staatsystems verfolgt. (vgl. Biel/Roth/Majak 2005, S. 23) Die SLM/A postuliert sich somit als nationale Bewegung, welche die fundamentalen Probleme des gesamten Sudans lösen möchte.<sup>70</sup> Zu den Zielen der SLM/A zählen der Schutz der Bevölkerung vor arabischen Milizen, die Beendigung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Benachteiligung von afrikanischen Stämmen durch eine gerechte Verteilung der Ressourcen, die Restrukturierung und Dezentralisierung der Macht, die Akzeptanz des kulturellen und politischen Pluralismus und die Trennung von Religion und Staat. Im Jahr 2002 kristallisierte sich eine weitere Rebellengruppe namens ‚*Justice and Equality Movement*‘

---

<sup>70</sup> Dieses Ziel ist der Intention der ‚*Sudan People’s Liberation Movement/Army*‘ (SPLM/A) des Südens sehr ähnlich, welche ihren Kampf für Selbstbestimmung unter dem Slogan eines geeinten demokratischen Sudans begann. Auch die Ähnlichkeit in der Namensgebung (SLA – SPLA) ist keineswegs zufällig.

(JEM) unter der Führung von Khalil Ibrahim heraus. (vgl. Biel/Roth/Majak 2005, S. 23f) Die Forderungen dieser Gruppierung sind denen der SLM/A ähnlich, so steht diese beispielsweise ebenso für einen geeinten demokratischen Sudan ein, welcher auf Gleichheit und Gerechtigkeit aufbaut, spricht jedoch nicht von einer Trennung von Staat und Religion. Nach dem Ausschluss al-Turabis aus dem Regime stellten sich die IslamistInnen Darfurs überwiegend auf dessen Seite und Salih (2005, S. 17) beurteilt die JEM als eine politische Organisation, welche von AnhängerInnen al-Turabis zur Destabilisierung des al-Bashir Regimes eingesetzt wird. Diese kämpfen folglich nicht nur gegen die Marginalisierung der Region Darfur, sondern streben auch einen politischen Machtwechsel im Zentrum an.<sup>71</sup> (vgl. de Waal/Flint 2008, S. 103) Auch weil sich die Rebellenbewegungen der Bewaffnung der arabischen Stämme durch die Zentralregierung bewusst waren, richteten sie sich in ihrem Kampf stets gegen das Zentrum.

#### **4.7.4 Zur endgültigen Eskalation des Konfliktes im Jahr 2003**

Obwohl bereits im Jahr 2002 Übergriffe der Rebellengruppen Darfurs konstatiert werden konnten, wird der offizielle Beginn des Konfliktes meist mit dem Frühjahr 2003 festgelegt, als diese die Stadt Golo und bald darauf den Flughafen in Al-Fashir angriffen. Das Militärregime forcierte daraufhin die Rekrutierung der *Dschandschawid* und es kam schließlich zu Kämpfen zwischen den Rebellengruppen der SLM/A und dem JEM einerseits sowie dem sudanesischen Militär und den *Dschandschawid* andererseits. In der Weltöffentlichkeit und den internationalen Medien fand der Krieg in Darfur jedoch lange Zeit keine Beachtung.

Bächler (2008, S. 240) ist der Ansicht, dass ein einheitliches, starkes und muslimisches Darfur, welches sich gegen die islamistische und arabozentrische Agenda und Marginalisierung der Region zur Wehr setzt, eine große und unmittelbare Bedrohung für die Machtposition des Militärregimes darstellt. Snyder (2004) teilt diese Ansicht und führt die sich daraus ergebende brutale Vorgehensweise von Seiten der Regierung gegenüber den Rebellengruppen auf verschiedene Faktoren zurück. Einerseits werden die JEM und die SLM/A von einem Teil der sudanesischen Bevölkerung unterstützt, der nicht nur Teil des Nordens sondern auch muslimisch und arabisch geprägt ist, diese sind folglich nicht nur regional näher gelegen, sondern dem Zentrum auch in gewisser Weise ähnlicher. Fer-

---

<sup>71</sup> Zahlreiche Konfliktlinien innerhalb der SLA/M und JEM führten nach 2003 zur Zersplitterung innerhalb der Rebellengruppen und schlussendlich auch zu Kämpfen zwischen den verschiedenen Fraktionen. (vgl. Salih 2005, S. 16f)

ner stellen die Darfuris mehr als 50 Prozent der sudanesischen Armee und ein erfolgreicher Aufstand in der Region könnte zur Förderung weiterer Aufstände im Land beitragen. Gemäß de Waal und Flint (2008, S. 101) befürchtete das Regime vor allem den Sturz durch die JEM von Darfur aus und durch al-Turabis *Popular Congress Party* von innen. Die während der 90er Jahre einsetzenden Änderung der föderalen Struktur und der Stammesverwaltung, die arabozentrische Agenda und die Militarisierung weiterer arabischer Stämme, welche entscheidend zur Forcierung des arabischen Überlegenheitsdenkens beitrugen, führten zu einer verstärkten Polarisierung zwischen den afrikanischen und arabischen Stämmen. Gerade diese Entwicklung eröffnete dem Regime jedoch die Möglichkeit seine Macht aufrechtzuerhalten, Collins (2006, S. 11) nimmt hierzu wie folgt Stellung:

*“the government was now able to weaken any potential opposition by exploiting ethnic divisions, branding the insurgency as an African attempt to rid Darfur of the ‘Arab race’.”*

Der Regierung war es möglich, die bereits bestehenden Differenzen und Konfliktlinien zwischen den verschiedenen Stämmen zu ihren eigenen Gunsten zu instrumentalisieren und diese gleichzeitig in der Weltöffentlichkeit als einen außer Kontrolle geratenen ethnischen Konflikt um den Zugang zu Weideland und Wasserquellen darzustellen.<sup>72</sup> (vgl. Prunier 2006, S. 8) Für die *Dschandschawid* ergab sich hierdurch ferner die Möglichkeit ihren Forderungen nach dem Zugang zu Agrar- und Weideland, Wasserstellen und politischer Macht durch die Unterstützung der Zentralregierung in neuer gewaltsamer Form Ausdruck zu verleihen, diese profitieren somit ebenso von der Zentralregierung wie diese von ihnen. (vgl. Flint 2009, S. 14)

Die Rebellenbewegungen hingegen prangerten die politische und ökonomische Marginalisierung der Region an und sahen sich durch die verstärkte arabische Dominanz in der Region und die Demontierung ihrer arabischen Autorität in ihren Stammesgebieten in ihrer Position gefährdet. Auch weil sich diese der Bewaffnung der arabischen Stämme durch die Zentralregierung bewusst waren, richteten sie sich in ihrem Kampf stets gegen das Zentrum.

Das Eintreten der Kampfhandlungen in Darfur muss jedoch auch vor dem Hintergrund der zwischen dem Militärregime und der SPLA/M in Naivasha (Kenia) im Jahr 2003 ein-

---

<sup>72</sup> Im Gegensatz zum Süden kam es in Darfur nicht zur Instrumentalisierung einer religiösen sondern einer ethnischen Differenz. Im Konflikt im Südsudan sprach man von einem Heiligen Krieg, dem *Dschihad*, inoffiziell handelte es sich um einen Rassenkonflikt, in dem die Worte ‚*abid*‘ (Sklave) benutzt wurden, dies war im Falle Darfurs nicht möglich, da alle BewohnerInnen Darfurs MuslimInnen darstellen.

setzenden Friedensverhandlungen zur Beendigung des bis dahin 20 Jahre andauernden Bürgerkrieges gesehen werden. Dabei ging es unter anderem um die Beteiligung des Südens an den Öleinnahmen sowie dessen politischer Repräsentation im Zentrum. Die Darfuris wollten in diese Verhandlungen mit eingeschlossen werden und die Chance ergreifen auf ihre eigene Situation aufmerksam zu machen, dies wurde ihnen jedoch verwehrt.

## **4.8 Anmerkungen zur Analyse des Konfliktes**

Dieses Kapitel umfasst einige Anmerkungen, welche für die Analyse des Konfliktes in Darfur interessant erscheinen. Zu Beginn wird die von gewissen AkteurInnen möglicherweise im eigenen Interesse verfolgte Darstellung der Konsequenzen des Klimawandels als Konfliktursache und die Rolle des Staates näher beleuchtet. Anschließend wird behandelt inwiefern ein Konflikt zu weiteren Umweltzerstörungen beitragen kann und weshalb die genaue Regelung der zukünftigen Landvergabe in Darfur im Rahmen von Friedensverhandlungen von großer Bedeutung ist.

### **4.8.1 Zwischen einer möglichen Irreführung und der Rolle des Staates**

Zur Herstellung einer Kausalität zwischen den Konsequenzen des Klimawandels und Konflikten führt Salehyan (2008, S. 322) an, dass sich dahinter von Seiten verschiedener Regierungen das Kalkül verbergen könnte, jegliche Schuld an der Konflikteskalation von sich zu weisen. Indem sie diese auf die HauptverursacherInnen der Erderwärmung überwälzen, können die eigentlichen Ursachen des Konfliktes im eigenen Interesse verschleiert werden.

Zwar kennen die Konsequenzen des Klimawandels keine nationalstaatlichen Grenzen, deren Ausmaß wird jedoch innerhalb dieser erkennbar, weshalb folglich der Nationalstaat gemäß dem Idealfall zur Durchführung von Anpassungsmaßnahmen gefordert wäre. Gleditsch (1998, S. 389) streicht hierbei heraus, dass das politische System bei derartigen Maßnahmen eine bedeutende Rolle spielt, so kann in gefestigten demokratischen Systemen bspw. eine geregelte Anpassung erwartet werden. Wenn diese jedoch von politischer Instabilität gekennzeichnet sind, besitzen diese oftmals nicht die finanziellen Kapazitäten oder stellen andere Interessen in den Vordergrund. (vgl. Buhaug/Gleditsch/Theisen 2008, S. 22f) De Waal (2007c) betont in einer seiner Analysen zum Konflikt in Darfur, dass die Zentralregierung des Sudan entscheidenden zur Konflikteskalation beigetragen hat, als

sie nicht in entsprechender Weise auf die Hungersnot 1984/85 reagierte.<sup>73</sup> Ibrahim (2006, S. 10) stellt diese Auswirkungen der Hungersnot in einen breiteren Kontext und nimmt hierzu wie folgt Stellung:

*„The occurring famines would have been less severe, had it not been for the systematic marginalization of Darfur by the successive governments since the British conquered the once autonomous sultanate (...)”*

Der Sudan befindet sich auf der Liste des ‚Failed States Index‘ 2009 auf Platz 3 und wird laut Schneckener (2004, S. 13) als *failing state* beurteilt. Die drei Kernfunktionen des Staates, die Sicherheitsfunktion, die Wohlfahrtsfunktion, die Legitimitäts- und Rechtsstaatsfunktion, erfüllte dieser seit der Unabhängigkeit äußerst ungenügend, noch versuchten die Zentralregierungen die Entwicklung der Regionen voranzubringen. Ferner kam es Mitte der 80er Jahre durch die Bewaffnung der Stammesmilizen in Darfur, welche nicht von der Zentralregierung kontrolliert wurden und Immunität genossen, zur Unterminierung des staatlichen Gewaltmonopols. De Waal (2008, S. 7) nimmt zur Bewaffnung der arabischer Milizen wie folgt Stellung:

*„(...) tribal militias are more than a cheap tool of counterinsurgency – they are also a facet of the central strategy for governing the peripheries.“* (de Waal/Flint 2008, S. 7)

In einem System, welches mehrere Machtzentren umfasst und stets verschiedene Parteien gegeneinander gestellt sind, erweist es sich als schwieriger an die Macht zu gelangen. (vgl. de Waal 2008, S. 15) Wie anhand des Konfliktes zwischen den *Fur* und den arabischen Stämmen und der Bewaffnung arabischer Stämme durch die Zentralregierung beobachtbar war, ließ diese ferner ihre neutrale Vermittlerrolle fallen. Durch die Duldung der libyschen Präsenz in Darfur von Seiten al-Mahdis und der Aufstellung von Milizen, welche durch al-Bashir später fortgesetzt wurde, wurden die Zentralregierungen zu Akteurinnen des Konflikts. Angesichts dieser Umstände sei dahingestellt, ob von diesen Anpassungsmaßnahmen an die Auswirkungen des Klimawandels gefordert und erhofft werden können.

Dieser Auslegung soll jedoch eine weitere Interpretation entgegengestellt werden. Bei einem entstandenen Schaden scheint es naheliegend, der/die VerursacherIn zur Verantwortung zu ziehen. Im Falle des Klimawandels stellen die HauptverursacherInnen die Industrie- und Schwellenländer dar, welche 46% der weltweiten Treibhausgasemissionen verursachen und somit einen im Vergleich zu Entwicklungsländern überproportional ho-

---

<sup>73</sup> Homer-Dixon (2007) kritisiert an dieser Auslegung jedoch, dass eine nicht getätigte Aktion als Ursache herangezogen wird und meint, dass etwas, das nicht getan wird, schwerlich etwas verursachen kann. Tatsächlich vernachlässigten die Zentralregierungen seit jeher ihre weit entlegenen Peripherien.

hen ökologischen Fußabdruck aufweisen. (vgl. IPCC 2007d, S. 43) Diese Hauptverursacherinnen sind jedoch nicht im selben Ausmaß von den Konsequenzen des Klimawandels betroffen wie zahlreiche Entwicklungsländer. Der Klimawandel betrifft folglich nicht nur ökologisch anfällige Gebiete am härtesten, sondern vor allem Länder, welche aufgrund ihres niedrigen Entwicklungsstandes in der Möglichkeit der Aufstellung geeigneter Anpassungsmaßnahmen, beispielsweise aufgrund finanzieller Hürden oder politischer Instabilitäten, mit großen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Wenn jedoch eine Reaktion auf die Konsequenzen des Klimawandels ausschließlich vom betroffenen Staat verlangt wird, werden die VerursacherInnen in keinsten Weise zur Verantwortung gezogen. Im Falle des Klimawandels ist es kaum möglich ein bestimmtes Ereignis als klare Konsequenz der Erderwärmung nachzuweisen. (vgl. UNDP 2007, S. 17) Eine faire Internalisierung der durch den Klimawandel entstandenen Kosten über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg erweist sich folglich nicht nur als schwierig, sondern auch als kaum durchführbar. Heute werden deshalb nur in geringem Ausmaß negative Externalitäten durch angemessene Finanz- oder Technologietransfers an Entwicklungsländer internalisiert. Die Unmöglichkeit der exakten Rückführung der Umweltzerstörung auf den Klimawandel oder den direkten Einfluss des Menschen erleichtert es den Industrie- und Schwellenländern sich der Verantwortung der Konsequenzen für den Menschen zu entziehen.

Wenn nachgewiesen werden kann, dass die Auswirkungen des Klimawandels zu einem höheren Konfliktrisiko bzw. zur Eskalation beigetragen haben, so würde dies im Rückschluss heißen, dass die Annex I-Länder auch eine Teilschuld daran tragen. Dies würde bedeuten, dass jede/r einzelne BürgerIn dieses Planeten aufgrund ihres/seines CO<sub>2</sub> Ausstoßes zu einem kleinen Teil zu einem erhöhten Konfliktrisiko beigetragen hat, wobei der Anteil der BewohnerInnen der Annex-I-Länder aufgrund deren durchschnittlich größerem ökologischen Fußabdruck relativ höher ist:

*„When people in an American city turn on the air-conditioning or people in Europe drive their cars, their actions have consequences. Those consequences link them to rural communities in Bangladesh, farmers in Ethiopia and slum dwellers in Haiti. With these human connections come moral responsibilities (...)”* (UNDP 2007, S. 10)

Von einer ausschließlichen Rückführung der Konflikteskalation auf den Klimawandel muss jedoch eindeutig abgesehen werden:

*“depleted natural resources and livelihood transformations cannot on their own account for conflict, let alone armed conflict”* (de Waal, 2007c)

Jeder Konflikt hat stets mehrere Ursachen, nur eine umfassende Darstellung dieser lässt den Konflikt in seiner Gesamtheit verstehen.

#### **4.8.2 Konflikte als mögliche Ursache fortschreitender Umweltdegradation**

Zwischen Umweltdegradation und Konflikten besteht eine mögliche weitere Wirkungsbeziehung, welche im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht näher behandelt wurde, jedoch nun kurz angeführt werden soll. So kann möglicherweise nicht nur eine durch den Klimawandel verursachte Umweltveränderung zu einem erhöhten Konfliktrisiko beitragen, sondern auch die Austragung eines Konfliktes weitere katastrophale Umweltzerstörungen hervorrufen. Zu den Konflikten im Sudan nimmt das UNEP (2007, S. 72) wie folgt Stellung:

*„while many of the conflicts have been initiated partly by tension over the use of shared natural resources, those same resources have often been damaged by conflict”*

Sollte ein Konflikt ausschließlich um den Zugang zu Ressourcen ausgetragen werden, so müsste man annehmen, dass die Konfliktparteien das starke Interesse hegen, diese keiner weiteren Degradation auszusetzen. Im Falle der *Dschandschawid* musste beobachtet werden, dass diese die Menschen aus ihren Dörfern vertrieben und deren Entkoppelung von ihrer Heimat anstrebten. Durch die Vergiftung von Brunnen, die Verbrennung und Zerstörung von Häusern und die Entwurzelung von Bäumen zerstörten sie deren bisherige Lebensgrundlage. Die Betrachtung dieser Umgangsweise mit den Ressourcen Darfurs eröffnet, dass die *Dschandschawid* keine besondere Vorsicht an den Tag legten. Dies kann möglicherweise als Indikator dafür herangezogen werden, dass nicht in erster Linie um den Zugang zu den Ressourcen Weide- und Ackerland sowie Süßwasser gekämpft wird, sondern diese Konfliktlinie durch weitere überlagert wird. Ein Erklärungsansatz, welcher ausschließlich auf den Kampf um Ressourcen fokussiert, muss folglich ausgeschlossen werden.

#### **4.8.3 Die Forderungen zur Landverwaltung nach 2003**

Aufgrund des Fokus der vorliegenden Arbeit erfolgt eine Darstellung der Ereignisse bis zum Ausbruch des Krieges im Jahr 2003. Die während des Konfliktes durch arabische und afrikanische Stämme geäußerten Forderungen zur Landverwaltung erscheinen für die Analyse jedoch von Bedeutung und werden deshalb kurz dargestellt.

Bis 2005 findet sich in den Deklarationen der Rebellengruppen keinerlei Forderungen nach einer Regulierung der Verteilung und Verwaltung von Land. Tubiana (2007, S. 72)

begründet dies damit, dass diese nicht in die üblichen Stammeskonflikte zurückfallen wollten, sondern eben ‚national‘ agierend beabsichtigten die generelle Entwicklung Darfurs an die erste Stelle zu setzen. Ferner waren die RebellenführerInnen relativ jung und von den lokalen Gegebenheiten weniger eingenommen. Die Suche nach einer Lösung des Landverteilungsproblems tauchte erst wieder im 2006 unterzeichneten ‚*Darfur Peace Agreement*‘ (DPA) auf, in welchem schließlich eine Rückkehr zur Stammesverwaltung festgelegt wurde:

*“It recognized the traditional system of tribal land domains which the landless Ab-bala had the greatest interest in reforming, preferring modern law that would cement their war gains and give them legal access to pastureland and farmland.”*  
(Flint 2009, S. 31)

Ein Rückgriff auf dieses System bedeutete jedoch die Fortschreibung der Benachteiligung der Stämme, welche keine *dar*-Rechte hatten, sich jedoch gerade aufgrund ihres Kampfes für die Regierung Vorteile erhofften. Die gerechte Landzuweisung ist für die langfristige Konfliktlösung jedoch entscheidend, sollte diese nicht gegeben sein, besteht die Gefahr, dass es nach dem Abschluss eines Friedensabkommens über diesen Faktor abermals zum Konfliktausbruch kommt.

#### **4.8.4 Entscheidende Lösungsansätze für den Konflikt in Darfur**

Aufgrund der Fragestellungen der vorliegenden Arbeit werden im Rahmen dieses kurzen Abschnittes einige Lösungsansätze zur Rückführung der vertriebenen Bevölkerung und zur Landvergabe angeführt, welche für die Fortführung der bisherigen Lebensweisen der Darfuris bedeutend erscheinen.<sup>74</sup>

Laut UNO beläuft sich die Zahl der ‚*Internally Displaced People*‘ (IDP) auf eine Höhe von 2,7 Millionen, welche in über 65 Flüchtlingslagern Zuflucht fanden. (vgl. Amnesty International 2008, S. 1) Eine Rückführung dieser Menschen in das von ihnen bisher bewirtschaftete Land ist von größter Bedeutung, doch eine einfache Rückkehr zum alten System der Stammesverwaltung scheint sich als schwierig zu erweisen, denn die afrikanischen FarmerInnen stehen der Forderung, die arabischen halbnomadischen und nomadischen Stämme wieder auf ihrem Land willkommen zu heißen, aufgrund der im Krieg verübten Gewalttaten zurückhaltend gegenüber. Dementsprechend fürchten die Araber, dass die FarmerInnen ihnen abermals die Wege versperren und sie weder ihrer alten Lebensweise nachgehen können noch Land zugewiesen bekommen werden. Dies führt da-

---

<sup>74</sup> Für detailliertere Ansätze siehe hierzu unter anderem den Artikel der ICG (2004, S. iif) ‚*Darfur Rising: Sudans New Crisis*‘.

zu, dass die *Dschandschawid* das von ihnen in den letzten Jahren besetzte Land nicht zurück geben möchten. (vgl. Tubiana 2007, S. 88) Trotz alledem gab es bei den Friedensverhandlungen zum ‚*Darfur Peace Agreement*‘ (DPA) von 2006 einen Rückgriff auf die Stammesverwaltung, wie eine Rückführung der Flüchtlinge jedoch durchgeführt werden soll, wurde im Abkommen nicht weiter spezifiziert. Im Rahmen zukünftiger Friedensverhandlungen und möglicher Verträge muss die problemlose Rückkehr der IDPs unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen geregelt werden. Méndez (2006, S. 60) äußert sich zur Regelung der Landvergabe wie folgt:

*„specific measures to address property and land usage rights will be indispensable to achieve peace and restore relations between nomadic herders and sedentary agriculturalist tribes“*

Die Landvergabe muss in einem zukünftigen Friedensabkommen zur Zufriedenheit aller gelöst und somit auch auf der untersten Ebene von Seiten aller Stämme akzeptiert werden. Sollte dies nicht der Fall sein, scheint die Gefahr eines abermaligen Ausbruchs des Konfliktes in der Phase der Friedenskonsolidierung über diesen Faktor besonders groß, da Landansprüche abermals zum Zusammenstoß der verschiedenen Stämme führen können. In dieser Erarbeitung kommt erschwerend hinzu, dass die Konfliktzonen für die wissenschaftliche Datensammlung von der Regierung oftmals verschlossen bleiben und der wahre Stand der erneuerbaren Ressourcen im Sudan somit unbestimmt bleibt. (vgl. UNEP 2007, S. 92) Ferner erweist es sich als problematisch, dass mit weiteren Klimaänderungen gerechnet werden muss und eine neuerliche Ressourcenknappheit somit abermals ein mögliches Friedensabkommen gefährden könnte.

## 5 Verminderungs- und Anpassungsmaßnahmen

Im vorliegenden Kapitel wird überblicksartig auf die Verminderungs- und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel eingegangen, welche gegebenenfalls das Risiko einer bewaffneten Konfliktaustragung reduzieren können. Besonderes Augenmerk liegt aufgrund des behandelten Themenkomplexes auf den möglichen Adaptionsmaßnahmen im Bereich der Bodenerhaltung und Wasserkonservierung. Für Menschen, deren Existenz von der Subsistenzwirtschaft abhängig ist, sind Vorkehrungen in diesem Bereich von größter Bedeutung. Das vorliegende Kapitel kann jedoch nur als kleiner Ausschnitt aus dem Repertoire möglicher Maßnahmen betrachtet werden und erhebt folglich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

### 5.1 Zur Verminderung des Klimawandels

Das IPCC versteht unter den möglichen Maßnahmen zur Verminderung der Klimaänderung folgendes:

*„Technological change and substitution that reduce resource inputs and emissions per unit of output. Although several social, economic and technological policies would produce an emission reduction, with respect to Climate Change, mitigation means implementing policies to reduce greenhouse gas emissions and enhance sinks.“ (IPCC 2007f, S. 84)*

Durch diese Maßnahmen wird bei der Ursache des Problems angesetzt und vorweg versucht den Ausstoß an CO<sub>2</sub> Emissionen zu minimieren und zu stabilisieren, wodurch die bereits unabänderlich eingetretenen Konsequenzen nicht verschlimmert werden sollen. Um eine globale Reaktion auf die Ursache des Klimawandels ermöglichen zu können, wurde 1992 die UNFCCC beschlossen, deren 192 Mitglieder sich jährlich im Rahmen der COP treffen. 184 dieser Länder unterzeichneten das 1997 aufgesetzte Kyoto-Protokoll, welches schließlich 2005 in Kraft trat. In diesem verpflichteten sich die UNFCCC Annex I-Länder, zu denen die meisten OECD-Staaten und Schwellenländer zählen, eine Reduktion ihrer anthropogenen Treibhausgasemissionen um mindestens 5% unter den Stand von 1990 innerhalb des Verpflichtungszeitraums von 2008 bis 2012 vorzunehmen. Da dieses 2012 ausläuft, arbeitet das UNFCCC an einem neuen Abkommen. Die Schwierigkeit eine Übereinkunft von 192 Staaten zu erreichen wurde anhand der im Dezember 2009 gescheiterten Klimakonferenz in Kopenhagen deutlich sichtbar. Auf dieser konnte im Rahmen des ‚Copenhagen Accord‘ nur ein Minimalkonsens erarbeitet werden welcher das Ziel, die Erderwärmung auf weniger als 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Ni-

veau zu begrenzen, festlegte. Diese Vereinbarung wurde jedoch von zahlreichen Staaten nur „zur Kenntnis genommen“ und ist ferner nicht bindend. Tatsächlich existieren jedoch Anreize, welche den Abschluss derartiger Vereinbarungen fördern können, hierzu zählt bspw., dass durch den technologischen Fortschritt möglicherweise ein erhöhtes Wirtschaftswachstum in Gang gesetzt werden könnte. Ferner ergibt sich aus der Analyse von Stern (2006b, S. vif), dass eine frühzeitige Stabilisierung der Treibhausgasemissionen zwischen 500 und 550 ppm CO<sub>2</sub> Äqu. mit geringeren Kosten einhergeht, als eine späte Reaktion auf die eingetretenen Konsequenzen des Klimawandels, welche sich auf 5 bis 20% des globalen GDP pro Jahr belaufen könnte.

Der relativ große ökologische Fußabdruck der Industrie- und Schwellenländer eröffnet, dass diese die Hauptverursacherinnen des Klimawandels darstellen und somit zur Gefährdung der Existenz von Menschen, deren Produktionssystem auf der Subsistenzwirtschaft beruht, beitragen. (vgl. UNDP 2007, S. 14) Dass der Klimawandel keine nationalstaatlichen Grenzen kennt und Menschen nun auf neue Art und Weise miteinander verbunden sind, wird anhand des folgenden Zitates ersichtlich:

*„When people in an American city turn on the air-conditioning or people in Europe drive their cars, their actions have consequences. Those consequences link them to rural communities in Bangladesh, farmers in Ethiopia and slum dwellers in Haiti. With these human connections come moral responsibilities, including a responsibility to reflect upon – and change – energy policies that inflict harm on other people or future generations.“* (UNDP 2007, S. 10)

Daraus ergibt sich eine Verantwortung der Industrie- oder Schwellenländern bei der Entschärfung der Konsequenzen mitzuwirken, weshalb Verminderungsmaßnahmen im weitesten Sinne möglicherweise als der Vermeidung von Konflikten zuträglich beurteilt werden können. Auch lokale Umstellungen der Landnutzungsänderungen in Entwicklungsländern im Bereich der Abholzung, der Überweidung, der Überkultivierung und des Missmanagements von Wasserressourcen können zu einer Verminderung der CO<sub>2</sub> Emissionen und der Erhaltung der lokalen Bodenqualität beitragen, deren Beitrag zum Gesamtausstoß an Treibhausgasen kann jedoch als verschwindend gering beurteilt werden.

## **5.2 Zur Anpassung an den Klimawandel**

In zahlreichen Staaten sind die Auswirkungen des Klimawandels bereits heute deutlich erkennbar. Diese Länder müssen sich folglich bereits an die eingetretenen Konsequenzen anpassen und sich vor weiteren Folgen mit Hilfe der richtigen Investitionen absichern. Das IPCC definiert die Anpassung an den Klimawandel folgendermaßen:

*“Initiatives and measures to reduce the vulnerability of natural and human systems against actual or expected climate change effects. Various types of adaptation exist, e.g. anticipatory and reactive, private and public, and autonomous and planned. Examples are raising river or coastal dikes, the substitution of more temperature-shock resistant plants for sensitive ones, etc.” (IPCC 2007f, S. 76)*

Die Anpassungsmaßnahmen erscheinen oftmals als Angelegenheit der Nationalstaaten, für Entwicklungsländer ergeben sich hierbei jedoch zahlreiche Probleme, so mangelt es diesen bspw. oftmals an den finanziellen Ressourcen. Obwohl die Entwicklungsländer zum Klimawandel kaum beigetragen haben, stellen diese ferner die Hauptbetroffenen dar. Ein Internalisierungsprozess, bei dem durch entsprechende finanzielle Unterstützung seitens der Hauptverursacherinnen eine Stärkung ihrer Position erfolgt, wäre demnach angebracht. Diese Vorgehensweise kann ansatzweise im Copenhagen Accord wiedergefunden werden, welcher für Anpassungsmaßnahmen einen Finanztransfer an Entwicklungsländer von 30 Milliarden Dollar von 2010-12 und 100 Milliarden Dollar bis 2020 festschreibt. Im Lichte der von Stern (2006b, S. vif) festgelegten Investitionen kann diese Summe jedoch als zu gering eingestuft werden.

UNEP und ICRAF (2006, S. 40ff) führen in ihrer Analyse zur Sahelzone einige praktische Maßnahmen an, durch welche die Vulnerabilität der Großteils auf der Subsistenzwirtschaft beruhenden Gesellschaften reduziert werden kann. Diese sprechen sich für eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen regionalen und internationalen Klimaforschungszentren aus, wodurch es FarmerInnen ermöglicht werden soll so früh wie möglich auf die Daten zurückzugreifen und sich auf etwaige Unregelmäßigkeiten zeitgerecht einzustellen. Ferner empfehlen diese die Einführung verbesserter Technologien im Bereich der Landwirtschaft, den Einsatz dürreresistenter Pflanzen sowie die Förderung der Diversifikation des Pflanzenanbaus. Verstärkte Investitionstätigkeiten in die Boden- und Wasserkonservierung und die Bekämpfung von Pflanzenschädlingen und -krankheiten, welche durch ein wärmeres Klima begünstigt werden, sollen ebenso zur Aufrechterhaltung der Existenzgrundlage der FarmerInnen beitragen. Die beiden Institutionen sprechen sich für die Entwicklung von kleinen Bewässerungssystemen und verbesserten Lagersystemen aus, wodurch es FarmerInnen ermöglicht werden soll, Nahrung und Getreide langfristig aufzubewahren. Diese müssten dadurch ihr Getreide nach der Ernte aufgrund des üblicherweise drohenden Befalls von Insekten nicht verkaufen und es später zu teureren Preisen wieder kaufen. UNEP und ICRAF (ebenda) unterstützen im Weiteren die Förderung der Agroforstwirtschaft, bei welcher es zur Kombination des Anbaus von Pflanzen und Bäumen kommt, die Verbesserung der Viehversorgung, welche vor allem in Dürreperioden ein Problem darstellen kann und die Entwicklung von speziellen ländlichen

Mikrokreditsystemen für mittelständische FarmerInnen. Ebenso sind Investitionen in die ländliche Infrastruktur, um im Falle von Katastrophen um Hilfe bitten zu können, und die Verbesserung der Anbindung an lokale, regionale und nationale Märkte, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, als Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel durchführbar. Eine intensive und gut organisierte Zusammenarbeit mit der Bevölkerung im Bereich der Wissensweitergabe ist hierbei unumgänglich. Die dadurch ermöglichte effektive Nutzung von erneuerbarer Ressourcen soll ferner dazu beitragen, dass halbnomadischen und nomadischen Stämmen mehr Weide- und Agrarland zugewiesen werden kann und diesen der Zugang zu Wasserquellen problemlos eröffnet wird.

Wie International Alert (2007, S. 10) betont, handelt es sich bei der Untersuchung der Auswirkungen des Klimawandels auf Konflikte um die Beobachtung der „*Konsequenzen der Konsequenzen*“. Buhaug, Gleditsch und Theisen (2008, S. 22f) untersuchen in ihrem Modell fünf mögliche Konfliktauslöser, welche durch die Wirkungen des Klimawandels eine Verschärfung erfahren könnten, zu diesen zählen bspw. politische und ökonomische Instabilität oder soziale Segmentation. Diese räumen ferner der Verletzlichkeit einer Gesellschaft große Bedeutung ein, je verletzlicher ein System ist, desto schwieriger erweist es sich für dieses die Konsequenzen des Klimawandels zu tragen. Setzt man somit bei der Förderung der ökonomischen Entwicklung, der Stärkung der politischen Stabilität oder der Verminderung der Armut an, reduziert sich die Verletzlichkeit des Systems gegenüber den Auswirkungen der Klimaänderung, es erhöht sich dessen Adaptionfähigkeit und ermöglicht es diesem in geeigneter Weise zu reagieren. Buhaug, Gleditsch und Theisen (2008, S. 40) nehmen hierzu wie folgt Stellung:

*“(...) the indirect effect of climate change via economic and institutional aspects of development implies that policies designed to promote sustainable economic growth and strengthen political institutions implicitly address important general risk factors.”* (Buhaug/Gleditsch/Theisen 2008, S. 40)

Auf die positiven spill-over-Effekte derartiger Maßnahmen soll deshalb ebenso hingewiesen sein.

Die angeführten Maßnahmen im Bereich der Bodenerhaltung und der Wasserkonservierung tragen zur Aufrechterhaltung der Existenzgrundlage der Menschen in Entwicklungsländern bei, dies kann auch im Falle Darfurs beobachtet werden. Ein gutes Management der erneuerbaren Ressourcen sowie die Förderung der technologischen Entwicklung können sicher stellen, dass die Menschen vor politischer und ökonomischer Instabilität oder der Armutsfalle bewahrt werden und folglich das Risiko einer möglichen Konfliktaustra-

gung reduzieren. Wie die verschiedenen Forschungsgruppen jedoch betonen, handelt es sich bei der Umweltdegradation nur um einen von vielen Konfliktfaktoren. Aufgrund der Interaktion verschiedener Größen, können die beschriebenen Vorschläge für eine generelle Minimierung des Konfliktrisikos nicht als hinreichend beurteilt werden, ausschließlich ein umfassender Ansatz, der die Entschärfung weiterer Konflikteskalationsfaktoren anstrebt, kann hierzu beitragen. Die erwähnten Ansätze können ebenfalls in der Phase der Friedenskonsolidierung Anwendung finden, doch auch hier gilt, dass sich ausschließlich ein Ansatz, der alle Umstände berücksichtigt, als wirkungsvoll erweisen wird.

## 6 Conclusio

Das IPCC (2007b, S. 2) konstatiert seit 1750 einen Anstieg der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre und führt als Ursache hierfür den Verbrauch fossiler Brennstoffe und die Landnutzungsänderungen durch den Menschen an. (IPCC 2007b, S. 2) Dies resultiert in einer Verstärkung des natürlichen Treibhauseffektes und bewirkt den zurzeit beobachtbaren Klimawandel. Somit beurteilt das IPCC die Menschheit unweigerlich als die Hauptverursacherin der Erderwärmung. Im Jahr 2004 umfassten die UNFCCC Annex I-Länder 20% der Weltbevölkerung, diese verursachten jedoch 46% der weltweiten Treibhausgasemissionen. (vgl. IPCC 2007d, S. 43) Somit weisen diese im Vergleich zu Entwicklungsländern einen relativ großen ökologischen Fußabdruck auf und sind für den Klimawandel hauptverantwortlich. (vgl. UNDP 2007, S. 14) (vgl. Müller/Fuentes/Kohl 2007, S. 34) Die bereits beobachtbaren Konsequenzen der erhöhten Treibhausgaskonzentrationen sind vielfältig, hierzu zählen unter anderem der Anstieg der mittleren globalen Luft- und Meerestemperatur und des Meeresspiegels sowie Änderungen in den Niederschlagsmengen auf allen Kontinenten, welche sich in intensiveren und länger andauernden Dürren oder Überschwemmungen äußern. (vgl. IPCC 2007b, S. 9) In Zukunft werden sich diese Entwicklungen noch verstärken und dadurch unter anderem eine Reduktion der Wasserverfügbarkeit in Trockengebieten und aufgrund der Ausdehnung der von Dürre betroffenen Gebiete einen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion hervorrufen. Mit diesen Konsequenzen sowie der Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen und dem Meeresspiegelanstieg gehen verheerende Auswirkungen für die Lebensweise der Menschen einher. (vgl. IPCC 2007b, S. 24f) Diese können vor allem dann als besonders einschneidend beurteilt werden, wenn die Menschen von der Subsistenzwirtschaft abhängig sind, weshalb vor allem die Bevölkerung der Entwicklungsländer am stärksten unter den Konsequenzen leidet und in Zukunft leiden wird. Ein schnelles Handeln zur Stabilisierung der Treibhausgasemissionen und die Entwicklung von Anpassungsmaßnahmen sollten folglich angestrebt werden.

Die Forschungsgruppe um Homer-Dixon untersuchte sechs Typen an Umweltveränderungen genauer, zu diesen zählen die Degradation von Wasser und Agrarland, die Entwaldung, die Erschöpfung von Fischbeständen, der Klimawandel und der Abbau der stratosphärischen Ozonschicht. Unter der Verknappung erneuerbarer Ressourcen verstehen diese eine Funktion, welche sich aus nachfrageinduzierter, angebotsinduzierter oder

struktureller Knappheit zusammensetzt. Diese drei Typen der Verknappung treten alleine oder in Interaktion mit einander auf, wobei hier oftmals die Muster der ‚Besitzergreifung von Ressourcen‘ und die ‚ökologische Marginalisierung‘ beobachtet werden können. Wenn ein Staat aufgrund von Marktversagen, sozialen Spannungen oder der eingeschränkten Verfügbarkeit von Human- und Finanzkapital keine entsprechenden Anpassungsmaßnahmen entwickeln kann, können fünf soziale intermediäre Effekte einsetzen: ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, eine Reduktion der wirtschaftlichen Produktivität, Migrationsströme, eine soziale Segmentation und die Schwächung von Regierungsinstitutionen. Ethnische Konflikte, Aufstände und Staatsstreiche können hierbei die Folge sein. Die Verknappung erneuerbarer Ressourcen ist jedoch niemals der einzige noch hinreichende Grund für Migration, Armut oder Gewalt, sondern interagiert stets mit anderen ökonomischen, politischen und sozialen Faktoren.

Die Forschungsgruppe um Bächler et al. (1996, S. 292f) erarbeitete zwei Thesen, wovon die erste besagt, dass umweltverursachte bewaffnete Konflikte ein Phänomen von Entwicklungs- und Übergangsgesellschaften darstellen, wenn aufgrund der vorhandenen Stratifizierung Spaltungslinien vorhanden sind, über die Auseinandersetzungen entstehen und vorangetrieben werden können. In diesem Kontext wurden sechs Umweltkonflikttypen erarbeitet, welche zwischen Zentrum und Peripherie, verschiedenen ethnischen Gruppierungen, EinwohnerInnen einer Region und den immigrierten Gruppen aus einem anderen Gebiet desselben Landes oder eines anderen Staates und zwischen den AnrainereInnen eines grenzüberschreitendes Flussbeckens, ausgetragen werden. Ebenso können Fernwirkungskonflikte konstatiert werden, bei welchen die Konsequenzen des Klimawandels oder der Zerstörung der Ozonschicht auf lokaler Ebene zu Konflikten führen. Ein Rückgriff auf organisierte Gewalt erfolgt bei diesen Konstellationen jedoch nur dann, wenn die AkteurInnen ihre Lage als unausweichlich erachten, ein Mangel an gesellschaftlichen Konfliktbearbeitungsmechanismen existiert, eine Instrumentalisierung der Umweltproblematik von verschiedenen AkteurInnen verfolgt wird, die Parteien eine Organisations-, Bündnis- und Bewaffnungsmöglichkeit haben und/oder die Auseinandersetzungen bereits in einer bestehenden Konfliktkonstellation stattfinden.

Buhag, Gleditsch und Theisen (2008, S. 6ff) heben in ihrer Analyse drei Konsequenzen des Klimawandels hervor, in welchen diese eine mögliche Gefahr für die menschliche Sicherheit sehen: die Verknappung und Variabilität erneuerbarer Ressourcen, der Meeresspiegelanstieg und die Zunahme bzw. Intensivierung der Umweltkatastrophen. Inwiefern diese jedoch tatsächlich eine Gefahr für die menschliche Sicherheit darstellen, hängt

von der Vulnerabilität und Adaptionkapazität der Gesellschaft ab. Zu den möglichen Auslösern sozialer Instabilitäten zählen Buhaug, Gleditsch und Theisen (2008, S. 18ff) politische Instabilität, Armut und ökonomische Instabilität, soziale Fragmentierung, Migration und unangemessene Reaktionen. Diese analysieren folglich inwiefern die Auswirkungen des Klimawandels auf diese Umstände einwirken und somit indirekt zu einem erhöhten Konfliktrisiko beitragen können. Erstens kann ein verringertes Staatseinkommen die Verteilung öffentlicher Güter behindern und somit die politische Legitimität einer Regierung in Frage stellen. Zweitens kann die erhöhte Knappheit erneuerbarer Ressourcen in einer durch die Subsistenzwirtschaft geprägten Ökonomie zur Erwerbslosigkeit zahlreicher Menschen und einem möglichen Verlust deren Lebensgrundlage führen. Drittens kann diese in heterogenen Gesellschaften opportunistische Eliten anziehen, die die sozialen Spannungen verstärken und die Bevölkerung somit gegenüber einer Radikalisierung anfälliger werden lassen. Viertens kann eine verringerte Ressourcenbasis Menschen dazu zwingen zu migrieren, wodurch diese in den Zuwanderungsgebieten größeren Druck auf die Ressourcen ausüben und somit das Potential für Radikalisierung und ethnischen Hass erhöhen. Fünftens können Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel Nebenwirkungen hervorbringen, die ebenso zu Konflikten führen oder die Erderwärmung als Verschleierungstaktik angewandt werden. Kontextuale Faktoren tragen entscheidend dazu bei, ob der Konflikt gewaltsam ausgetragen wird, zu diesen zählen die Konflikte in den angrenzenden Nachbarstaaten, soziale Ungleichheiten oder instabile Regierungen. Da die instabilsten und konfliktanfälligen Gesellschaften und Gebiete der Erde von der Erderwärmung am stärksten betroffen sein werden, stellt die Verknappung erneuerbarer Ressourcen in diesen unter zahlreichen Defiziten leidenden Gebieten folglich eine weitere Bürde dar. Die erläuterten Zusammenhänge können in einem erhöhten Konfliktrisiko münden, müssen jedoch nicht zwingendermaßen in einer gewaltsamen Konfliktaustragung enden.

Durch die Theorien wird offensichtlich, dass die Auswirkungen des Klimawandels vor allem dann eine Gefahr für die Lebensgrundlage der Menschen darstellen, wenn diese der Subsistenzwirtschaft nachgehen und aufgrund verschiedener Faktoren wie Marktversagen oder politischer Instabilität regionale Anpassungsmaßnahmen ausbleiben. Entwicklungsländer sind folglich nicht nur am stärksten vom Klimawandel betroffen, sondern aufgrund deren Vulnerabilität für ein höheres Konfliktrisiko auch am anfälligsten.

Das zentrale Gebiet Darfurs liegt in der Sahelzone, welche zu den ärmsten und am stärksten umweltdegradierten Gebieten der Erde zählt. Seit den späten 1960ern erfuhr diese seit der schriftlichen Festhaltung der Niederschlagsdaten ohne Präzedenzfall anhaltende Dürreperiode, die Niederschlagswerte befanden sich überwiegend unter dem langzeitigen Mittelwert, wobei die stärksten Anomalien in den frühen 80er Jahren beobachtet werden konnten. Auch in der Region Darfur musste ein langfristiger Rückgang zwischen den Zeitperioden 1946-1976 und 1976-2005 in der Spanne von 16 bis 34 Prozent konstatiert werden. Über die letzten 30 Jahre bewegte sich die Erforschung der physikalischen Ursachen dieser wiederkehrenden Dürren und der damit einhergehenden Desertifikation entlang zweier paralleler Richtungen. Eine dieser beiden ging davon aus, dass der Mensch durch seine Art der Nutzung des Bodens und der Pflanzendecke für die Umweltveränderungen verantwortlich sei. Auf der UNCOD im Jahr 1977 wurde die im Sahel einsetzende Desertifikation auf die folgenden vier Hauptgründe zurück: Überkultivierung, Überweidung, Abholzung und Missmanagement von Wasserressourcen bzw. bewässertem Land. (vgl. UNCCD 2009) Bei allen vier Punkten handelt es sich um direkte Eingriffe in den Bereich der erneuerbaren Ressourcen, welche sich als höchst interdependent erweisen und die Regenerationsfähigkeit und Fruchtbarkeit des Bodens lokal verringern, wodurch es zu Desertifikationsprozessen kommt. Dies kann auf eine Rückkopplung zwischen der atmosphärischen Zirkulation und den Prozessen auf der Landoberfläche zurückgeführt werden. Die Eingriffe führen jedoch ebenso zu einem erhöhten Ausstoß von Treibhausgasen und tragen somit zu einem verstärkten Treibhauseffekt bei. Ein weiterer Forschungsstrang widmet sich der Reaktion der Atmosphäre auf den Anstieg der durchschnittlichen Meeresoberflächentemperatur und erachtete diese als die Hauptursache für die in der Sahelzone veränderten Niederschlagsmuster. Dadurch kommt es zu Bodenbedeckungsänderungen, welche durch die Interaktion zwischen Land und Atmosphäre abermals vorangetrieben werden können. (vgl. Giannini/Saravanan/Chang 2003, S. 1027f)

Wie eine genaue Betrachtung der Daten vermittelt, ist es weit schwieriger, die in der Sahelzone oder in Darfur anhaltenden Dürreperioden und die stattfindende Desertifikation ausschließlich auf den anthropogen verstärkten Treibhauseffekt zurückzuführen. Das UNEP meint hierzu, dass im Falle Sudans sowohl der Maßstab und die Dauer der Niederschlagsreduktion als auch die Landnutzungsänderungen vor Ort zu einer Transformation des bisherigen Lebensraumes in Wüste führten. Die Ergebnisse des UNEP decken sich hier folglich in gewisser Weise mit dem Conclusio von Zeng (2003, S. 1000), welcher

meint, dass eine Kombination und Interaktion verschiedener Faktoren zu den anhaltenden Dürreperioden in der Sahelzone beitrug. Zu diesen zählen der Anstieg der Meeresoberflächentemperatur, die natürlichen Vegetationsprozesse sowie die beobachtbaren lokalen Landnutzungsänderungen. (vgl. Zeng 2003, S. 1000; vgl. UNEP 2007, S. 62f) Eine im Falle des Sudan ausschließliche Ausweisung der Dürreperioden und der Desertifikation als Konsequenz des globalen Klimawandels ist folglich aufgrund der komplexen Interaktionen im Umweltsystem und anderen Einflussfaktoren nicht möglich. Gemäß den Untersuchungen von Giannini, Saravanan und Chang (2003) kann jedoch geschlossen werden, dass das Austrocknen von Subsahara Afrika in bedeutendem Maße von der vom Menschen global verursachten Klimaänderung induziert wurde, und dass die darauf einsetzenden natürlichen Vegetationsprozesse ferner auf die Variabilität der Niederschläge wirkten.

Im Konflikt in Darfur kann die von Homer-Dixon (1991, 1994, 1998) vorgenommene Einteilung in nachfrageinduzierte, angebotsinduzierte und strukturelle Ressourcenknappheit Mitte der 80er Jahre wiedergefunden werden kann. Zwar hat der Klimawandel in erster Linie Auswirkungen auf das Angebot erneuerbarer Ressourcen, doch auch die Nachfrage nach diesen und die strukturelle Verteilung bestimmen darüber, ob eine Ressource als knapp bezeichnet werden muss. Im Falle Darfurs ergab sich durch gewisse Landnutzungsänderungen, die Anfang der 80er Jahre einsetzende Dürreperiode und die voranschreitende Desertifikation eine *angebotsinduzierte Knappheit*, welche teilweise auf den Klimawandel zurückgeführt werden kann. Ferner wurde mehr Land dem kommerziellen Obst- und Gemüseanbau zugeteilt, wodurch sich ebenso das Angebot an Weide- und Agrarland verringerte. Die *nachfrageinduzierte Knappheit* erfuhr vor allem durch ein rasantes Bevölkerungswachstum von 1,34 Millionen EinwohnerInnen im Jahr 1973 auf 6,48 Millionen im Jahr 2003 und den Anstieg des Viehbestandes eine Erhöhung. Aufgrund der Art der Landvergabe und -verwaltung in der Region kann ebenso eine *strukturelle Knappheit* konstatiert werden, denn die Dürren und die voranschreitende Desertifikation ließen die halbnomadischen und nomadischen Stämme des Nordens, welche keine *dar*-Rechte besitzen, sich ihrer benachteiligten Lage bewusster werden. (vgl. Homer-Dixon Blitt 1998, S. 5ff) Als bald daraufhin eine Hungersnot einsetzte, auf die von Seiten der Zentralregierung Numeiris nicht reagiert wurde, wurde offensichtlich, dass die nötigen Adaptionsmaßnahmen nicht getätigt werden. Da die Grundstruktur der Ökonomie Darfurs zum Großteil noch immer auf landwirtschaftlich-viehzüchterischer Autarkie ba-

siert, ist die Vulnerabilität der Region äußerst stark ausgeprägt. (vgl. Buhaug/Gleditsch/Theisen 2008, S. 6) Die Erosion der bisherigen Lebensweise der halbnomadischen und nomadischen Stämme resultierte in den sozialen intermediären Effekten einer beschränkten wirtschaftlichen Produktivität und der Migration dieser Stämme in die zentralen Gebiete Darfurs. (vgl. Homer-Dixon/Blitt 1999, S.223ff) (vgl. Bächler et al. 1996a, S. 293ff) Doch auch die dort ansässigen FarmerInnen waren von der Dürreperiode und der Hungersnot betroffen. Diese sperrten aufgrund des erhöhten Drucks auf die erneuerbaren Ressourcen in ihrem Versuch ihre Ernteerträge zu sichern die Wanderrouten und das Weideland der halbnomadischen und nomadischen Stämme ab. Da diese für die Existenz der NomadInnen jedoch entscheidend waren, kam es bald daraufhin zu Auseinandersetzungen zwischen den *Zaghawa* und *Maharia* einerseits und den *Fur* andererseits, wobei letztere von der Provinzregierung unterstützt wurden. Die bis dahin nur in Ansätzen bestehende soziale Segmentation zwischen afrikanischen und arabischen Stämmen erfuhr durch den Zusammenprall eine Verstärkung. Die Konsequenzen des Klimawandels resultierten folglich in einer Veränderung der Tiefenstrukturen und beeinflussten die gesellschaftliche Reproduktion dauerhaft. (vgl. Bächler et al. 1996, S. 318) Laut Bächler (1996) kann dies als ein regionalistischer Migrationskonflikt, welcher ebenso Züge eines ethnopolitischen Konfliktes aufweist, beurteilt werden. Doch die Spaltungslinie zwischen arabischen und afrikanischen Stämmen kann nur bedingt auf das erhöhte Armutsniveau zurückgeführt werden. (Buhaug/Gleditsch/Theisen 2008, S. 21) Der Konflikt erfuhr nach 1985 vor allem durch das regionale Umfeld eine bedeutende Verschärfung, denn durch den Sturz Numeiris und die Unterstützung al-Mahdis durch Gaddafi, war es dem libyschen Staatsoberhaupt möglich in der Region Fuß zu fassen. Von Seiten Libyens kam es zu einer Forcierung des arabischen Überlegenheitsdenkens und Herrschaftsanspruchs in der Region und zu einem beträchtlichen Waffenfluss Richtung Darfur. Aufgrund der Kriegssituation im Tschad und der Tatsache, dass Gaddafi die Region als Armeebasis im Hinterland nutzte, setzte bald daraufhin eine Einwanderung arabischer Stämme aus dem Nachbarland ein. Im Jahr 1987 kam es schließlich zu einem Zusammenschluss von 27 arabischen Stämmen, welche zum Großteil aus dem Tschad, jedoch ebenso aus dem Sudan stammten und ihre Waffen gegen den indigenen Stamm der *Fur* richteten. Die arabischen Stämme beabsichtigten sich langfristig in der Region niederzulassen und forderten deshalb Land, um sich den Zugang zu Ressourcen, politischer Macht und anderen Begünstigungen zu sichern. Die tschadischen Stämme suchten in Darfur jedoch in erster Linie aufgrund der im eigenen Land herrschenden Krisensitua-

tion und weniger aufgrund der Dürreperiode in der Sahelzone im fruchtbaren Gebiet Darfurs Zuflucht. In diesem Fall ist ihre Wanderbewegung folglich nur teilweise als Konsequenz des Klimawandels zu beurteilen. Wie es jedoch zu einer derart gewalttätigen Austragung des Konfliktes kam, wird durch die zweite These Bächlers anschaulich erläutert. Im Falle Darfurs kann von einer unausweichlichen Lage der AkteurInnen gesprochen werden, denn die erneuerbaren Ressourcen konnten in keinsten Weise substituiert werden. Ferner existierte aufgrund der Abschaffung der Stammesverwaltung ein Mangel an Regulierungsmechanismen, wodurch die Auseinandersetzungen im Rahmen von Versöhnungskonferenzen geschlichtet hätten werden können. Auch fand der Konflikt in einem Umfeld statt, welches es den arabischen Stämmen mit Hilfe Libyens ermöglichte, sich zu organisieren und zu bewaffnen, eine derartige Gelegenheit ergab sich auch später auch für die *Fur* durch die Unterstützung Habrés.

Unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges im Jahr 2003 bzw. in den 90er Jahren konnten in Darfur wieder erhöhte Niederschläge konstatiert werden. Die Umweltveränderungen der 80er Jahre wirkten jedoch in dieser Zeitperiode insofern nach, als die bisherigen Lebensweisen der Darfuris nach wie vor zerrüttet waren. Im Gegensatz zu den 80er Jahren wurde nun jedoch die sudanesishe Zentralregierung zu einem entscheidenden Akteur im Konflikt. So führte al-Bashir eine Föderalismusreform im Sudan durch und griff in die Stammesverwaltung Darfurs ein, als dieser *dar Masalit* in 13 Emirate unterteilte, wovon 8 an arabische *amirs* übergeben und somit deren politische Autorität unterminiert wurde. Daraufhin begannen sich die *Masalit* zu organisieren und es kam zu einem gewalttätigen Konflikt zwischen diesen und vom Militärregime unterstützten arabischen Stämmen. Die Zentralregierung stand in dieser und anderen Auseinandersetzungen zwischen den *Zaghawa* und den arabischen Stämme eindeutig hinter letzteren und stützte sie in ihrem Überlegenheitsdenken. Durch ihre gestärkte Position war es diesen möglich ihren Forderungen nach Acker- und Weideland, Selbstverwaltung und politischer Macht einen stärkeren Nachdruck zu verleihen. Der Zugang zu natürlichen Ressourcen war in den Kampfhandlungen zwar sicherlich von Bedeutung, die parteiischen Eingriffe der Zentralregierung produzierten jedoch oftmals erst die Konflikte, verstärkten die Polarisierung zwischen arabischen und afrikanischen Stämmen und trugen somit entscheidend zur Konflikteskalation bei. Als sich die IslamistInnen 1999 spalteten und sich al-Turabi nach Darfur wandte, befürchtete al-Bashir einen Sturz durch die JEM, welcher Verbindungen zu al-Turabi nachgesagt werden, von Darfur aus und von der PCP in Khartum. Al-Bashir bewaffnete deshalb verstärkt die *Dschandschawid* und ließ diese gegen die Rebellenbe-

wegungen vorgehen, welche ihre ersten Anschläge im Jahr 2003 verübten. Diese sahen sich von der zunehmenden arabischen Präsenz und der Unterminierung ihrer politischen Macht bedroht, erkannten jedoch, dass die arabischen Stämme vom Zentrum bewaffnet wurden, weshalb sich diese in ihrem Kampf gegen die Zentralregierung wandten und unter anderem die politische Partizipation und die Förderung der ökonomischen Entwicklung der gesamten Region forderten. Die Regierung machte folglich von einer bereits bestehenden Konfliktlinie Gebrauch und porträtierte die Auseinandersetzungen in der Weltöffentlichkeit als Stammeskonflikte, welche um erneuerbare Ressourcen ausgetragen werden. Hier trifft folglich die These von Kahl (2006, S. 29) zu, welcher anführt, dass Eliten derartige Spaltungen zu ihren eigenen Gunsten nutzen können, dadurch zu einer erhöhten politischen Instabilität beitragen und nicht an der Stabilisierung der Situation interessiert sind. Das auf Individualebene und Gruppenebene erhöhte Armutsniveau erwies sich für die Rekrutierung von Seiten der Zentralregierung somit als durchaus positiv. (vgl. Buhaug/Gleditsch/Theisen 2008, S. 24) Der Zugang zu erneuerbaren Ressourcen, die Selbstverwaltung, die politische Macht und die Kriegsbeute stellten in diesem Kontext einen Anreiz für die *Dschandschawid* in ihrem Kampf für die Zentralregierung und gegen die Rebellenbewegungen dar. Bei diesen handelt es sich jedoch nicht um einen sich selbst organisierenden und einheitlich agierenden Akteur. Diese nutzten die Bewaffnung durch die Zentralregierung im eigenen Interesse genauso wie die Zentralregierung von den Milizen profitierte. (vgl. Flint 2009, S. 14f) Die Konsequenzen des Klimawandels wirkten in den 90er Jahren zwar insofern nach, als die bisherigen Lebensumstände der Darfuris erodiert waren, doch das regionale Umfeld und die Interessen der Eliten erwiesen sich in der Konflikteskalation als entscheidender. (vgl. Buhaug/Gleditsch/Theisen 2008, S. 21)

Abschließend kann gesagt werden, dass die in den Modellen präsentierten Zusammenhänge zwischen Umweltdegradation und Konflikten für lokal begrenzte Auseinandersetzungen sicherlich ihre Gültigkeit beanspruchen können, in der Entstehung eines Krieges, wie er in Darfur konstatiert werden muss, ist jedoch das Auftreten weiterer Konflikteskalationsfaktoren sehr wahrscheinlich. Bei der genauen Analyse der Region Darfur wird deutlich, dass die Verbindungen äußerst komplex sind und die Umweltdegradation eine Ursache von vielen, jedoch weder die einzige noch hinreichende für die gewaltsame Konflikteskalation darstellt. (vgl. Homer-Dixon 1999, S. 16) Bei voreiligen Schlüssen und Verbindungen zwischen den Konsequenzen der Erderwärmung und Konflikten muss folglich größte Vorsicht geboten werden. Zwar wird der Umweltfaktor in Zukunft durch

die verstärkt sichtbar werdenden Auswirkungen des Klimawandels immer mehr ins Zentrum der Analyse rücken, jedoch wäre es verfehlt andere Faktoren in der Konfliktanalyse deshalb auszuschalten. Um eine genaue Erforschung der vielfältigen Konfliktursachen werden auch die zukünftigen Forschergenerationen nicht herumkommen. Es kann jedoch geschlossen werden, dass aufgrund der besonderen Bedeutung des Zugangs zu erneuerbaren Ressourcen in Subsistenzwirtschaften, die Gefahr als äußerst groß eingestuft werden kann, dass nach der Befriedung einer Gesellschaft der Konflikt über diesen Faktor abermals eskaliert, sollte keine zufriedenstellende Regelung für alle AkteurInnen gefunden worden sein.

Durch Verminderungsmaßnahmen wird bei der Ursache des Problems angesetzt und vorweg versucht, den Ausstoß an CO<sub>2</sub> Emissionen zu minimieren und zu stabilisieren. Da die Industrie- oder Schwellenländer Großteils die Erhöhung der Treibhausgase verursachen, tragen diese durchaus eine Verantwortung bei der Entschärfung der Konsequenzen mitzuwirken. Bei Anpassungsmaßnahmen, welche oftmals als Aufgabe der Nationalstaaten gesehen werden, ergeben sich für Entwicklungsländer meist zahlreiche Probleme, so mangelt es diesen bspw. an den finanziellen Ressourcen. Obwohl diese Länder zum Klimawandel kaum beigetragen haben, stellen diese jedoch die Hauptbetroffenen dar. Folglich sollte ein Internalisierungsprozess einsetzen, bei dem durch die entsprechende finanzielle Unterstützung von Seiten der Hauptverursacherinnen eine Stärkung ihrer Position erfolgt. Die Adaptionenmaßnahmen im Bereich der Bodenerhaltung und Wasserkonservierung sind für Menschen, deren Existenz von der Subsistenzwirtschaft abhängig ist, von größter Bedeutung. Die Vulnerabilität der Gesellschaft kann bspw. durch verbesserte Technologien im Bereich der Landwirtschaft und den Einsatz dürreresistenter Pflanzen vermindert werden. (vgl. UNEP/ICRAF 2006, S. 40ff) Setzt man ferner bei der Förderung der ökonomischen Entwicklung, bei der Stärkung der politischen Stabilität oder der Verminderung der Armut an, reduziert sich die Verletzlichkeit des Systems abermals und ermöglicht es diesem in geeigneter Weise auf Klimaänderungen zu reagieren. Verminderungs- und Anpassungsmaßnahmen können möglicherweise das Risiko einer bewaffneten Konfliktaustragung begrenzen. Aufgrund der Interaktion der Umweltdegradation mit weiteren Faktoren können die Vorschläge für eine generelle Minimierung des Konfliktrisikos jedoch nicht als hinreichend beurteilt werden, ausschließlich ein umfassender Ansatz, der die Entschärfung weiterer Konflikteskalationsfaktoren anstrebt, kann hierzu beitragen, selbiges gilt für die Phase der Friedenskonsolidierung.

## 7 Literatur- und Quellenverzeichnis

### 7.1 Werke und wissenschaftliche Artikel

Abdelrahman, Zakaria Mohamed Ali (2005): *Entwicklungschancen von Demokratie und Föderalismus in einem Entwicklungsland am Beispiel des Sudan im Vergleich zu Nigeria und Südafrika*. Download: [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=977001180&dok\\_var=d1&dok\\_ext=pdf&filename=977001180.pdf](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=977001180&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=977001180.pdf), 10.12.2009.

Abdul-Jalil, Musa Adam (2006): The Dynamics of Customary Land Tenure and Natural Resource Management in Darfur. in: Journal of Land Reform, Land Settlement and Cooperatives. 2006/2, S. 9-23, Download: <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/010/a0790t/a0790t.pdf>, 12.06.2009.

Abdul-Jalil, Musa Adam (2008): Nomad-sedentary relations and the question of land rights in Darfur: From complementarity to conflict. in: Rottenburg, Richard (Hrsg.): Nomadic-sedentary relations and failing state institutions in Darfur & Kordofan (Sudan). Halle (Saale), Orientwiss. Zentrum, S. 1-24.

Abdul-Jalil, Musa/Mohammed, Adam Azzain/Yousuf, Ahmed (2007): Native Administration and Local Governance in Darfur: Past and Future. in: De Waal, Alexander (Hrsg.): War in Darfur and the Search for Peace. Cambridge/Mass., Global Equity Initiative, Harvard Univ.

Akok, Garang (2007): Darfur: Krieg um Ressourcen oder ethnische Diskriminierung. in: Biel, Melha Rout/Leiß Olaf (Hrsg.): Politik in Ostafrika. Zwischen Staatszerfall und Konsolidierung. Frankfurt am Main, Wien [u.a.], Lang, S. 59-73.

AKUF (2009): Sudan (Darfur). Download: [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/301ak\\_sudan\\_darfur.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/301ak_sudan_darfur.htm), 28.05.2009.

AKUF (2009): Sudan. Download: [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/158ak\\_sudan.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/158ak_sudan.htm), 28.05.2009.

Amnesty International (2008): Sudan. Displaced in Darfur. A generation of anger. Download: <http://www.amnesty.ca/amnestynews/upload/AFR540012008.pdf>, 10.03.2010.

- van Ardenne-van der Hoeven, Agnes (Hrsg.) (2006): Explaining Darfur. Four lectures on the ongoing genocide. Amsterdam, Vossiuspers.
- Bächler, Günther/Böge, Volker/Klötzli, Stefan/Libiszewski, Stephan (1993): Umweltzerstörung: Krieg oder Kooperation? Ökologische Konflikte im internationalen System und Möglichkeiten der friedlichen Bearbeitung. Münster, Agenda-Verl.
- Bächler, Günther/Böge, Volker/Klötzli, Stefan/Libiszewski, Stephan/Spillmann, Kurt R. (1996a): Kriegsursache Umweltzerstörung. Ökologische Konflikte in der Dritten Welt und Wege ihrer friedlichen Bearbeitung. Band 1. Chur/Zürich, Rüegger.
- Bächler, Günther/Spillmann, Kurt R. (Hrsg.) (1996b): Kriegsursache Umweltzerstörung. Regional- und Länderstudien von Projektmitarbeitern. Band 2. Chur/Zürich, Rüegger.
- Bächler, Günther/Spillmann, Kurt R. (Hrsg.) (1996c): Kriegsursache Umweltzerstörung. Länderstudien von externen Experten. Band 3. Chur/Zürich, Rüegger.
- Bächler, Günther (2008): Interview mit Günther Bächler. Die Schwierigkeiten bei der Friedensförderung in Darfur. in: Gunda-Werner-Institut (Hrsg.): Hoffnungsträger 1325. Resolution für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa. Königstein in Taunus, Ulrike Helmer Verlag. S. 237-246.
- Behrends, Andrea (2008): Neither nomads versus settlers nor ethnic conflicts – The long history of changing alliances and politicized groups on the Chad/Sudan border. in: Rottenburg, Richard (Hrsg.): Nomadic-sedentary relations and failing state institutions in Darfur & Kordofan (Sudan). Halle (Saale), Orientwiss. Zentrum, S. 25-70.
- Biel, Melha Rout/Leiß, Olaf (Hrsg.) (2007): Politik in Ostafrika. Zwischen Staatszerfall und Konsolidierung. Frankfurt am Main, Wien [u.a.], Lang.
- Biel, Melha Rout/Roth, Maria/Majak, Isaac Wel (2005): Das Scheitern des Zusammenlebens zwischen arabischen und afrikanischen Stämmen im Sudan. Hintergründe, Akteure und Entwicklungsprognose. Frankfurt am Main, Wien [u.a.], Lang.
- Brown, Lester R. (1977): Redefining national security. Worldwatch Paper 14, Worldwatch Institute.

- Buhaug, Halvard/Gleditsch, Nils Petter/Theisen, Ole Magnus (2008): Implications of climate change on armed conflict. Download:  
[http://siteresources.worldbank.org/INTRANETSOCIALDEVELOPMENT/Resources/SDCCWorkingPaper\\_Conflict.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTRANETSOCIALDEVELOPMENT/Resources/SDCCWorkingPaper_Conflict.pdf), 28.03.2010.
- CNA (2007): National security and the threat of climate change. Download:  
<http://securityandclimate.cna.org/report/National%20Security%20and%20the%20Threat%20of%20Climate%20Change.pdf>, 17.08.2009.
- Cobham, Alex (2005): Causes of Conflict in Sudan: Testing the Black Book. Download:  
<http://www3.qeh.ox.ac.uk/RePEc/qeh/qehwps/qehwps121.pdf>, 24.09.2009.
- Collins, Robert O. (2006): Disaster in Darfur. Historical Overview. in: Totten, Samuel/Markusen, Eric (Hrsg.): Genocide in Darfur. Investigating the atrocities in the Sudan. New York, NY, [u.a.] Routledge. S. 3-24.
- Duden (2001): Fremdwörterbuch. 7. Aufl. Mannheim, Bibl. Institut & F.A. Brockhaus AG.
- Fadul, Abduljabbar Abdalla (2004): Natural Resources Management for Sustainable Peace in Darfur. in: University for Peace (Hrsg.): Environmental Degradation as a Cause of Conflict in Darfur. Conference Proceedings (Khartoum, Dec 2004), Download: [http://www.steinergraphics.com/pdf/darfur\\_screen.pdf](http://www.steinergraphics.com/pdf/darfur_screen.pdf), 28.04.2009.
- Flint, Julie (2009): Beyond ‚Janjaweed‘: Understanding the militias of Darfur. Download:  
[http://www.smallarmssurvey.org/files/portal/spotlight/sudan/Sudan\\_pdf/SWP-17-Beyond-Janjaweed.pdf](http://www.smallarmssurvey.org/files/portal/spotlight/sudan/Sudan_pdf/SWP-17-Beyond-Janjaweed.pdf), 17.03.2010.
- Fox, P./Rockström, J. (2003): Supplemental irrigation for dry-spell mitigation of rainfed agriculture in the Sahel. in: Agricultural Water Management 61, S. 29-50.
- Fraser, Leah (2002): Related Environment and Security Research. in: Global Environmental Change and Human Security: Conceptual and Theoretical Issues. Download: <http://www.gechs.uci.edu/gechsprdraffinal.pdf>, 03.08.2009.
- Giannini A./Saravanan R./Chang P. (2003): Oceanic Forcing of Sahel Rainfall on Interannual to Interdecadal Time Scales. in: Science 7 November 2003, Vol. 302, No. 5647, S. 1027 – 1030.

- Gleditsch, Nils Petter (1998): *Armed Conflict and the Environment: A Critique of the Literature*. in: *Journal of Peace Research*, Vol. 35, No. 3, Special Issue on Environmental Conflict (May 1998) S. 381–400.
- Gunda-Werner-Institut (Hrsg.) (2008): *Hoffnungsträger 1325. Resolution für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa*. Königstein in Taunus, Ulrike Helmer Verlag.
- Harir, Sharif (1994): 'Arab Belt' versus 'African Belt'. *Ethno-Political Conflict in Dar Fur and the Regional Cultural Factors*. in: Harir, Sharif/Terje Tvedt (Hrsg.): *Short-Cut to Decay: The Case of the Sudan*. Download: <http://www.nai.uu.se/publications/download.html/91-7106-346-3.pdf?id=25116>, 23.07.2009.
- Harir, Sharif/Tvedt, Terje (1994): *Short-Cut to Decay: The Case of the Sudan*. Download: <http://www.nai.uu.se/publications/download.html/91-7106-346-3.pdf?id=25116>, 23.07.2009.
- Hauge, Wenche/Ellingsen, Tanja (1998): *Beyond environmental scarcity: causal pathways to conflict*. in: *Journal of Peace Research* 35 (3), S. 299–317.
- HIK (2009a): *Methodik*. Download: <http://hiik.de/de/methodik/index.html>, 12.09.2009.
- HIK (2009b): *Methodik ab 2003*. Download: [http://hiik.de/de/methodik/methodik\\_ab\\_2003.html](http://hiik.de/de/methodik/methodik_ab_2003.html), 12.09.2009.
- Homer–Dixon, Thomas F. (1991): *On the Threshold. Environmental Changes as Causes of Acute Conflict*. in: *International Security*, Vol. 16, No. 2, (Autumn, 1991), S. 76–116.
- Homer–Dixon, Thomas F. (1994): *Environmental Scarcities and Violent Conflict. Evidence from Cases*. in: *International Security* Vol. 19, No. 1, (Summer, 1994), S. 5–40.
- Homer–Dixon, Thomas F. (1999): *Environment, Scarcity, and Violence*. Princeton, Princeton University Press.

- Homer-Dixon, Thomas F. (2007): Climate and environment, making sense of Sudan: Cause and Effect. Download: <http://blogs.ssrc.org/sudan/2007/08/02/cause-and-effect/>, 23.02.10.
- Homer-Dixon, Thomas F./Blitt, Jessica (Hrsg.) (1998): *Ecoviolence. Links Among Environment, Population, and Security*. Lanham, Rowman & Littlefield.
- Human Rights Watch (2004): Darfur documents confirm government policy of militia support. A human rights watch briefing paper. Download: <http://www.hrw.org/de/reports/2004/07/19/darfur-documents-confirm-government-policy-militia-support>, 25.02.2010.
- Ibrahim, Fouad N. (1984): *Ecological Imbalance in the Republic of the Sudan – with Reference to Desertification in Darfur*. Bayreuth, Druckhaus Bayreuth.
- Ibrahim, Fouad N. (2004a): Ideas on the background of the present conflict in Darfur. Download: [http://www.afrikafreundeskreis.de/docs/darfur\\_prof\\_ibrahim\\_5\\_04.pdf](http://www.afrikafreundeskreis.de/docs/darfur_prof_ibrahim_5_04.pdf), 12.10.2009.
- Ibrahim, Fouad N. (2004b): Völkermord in Darfur. Verbrannte Erde. in: *Bedrohte Völker (ehem. Pogrom) 228*, Download: <http://www.gfbv.it/3dossier/africa/darfur-ibra.html>, 12.10.2009.
- Ibrahim, Fouad N. (2006): Introduction to the Conflict in Darfur/West Sudan. in: van Ardenne-van der Hoeven, Agnes (Hrsg.): *Explaining Darfur. Four lectures on the ongoing genocide*. Amsterdam, Vossiuspers, S. 9-17.
- ICG (2004): *Darfur rising: Sudan's New Crisis. Executive Summary and recommendations*. Africa Report No. 76, Download: <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=2550>, 19.02.2010.
- International Alert (2007): *A climate of conflict. The links between climate change, peace and war*. Download: [http://www.international-alert.org/pdf/A\\_Climate\\_Of\\_Conflict.pdf](http://www.international-alert.org/pdf/A_Climate_Of_Conflict.pdf), 23.08.2009.
- ICRAF/UNEP (2006): *Climate Change and Variability in the Sahel Region: Impacts and Adaptation Strategies in the Agricultural Sector*. Download:

<http://www.unep.org/Themes/Freshwater/Documents/pdf/ClimateChangeSahelCombine.pdf>, 14.07.2009.

IPCC (2004): 16 Years of Scientific Assessment in Support of the Climate Convention. Download: <http://www.ipcc.ch/pdf/10th-anniversary/anniversary-brochure.pdf>, 12.04.2009.

IPCC (2007): Klimaänderung 2007: Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. Vorwort. Download: <http://www.ipcc.ch/pdf/reports-nonUN-translations/deutch/IPCC2007-Vorspann.pdf>, 28.04.2009.

IPCC (2007a): Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Download: [http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4\\_syr.pdf](http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf), 28.04.2009.

IPCC (2007b): Klimaänderung 2007: Wissenschaftliche Grundlagen. Beitrag der Arbeitsgruppe I zum Vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC) (Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger), Download: <http://www.ipcc.ch/pdf/reports-nonUN-translations/deutch/IPCC2007-WG1.pdf>, 28.04.2009.

IPCC (2007c): Klimaänderung 2007: Auswirkungen, Anpassung, Verwundbarkeiten. Beitrag der Arbeitsgruppe II zum Vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC) (Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger), Download: <http://www.ipcc.ch/pdf/reports-nonUN-translations/deutch/IPCC2007-WG2.pdf>, 28.04.2009.

IPCC (2007d): Klimaänderung 2007: Verminderung des Klimawandels. Beitrag der Arbeitsgruppe III zum Vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC) (Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger), Download: <http://www.ipcc.ch/pdf/reports-nonUN-translations/deutch/IPCC2007-WG3.pdf>, 28.04.2009.

IPCC (2007e): Autoren und Experten-Gutachter, Glossar, Abkürzungen, Akronyme, Einheiten. Download: <http://www.ipcc.ch/pdf/reports-nonUN-translations/deutch/IPCC2007-Annex.pdf>, 28.04.2009.

- IPCC (2007f): Annex I – VII. Download: [http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4\\_syr\\_appendix.pdf](http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr_appendix.pdf), 27.08.2009.
- Johnson, Douglas H. (2003): *The Root Causes of Sudan's Civil War*. Oxford [u.a.], James Currey [u.a.].
- Kahl, Colin (2006): *States, Scarcity, and Civil Strife in the Developing World*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Kevane, Michael/Gray, Leslie (2008): *Darfur: rainfall and conflict*. Download: <http://iopscience.iop.org/1748-9326/3/3/034006/pdf?ejredirect=migration>, 02.02.2010.
- Khalafalla, Khalid Y. (2005): *Der Konflikt in Darfur*. in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Vol. 4/2005, S. 40-46, Download: <http://www.bpb.de/files/HL1Y10.pdf>, 22.07.2009.
- Manger, Leif (2006): *Resource Conflict as a Factor in the Darfur Crisis in Sudan*. Download: [http://www.mpl.ird.fr/colloque\\_foncier/Communications/PDF/Manger.pdf](http://www.mpl.ird.fr/colloque_foncier/Communications/PDF/Manger.pdf), 12.07.2009.
- Matthew, Richard A./Fraser, Leah (2002): *Global Environmental Change and Human Security: Conceptual and Theoretical Issues*. Download: <http://www.gechs.uci.edu/gechsprdraffinal.pdf>, 03.08.2009.
- Morton, James (2004): *Conflict in Darfur. A different perspective*. Download: <http://www.htspe.com/pdfs/ConfDar.pdf>, 09.03.2010.
- Müller, Michael/Fuentes, Ursula/Kohl, Harald (Hrsg.) (2007): *Der UN-Weltklimareport: Berichte über eine aufhaltsame Katastrophe*. Köln, Kiepenheuer & Witsch.
- Norwegian Nobel Committee (2007): „The Nobel Peace Prize for 2007“, Download: [http://nobelprize.org/nobel\\_prizes/peace/laureates/2007/press.html](http://nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2007/press.html), 28. Juni 2009.
- O’Fahey, Rex S. (1980): *State and Society in Dar Fur*. London, Hurst.
- O’Fahey, Rex S. (2008): *The Darfur Sultanate. A history*. London, Hurst.

- Ophuls, William/Boyan, A. Stephen (1992): Ecology and the politics of scarcity revisited. The unraveling of the American dream. New York, Freeman.
- Prunier, Gérard (2007): Darfur: der "uneindeutige" Genozid. Aus dem Engl. von Gennaro Ghirardelli, Hamburg, Hamburger Ed.
- Rottenburg, Richard (Hrsg.) (2008): Nomadic-sedentary relations and failing state institutions in Darfur & Kordofan (Sudan). Halle (Saale), Orientwiss. Zentrum.
- Salehyan, Idean (2008): From Climate Change to Conflict? No Consensus Yet. in: Journal of Peace Research, Vol. 45, No. 3, S. 315-326.
- Salih, Mohamed (2005): Understanding the conflict in Darfur. Copenhagen, Centre of African Studies, Univ. of Copenhagen.
- Schneekener, Ulrich (2004): States at risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem. SWP-Berlin, S. 5-27.
- Schnellhuber, Hans Joachim (2006): Kipp-Punkte im Klimasystem. Interview. In gekürzter Fassung in: eins Entwicklungspolitik, März 2006.
- Snyder, Charles (2004): Perpetrators of violence in Darfur must be held accountable. Download: <http://www.america.gov/st/washfile-english/2004/June/20040618170042WCyeroC0.0307886.html>, 05.04.2010.
- Stern, Nicholas (2006a): Stern Review: The Economics of Climate Change. Download: [http://www.hm-treasury.gov.uk/stern\\_review\\_report.htm](http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm), 23.05.2009.
- Stern, Nicholas (2006b): Stern Review: The Economics of Climate Change. Summary of Conclusions. (short) Download: [http://www.hm-treasury.gov.uk/sternreview\\_translations.htm](http://www.hm-treasury.gov.uk/sternreview_translations.htm), 23.05.2009.
- Strube-Edelmann, Birgit (2006): Der Darfur Konflikt – Genese und Verlauf. Download: [http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2006/Der\\_Darfur\\_-\\_Konflikt\\_-\\_Genese\\_und\\_Verlauf.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2006/Der_Darfur_-_Konflikt_-_Genese_und_Verlauf.pdf), 23.09.2009.
- Suliman, Mohamed (1996): War in Darfur or the Desert versus the Oasis Syndrome. in: Bächler, Günther/Spillmann, Kurt R. (Hrsg.): Kriegsursache Umweltzerstörung.

Regional- und Länderstudien von Projektmitarbeitern. Band 2. Chur/Zürich, Rüegger.

Thielke, Thilo (2006): Krieg im Lande des Mahdi. Darfur und der Zerfall des Sudan. Essen, Magnus.

Totten, Samuel/Markusen, Eric (Hrsg.) (2006): Genocide in Darfur. Investigating the atrocities in the Sudan. New York, NY, [u.a.] Routledge.

Le Treut, H., R. Somerville, U. Cubasch, Y. Ding, C. Mauritzen, A. Mokssit, T. Peterson and M. Prather (2007): Historical Overview of Climate Change. In: Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Solomon, S., D. Qin, M. Manning, Z. Chen, M. Marquis, K.B. Averyt, M. Tignor and H.L. Miller (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA.

Tubiana, Jérôme (2007): Darfur: A War for Land? in: De Waal, Alexander (Hrsg.): War in Darfur and the Search for Peace. Cambridge/Mass., Global Equity Initiative, Harvard Univ. S. 68-91.

Tubiana, Jérôme (2005): Le Darfour, un conflit identitaire? in: Afrique contemporaine, 214, S. 165-206, Download: <http://www.cairn.info/revue-afrique-contemporaine-2005-2-p-165.htm>, 07.02.2010.

Tuchman Mathews, Jessica (1989): Redefining Security. in: Foreign Affairs, Vol. 68 No. 2 (Spring 1989), S. 162-188.

UNCCD (2009): The Causes of Desertification. Fact Sheet 2. Download: [http://www.unccd.int/publicinfo/factsheets/pdf/Fact\\_Sheets/Fact\\_sheet\\_02eng.pdf](http://www.unccd.int/publicinfo/factsheets/pdf/Fact_Sheets/Fact_sheet_02eng.pdf), 22.09.2009.

UNCCD (1994): United Nations Convention to Combat Desertification in those Countries experiencing serious Drought and/or Desertification, particularly in Africa. Download: <http://www.unccd.int/convention/text/pdf/conv-eng.pdf>, 03.06.2009.

UNCTAD (2006): UN list of LDCs after the 2006 triennial review. Download: <http://www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=3641&lang=1>, 24.09.2009.

- UNDP (2007): Human Development Report 2007/2008. Fighting climate change: Human solidarity in a divided world. (Summary) Download:  
[http://hdr.undp.org/en/media/HDR\\_20072008\\_Summary\\_English.pdf](http://hdr.undp.org/en/media/HDR_20072008_Summary_English.pdf), 06.04.2009.
- UNDP (2009): Human Development Report 2009. Overcoming barriers: Human mobility and development. Download:  
[http://hdr.undp.org/en/media/HDR\\_2009\\_EN\\_Complete.pdf](http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2009_EN_Complete.pdf), 27.01.2010.
- UNEP (2007): Sudan Post-Conflict Environmental Assessment. UNEP, Nairobi.
- UNFCCC (1992): United Nations Framework Convention on Climate Change. Download: <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/conveng.pdf>, 13.05.2009.
- University for Peace (Hrsg.) (2004): Environmental Degradation as a Cause of Conflict in Darfur. Conference Proceedings (Khartoum, Dec 2004), Download:  
[http://www.steinergraphics.com/pdf/darfur\\_screen.pdf](http://www.steinergraphics.com/pdf/darfur_screen.pdf), 28.04.2009.
- UNSudanIG (2008): Darfur Humanitarian Profile No. 33. Download:  
[http://www.unsudanig.org/docs/DHP33\\_narrative\\_1%20October%202008.pdf](http://www.unsudanig.org/docs/DHP33_narrative_1%20October%202008.pdf), 10.03.2010.
- de Waal, Alexander (2004): Who are the Darfurians? Arab and African Identities, Violence and External Engagement. Download:  
<http://conconflicts.ssrc.org/hornofafrica/dewaal/>, 03.07.2009.
- de Waal, Alexander (Hrsg.) (2005): Famine that kills. Darfur, Sudan. Oxford, Oxford University Press.
- de Waal, Alexander (Hrsg.) (2007a): War in Darfur and the Search for Peace. Cambridge/Mass., Global Equity Initiative, Harvard Univ.
- de Waal, Alexander (2007b): Sudan: The Turbulent State. in: de Waal, Alexander (Hrsg.): War in Darfur and the Search for Peace. Cambridge/Mass., Global Equity Initiative, Harvard Univ., S. 1-38.
- de Waal, Alexander (2007c): Is climate change the culprit for Darfur. Download:  
<http://blogs.ssrc.org/sudan/2007/06/25/is-climate-change-the-culprit-for-darfur/>, 27.08.09.

- de Waal, Alexander/Flint, Julie (2005): Darfur. A short history of a long war. London, Zed.
- de Waal, Alexander/Flint, Julie (Hrsg.) (2008): Darfur: a new history of a long war. London, Zed.
- WBGU (2003): Über Kioto hinaus denken - Klimaschutzstrategien für das 21. Jahrhundert. Sondergutachten. Download: [http://www.wbgu.de/wbgu\\_sn2003.pdf](http://www.wbgu.de/wbgu_sn2003.pdf), 10.12.2009.
- WBGU (2007a): Welt im Wandel. Sicherheitsrisiko Klimawandel. Download: [http://www.wbgu.de/wbgu\\_jg2007.pdf](http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.pdf), 04.04.2009.
- WBGU (2007b): Neue Impulse für die Klimapolitik: Chancen der deutschen Doppelpräsidentschaft nutzen. Politikpapier. Download: [http://www.wbgu.de/wbgu\\_pp2007.pdf](http://www.wbgu.de/wbgu_pp2007.pdf), 10.12.2009.
- WCED (1987): Our Common Future: Report of the World Commission on Environment and Development. Download: <http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm>, 27.07.2009.
- Welzer, Harald (2008): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Frankfurt am Main, S. Fischer.
- World Bank (2008): Key Development Data and Statistics. Sudan. Download: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/DATASTATISTICS/0,,contentMDK:20535285~menuPK:1192694~pagePK:64133150~piPK:64133175~theSitePK:239419,00.html>, 16.09.2009.
- Young, Helen (et al) (2005): Darfur: Livelihoods under siege. Executive Summary and Recommendations. Download: [http://www.odi.org.uk/events/sudan\\_april05/15april/Sudan\\_Livelihoods.pdf](http://www.odi.org.uk/events/sudan_april05/15april/Sudan_Livelihoods.pdf), 04.03.2010.
- Zeng, Ning (2003): Drought in the Sahel. in: Science, Vol. 302 7. November 2003.
- Autor unbekannt (2000): The Black Book: Imbalance of Power and Wealth in Sudan. Übersetzung nach Abdullahi Osman El-Tom, Download:

[http://www.sudanjem.com/2004/sudan-alt/english/books/blackbook\\_part1/book\\_part1.asp.htm](http://www.sudanjem.com/2004/sudan-alt/english/books/blackbook_part1/book_part1.asp.htm), 27.07.2009.

## **7.2 Zeitungsquellen**

Baldauf, Scott (2007): Climate change escalates Darfur crisis. Less rainfall on the fringes of the Sahara Desert is putting more of a strain on resources than ever before. in: The Christian Science Monitor, Ed. 27.07.2007, Download: [www.csmonitor.com/2007/0727/p01s04-woaf.html](http://www.csmonitor.com/2007/0727/p01s04-woaf.html), 16.07.2009.

Ban, Ki Moon (2007): A climate culprit in Darfur. in: The Washington Post, 16.06.2007, S. A15, Download: [www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/06/15/AR2007061501857.html](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/06/15/AR2007061501857.html), 16.06.2009.

Faris, Stephan (2007): The real roots of Darfur. in: The Atlantic, April 2007, Download: [www.theatlantic.com/doc/200704/darfur-climate](http://www.theatlantic.com/doc/200704/darfur-climate), 16.07.2009.

Homer-Dixon, Thomas F. (2007): Terror in the weather forecast. Download: <http://www.nytimes.com/2007/04/24/opinion/24homer-dixon.html>, 17.08.2009.

Sina, Ralph (2009): Der verhinderte Weltklimaschützer. US-Kongress bestimmt Klimaschutz. Download: <http://www.tagesschau.de/ausland/usaklimaschutz102.html>, 7.1.2010.

de Waal, Alexander (2004): Die historischen Wurzeln des Darfur-Konflikts. Wie die Fur zu Afrikanern wurden. Download: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2004/09/10.mondeText.artikel,a0054.idx>, 15, 23. Juli 2009.

## **7.3 Abbildungen**

Millenium Ecosystem Assessment (2005): Dryland Systems. in: Ecosystems and Human Well-being: Desertification Synthesis, S. 20, Download: <http://www.millenniumassessment.org/documents/document.355.aspx.pdf>, 22. Juni 2009.

JISAO (2009): Sahel rainfall index (20-10N, 20W – 10E) Download: <http://www.jisao.washington.edu/data/sahel/#analyses>, 29. Juni 2009.

UNSudanIG (2007): Map 375 Sudan General Planning Map\_april 2007, Download:  
[http://www.unsudanig.org/library/mapcatalogue/sudan/data/planning/Map%20375%20sudan%20General%20Planning%20Map\\_april%202007.pdf](http://www.unsudanig.org/library/mapcatalogue/sudan/data/planning/Map%20375%20sudan%20General%20Planning%20Map_april%202007.pdf), 16. September 2009.

## **7.4 Internetquellen**

The Atlantic: <http://www.theatlantic.com/>

The Christian Science Monitor: <http://www.csmonitor.com/>

HIIK: <http://www.hiik.de>

IPCC: <http://www.ipcc.ch/>

Nobel Foundation: <http://nobelprize.org/>

Norwegian Nobel Institute: <http://nobelpeaceprize.org/>

New York Times: <http://www.nytimes.com/>

Sudan Tribune: <http://www.sudantribune.com>

UNCCD: <http://www.unccd.int/main.php>

UNCTAD: [www.unctad.org/](http://www.unctad.org/)

UNDP: <http://www.undp.org/>

UNFCCC: <http://unfccc.int/>

The Washington Post: <http://www.washingtonpost.com/>

WMO: <http://www.wmo.int/>

## **8 Anhang**

### **8.1 Abkürzungsverzeichnis**

AKUF	Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung
CDR	Conseil Démocratique Révolutionnaire
CPA	Comprehensive Peace Agreement
CUSA	Center for Unconventional Security Affairs
DDF	Darfur Development Front
DPA	Darfur Peace Agreement
DUP	Democratic Unionist Party
ENCOP	Environment and Conflict Project
FAN	Forces Armées du Nord

GECHS	Global Environmental Change and Human Security Project
GOS	Government of Sudan
HDI	Human Development Index
HIIK	Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung
ICG	International Crisis Group
ICRAF	International Center for Research in Agroforestry
ICSU	International Council for Science
IDP	Internally Displaced People
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change (WMO, UNEP)
JEM	Justice and Equality Movement
JISAO	Joint Institute for the Study of the Atmosphere and Ocean
MDG	Millennium Development Goals
NCP	National Congress Party
NIF	National Islamic Front
PCP	Popular Congress Party
PDF	Popular Defence Forces
PRIO	International Peace Research Institute
SLM/A	Sudan Liberation Movement/Army
SPLM/A	Sudan People Liberation Movement/Army
SSU	Sudanese Socialist Union
UNCCD	United Nations Convention to Combat Desertification in Countries Experiencing Serious Drought and/or Desertification, Particularly in Africa
UNCOD	United Nations Conference on Desertification
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNHCR	United Nations Higher Commissioner for Refugees
UNSudanIG	United Nations Sudan Information Gateway
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WCED	World Commission on Environment and Development, Brundtland Commission
WMO	World Meteorological Organization

## 8.2 Abbildungs- und Übersichtsverzeichnis

Abbildung 1: Anstieg der Temperaturen seit 1856.....	15
Abbildung 2: Anstieg der CO <sub>2</sub> Konzentration in der Atmosphäre seit 1856.....	17
Abbildung 3: Das Kernmodell der Verbindungen zwischen umweltbedingter Verknappung und Konflikten .....	25
Abbildung 4: Mögliche Wege zum Konflikt .....	33
Abbildung 5: Karte des Sudan .....	39
Abbildung 6: Die Sahelzone .....	46
Abbildung 7: Durchschnittliche Niederschlagsanomalien im Sahel 1900 – 2008.....	47
Abbildung 8: Regenfall an vier Wetterstationen um Darfur und Kordofan.....	48
Übersicht 1: Taxonomie an Umweltveränderungen, die zu Konflikten führen können....	32
Übersicht 2: Konfliktintensitäten lt. HIIK.....	43
Übersicht 3: Langfristige Niederschlagsreduktion in Darfur .....	47

## 8.3 Abstract

Zu Beginn der 90er Jahre versuchten einige Forschungsgruppen dem genauen Zusammenhang zwischen Umweltdegradation und Konflikten auf den Grund zu gehen und entwickelten dazu theoretische Modelle. Die durch den Klimawandel bereits konstituierbaren und in Zukunft abschätzbaren Umweltveränderungen rückten diese Theorien wieder zunehmend in den Fokus der Friedens- und Konfliktforschung. Die Diplomarbeit beleuchtet folglich die Fragestellung, ob der Klimawandel als Erklärungsansatz für die Entstehung oder Verschärfung von Konflikten herangezogen werden kann. In einem einleitenden Kapitel wird auf die Erderwärmung und die damit einhergehende Umweltdegradation eingegangen und im Anschluss werden die bereits entwickelten Theorien näher erläutert. Im darauffolgenden Kapitel erfolgt eine Analyse der Ereignisse in der Region Darfur, wobei die beobachtbare Umweltdegradation in den historischen Kontext eingebettet und somit ihr Einfluss auf die Konflikteskalation in den 1980er Jahren und dem 2003 einsetzenden Krieg beleuchtet wird. In einem abschließenden Teil der Arbeit wird auf die Anpassungs- und Verminderungsmaßnahmen näher eingegangen, der Fokus hierbei liegt jedoch auf den Adaptionenmaßnahmen in Entwicklungsländern.

At the beginning of the early 1990s some scientists in peace and conflict studies tried to illuminate the connection between environmental degradation and conflict. The environmental changes caused by an increase in greenhouse gases in the atmosphere put these theories back into the main focus of scientists. The thesis therefore tries to answer the question whether climate change can be an explanatory approach for the escalation or exacerbation of conflicts. An introductory chapter deals with climate change in general and the destruction it causes. A subsequent chapter presents the models and theories developed by scientists about the connection between environmental degradation and conflict. These theoretical approaches are then analyzed in regards to Darfur. A detailed overview of the tide of events during the 80s and 90s is given and the environmental changes experienced by the Darfuris are embedded in a broad historical context. The final chapter deals with adaptation and mitigation alternatives whereas the focus is on the latter one.

## 8.4 Curriculum Vitae

### **Persönliche Daten**

---

Name	Eva Hasiner
Staatsangehörigkeit	Österreich

### **Ausbildung**

---

09/2006 – 06/2007	<b>Auslandsjahr</b> , Université Paris Dauphine
seit 10/2004	<b>Studium der Volkswirtschaftslehre</b> , Universität Wien
seit 03/2004	<b>Studium der Politikwissenschaft</b> , Universität Wien
10/2003 – 02/2004	Studium der Internationalen Entwicklung, Universität Wien
09/1998 – 06/2003	Handelsakademie Gänserndorf

### **Bisherige Berufserfahrung**

---

07/2008 – 09/2008	<b>European University Center for Peace Studies (EPU)</b> , Österreich, Forschungsassistentz
06/2007 – 08/2007	<b>Österreichische Botschaft Washington D.C.</b> , USA, Wirtschaftsabteilung
07/2005 – 09/2005 08/2004	<b>Environmental Simulations International Ltd.</b> Großbritannien, Bereich Administration
08/2003 – 10/2003	<b>Haunschildt &amp; Partner Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsges. m.b.H.</b> , Österreich Abteilungen Buchhaltung und Sekretariat

### **Sprachkenntnisse**

---

Deutsch	Muttersprache
Englisch	fließend, in Wort und Schrift, Briefkorrespondenz
Französisch	sehr gut, in Wort und Schrift, Briefkorrespondenz
Spanisch	mittelmäßig, in Wort und Schrift

### **EDV-Kenntnisse**

---

MS-Office	Microsoft Word, Excel, Access, PowerPoint, Outlook
Statistische Software	Eviews, Stata

Wien, 29. April 2010